

6. Theorien der Weltgesellschaft

Im Folgenden wird ein theoretischer Rahmen entwickelt, der zum einen der Faktizität einer »Weltgesellschaft« Rechnung trägt, zum anderen aber auch der homologischen Organisationsförmigkeit (welt-)zivilgesellschaftlichen Handelns gerecht wird. Hauptbestandteile dieses Rahmens sind die sich seit drei Jahrzehnten etablierende Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins, die ein ambitioniertes begriffliches Instrumentarium zur Beschreibung von Asymmetrisierungsprozessen im Weltmaßstab entwickelt hat (Kap. 6.2), und der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus, welcher am überzeugendsten eine »Rückkehr der Gesellschaft« (Ortmann/Sydow/Türk 1997) in die ansonsten doch sehr an ihrem Gegenstand klebende Organisationstheorie anstrebt (Kap. 6.3). Insbesondere wird in der makrotheoretischen Fassung des Neoinstitutionalismus, der hier besonders interessiert, unter dem Stichwort World Polity ein eigenes Konzept globaler Vergesellschaftung konzipiert und empirisch umfangreich untermauert, welches »formaler Organisierung« einen prominenten Platz einräumt. Eine weitere politik-ökonomische Zuspiitung erfährt der bis dato vorgestellte theoretische Rahmen durch einen ausführlichen Rekurs auf die von Klaus Türk entworfene »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« (Kap. 7). Zunächst seien aber einige allgemeine Bemerkungen zum Begriff der Weltgesellschaft und dem Verhältnis von Globalisierungstheorien und Weltgesellschaftskonzeptionen vorangestellt.

6.1 Globalisierung und Weltgesellschaft

In Bezug auf die Analyse weltweiter Vergesellschaftungszusammenhänge können zwei prinzipielle Sichtweisen unterschieden werden, die der

globalen Interrelation und die der *globalen Diffusion*. Sie betreffen vor allem den Ausgangspunkt der theoretischen Anstrengungen, die zugrunde liegende Analyseeinheit. Während Theorien der globalen Interrelation weltweite Vergesellschaftung als Produkt transnationaler Vergesellschaftung und Vernetzung fassen, heben Theorien der globalen Diffusion die Existenz prägender weltkultureller Muster hervor.¹ Während erstere Theorien meist unter der Überschrift »Globalisierung« firmieren², operieren letztere vornehmlich mit den Termini Weltgesellschaft oder Weltsystem. Wird der Begriff der Globalisierung bemüht, so wird in der Regel ein Prozess unterstellt, in dessen Verlauf zunächst nur regional vorfindbare Sachverhalte, etwa europäische Innovationen, weltweit verbreitet werden: »Weltliteratur ist dann etwas, das sich aus dem Austausch des hochkulturellen Kanons ergibt, wenn Shakespeare in Afrika und Hafis in Weimar ankommt. Weltwirtschaft oder universell praktizierte Wissenschaft werden dann entsprechend als Resultate von Exporten verstanden« (Kaube 2000).

Globalisierung wird als zunehmende Verflechtung räumlich geschiedener Ereignisse gefasst und demnach definiert als »Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander verbunden werden, daß Ereignisse am einen Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen, und umgekehrt« (Giddens 1995: 85). Ohne die entsprechenden Vorgänge und die Diagnose einer zunehmenden Interdependenz in Abrede zu stellen, kann doch festgestellt werden, dass diese Sichtweise unterbelichtet lässt, »dass sich [...] eine eigenständige globale Ebene der Sozialorganisation herausgebildet hat, die als umfas-

1 Vgl. für diese Unterscheidung Jung (1998); aber auch Giddens (1995: 87); Perraton et al. (1998: 136); Osterhammel/Petersson (2003: 16-24) und Albert/Hilkermeier (2001: 2); zur Begrifflichkeit Stichweh (2000).

2 Die Abhandlungen über Globalisierungssphänomene haben in den letzten 15 Jahren stark zugenommen (Evers 1999; Guillén 2001: 240f); ebenso die Verwendung des Begriffs in der Öffentlichkeit (Bundestag 2002: 49). Globalisierung »appears to be the buzzword of the 1990s, the primary attractor of books, articles, and heated debate« (Kellner 2002: 285). Für eine erste Orientierung über aktuelle Debatten vgl. die Reader von Boli/Lechner (1999) und Beck (1998) sowie – unter expliziter Ausklammerung der hier vorgestellten Literatur – Beisheim/Walter (1997); aber auch die sehr konzise Darstellung von Lechner (2000). Als Klassiker der Globalisierungsliteratur mit weiteren Literaturhinweisen gelten u.a. Giddens (1995); Robertson (1992); Altavater/Mahnkopf (1999); Narr/Schubert (1994). Zum materiellen Gehalt der Globalisierungsthese vgl. Burchardt (1996); zur Fassung von Globalisierung als politisches Projekt vgl. McMichael (1996); zur Bestimmung des diskursiven Charakters von Globalisierung vgl. Risse (2001); Novy/Mattl (1999); Spehr/Stickler (1997).

sendstes System auf alle internen Prozesse einwirkt« (Heintz/Müller/Roggenthin 2001: 399). Der Begriff der Weltgesellschaft markiert diesen Sachverhalt und akzentuiert die Bedeutung, die die Existenz einer »Welt« für das soziale Leben in ihr hat.

Globalisierungs- und Weltgesellschaftstheorien stehen also in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Während Globalisierungstheorien von der Vielzahl existierender Einheiten (etwa Nationalstaaten) ausgehen und deren globale Expansion, Vernetzung und Internationalisierung beobachten, also eine *Bottom-Up*-Perspektive an weltweite Vergesellschaftungsprozesse herantragen, argumentieren Weltgesellschaftstheorien *Top-Down*. Die Existenz unterschiedlicher Einheiten sowie deren Transformationsprozesse werden vom Standpunkt eines Systems der Weltgesellschaft ausgehend beobachtet und analysiert.

Es scheint kein Zufall zu sein, dass der Begriff der Globalisierung zunächst eher in politikwissenschaftlichen Debatten präsent war. Im Bereich der Theorie der Internationalen Beziehungen hat er sogar eine solche Resonanz hervorgerufen, dass er sich anschickt, die gesamte Disziplin unter der Globalisierungsüberschrift weiterzuführen. Wie wir schon im Kapitel über Global Governance gesehen haben, wird in politikwissenschaftlichen Beiträgen Globalisierung oft als ein Phänomen betrachtet, welches vornehmlich im Bereich der Ökonomie anzusiedeln ist, um sodann die Verflechtungen von ökonomischen Globalisierungsprozessen mit sozialen und politischen Prozessen und ihre Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats zu diskutieren (Junge 2001: 446). Dreh- und Angelpunkt der Überlegungen sind nach wie vor die Politiken der Nationalstaaten, deren Entwicklungsspielräume und Vernetzungsmöglichkeiten. So stellt Beck (2002: 51) im Hinblick auf die Politikwissenschaften ernüchtert fest, dass deren Majorität »ungebrochen in der Axiomatik des nationalen Blicks« forsche. Diese Einschätzung trifft sowohl auf die in der politologischen Disziplin der Internationalen Beziehungen dominierende neorealistische Theoriebildung³ als auch auf die Ansätze der Regulationstheorie (Kap. 4.3.2) zu.

Der Terminus der Weltgesellschaft hingegen ist – vereinfacht ausgedrückt – in der soziologischen Theoriebildung angesiedelt⁴, wenngleich dort nicht durchgesetzt. Mit dem Begriff der Weltgesellschaft wird die Frage aufgeworfen, ob die moderne Gesellschaft als eine globale Gesell-

3 Grundlegend Waltz (1979); zusammenfassend Schörnig (2003).

4 In der sozialwissenschaftlichen Literatur lassen sich die Begriffe »Weltgesellschaft« bzw. »World Society« seit dem Zweiten Weltkrieg nachweisen, allerdings ohne dass diesen theoretische Aufmerksamkeit zugekommen wäre. Vgl. mit Angabe von Beispielen Stichweh (i. E.).

schaft, eben eine *Weltgesellschaft*, beschrieben werden kann.⁵ Luhmann (1987: 585) beantwortet diese Frage vor dem Hintergrund seiner Systemtheorie so lapidar wie eindeutig: »Gesellschaft ist heute eindeutig Weltgesellschaft«.⁶ Er hat damit eine bis heute anhaltende Auseinandersetzung über den Gesellschaftsbegriff der Soziologie provoziert, indem er die dort implizit vollzogene Gleichsetzung von Gesellschaft und Nationalstaat attackierte (Luhmann 1997: 145ff).

Zwar scheint die in den 1990er Jahren geführte innersozialwissenschaftliche Debatte, ob der Soziologie durch die Globalisierung nicht ihr Gegenstand, die »Gesellschaft«, abhanden komme, auf einer prinzipiellen Ebene entschieden. So hat Imbusch (1999: 664) in seinen Überlegungen zur »Krise der Soziologie« auf dem 29. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie diesen Anwurf als »absurd« zurückgewiesen. Und in der Tat besteht keine zwingende Notwendigkeit, Gesellschaft mit nationalstaatlicher Gesellschaft gleichzusetzen. Trotzdem muss aber festgehalten werden, dass die Soziologie genau dies in der Vergangenheit ganz überwiegend so praktiziert hat und sich sehr schwer damit tut, dies umzustellen.⁷

Das Schnekkentempo und die Zögerlichkeit, mit der eine Perspektivverschiebung vorgenommen wird, ist dabei weder zu übersehen noch zu unterschätzen. In ihrer Mehrheit ist die Soziologie nach wie vor auf die nationale Ebene fixiert – und zwar sowohl bezogen auf den Untersuchungsgegenstand als auch auf die Erklärungsebene. Die methodologische Mainstream-Regel scheint immer noch die zu sein, »Nationales mit Nationalem« zu erklären (Heintz/Müller/Roggenthin 2001: 398). Zwar setzt sich in der Mainstream-Soziologie die Einsicht durch, dass eine solche binnenorientierte Sichtweise nicht (mehr) ausreicht und viele nationale und lokale Phänomene durch globale Ordnungsmuster beeinflusst sind, weshalb sie den Globalisierungsbegriff geradezu enthusiastisch adaptiert hat. Gegenüber der Verwendung des Weltgesellschaftsbegriffs hat der Begriff der Globalisierung den »Vorteil«, dass er sich in die bisherigen Theoriemuster einfügt und dass eingefahrene soziologische Denkmuster, insbesondere der zugrunde liegende territorial konstruierte Gesellschaftsbegriff, nicht umgestellt werden müssen. Zwar werden in der Globalisie-

5 Dies ist nicht nur eine Frage theoretischer Vorentscheidungen. In zunehmendem Maße gilt dies auch in empirischer Hinsicht. So lassen sich viele nationale Probleme ohne Einbezug der globalen Ebene schlicht nicht mehr verstehen (Heintz/Müller/Roggenthin 2001: 399).

6 Globalisierung drückt daher für die Systemtheorie Luhmanns die (irrige) Vorstellung aus, Weltgesellschaft sei noch nicht realisiert (Luhmann 1997: 159, Fußnote 217). Ebenso argumentiert die Weltsystemtheorie Wallerstein.

7 Vgl. dazu auch Tenbruck (1989).

rungsdebatte eine ganze Reihe neuer Phänomene zur Kenntnis genommen. Sie werden jedoch meist durch das alte kategoriale Raster gefiltert, weil schlicht kein anderes Bezugssystem zur Verfügung steht. Dies gilt umso mehr für die Politikwissenschaften. So kann etwa ein Bedeutungsverlust der Politik und ein Souveränitätsschwund der Staaten diagnostiziert werden, doch werden diese empirischen Erscheinungen in herkömmlichen Begriffen der Politik und der staatlichen Beziehungen ausgedrückt (Kurz 2003: 11).

Erst mit der jüngsten, zwar zögerlichen, aber zunehmenden Aufnahme von Weltgesellschaftskonzeptionen in Teilen der Soziologie löst sich die Soziologie allmählich von ihrem auf Nationalstaaten begrenzten Gesellschaftsbegriff und erweitert ihn auf die ganze Welt (Richter 1997: 185). Ist heute innerhalb der Soziologie von der Weltgesellschaft die Rede, so ist damit die Vorstellung verbunden, dass »Gesellschaft als das umfassende Sozialsystem, das alle relevanten sozialen Strukturen und Prozesse in sich einschließt, in der gegenwärtigen Situation der Welt nur noch einmal und also als weltweites Gesellschaftssystem vorkommt« (Stichweh i.E.: 1).

Eine solche soziologische Perspektive auf Globalisierung wendet sich gegen die weit verbreitete Sichtverengung, welche die Herausbildung weltgesellschaftlicher Strukturen primär durch ökonomische Vorgänge induziert sieht. Sie betont hingegen die Polyzentrik des Globalisierungsprozesses. Sie vollzieht damit einen Perspektivenwechsel, der gewohnte Sichtweisen und Problemrahmungen radikal in Frage stellt. »Such a challenge invites a considerable retooling or rethinking of basic concepts within the social sciences, together with a re-examination of the fundamental unit of analysis which has been taken for granted for so long, namely the nation-state« (McGrew 1992: 316). Für Wallerstein, der die Abkehr von einem nationalstaatlichen Gesellschaftsbegriff am prägnantesten formuliert, kommt es sogar darauf an, die in den Paradigmen des 19. Jahrhunderts verhafteten Prämissen der Sozialwissenschaften insgesamt »kaputtzudenken« (Wallerstein 1995). Ähnlich äußert sich Luhmann schon 1971, in dem er zur Aufgabe alter Denkschemata in der Soziologie auffordert. Die Soziologie könne sich »von den letzten Bindungen an das begriffliche Inventarium der alteuropäischen Tradition freimachen und der Tatsache unbefangen gegenübertreten, daß eine Weltgesellschaft sich konstituiert hat, ohne sich auf politische oder normative Integration zu stützen« (Luhmann 1975: 66). Es bedarf daher der Entwicklung eines neuen Koordinatensystems.

Das Konzept der Weltgesellschaft oder des Weltsystems bietet sich in dieser Situation als »ein soziologisches Erklärungspotential *sui generis* [an], um den Wandel der Grenzen und Horizonte der gegenwärtigen Ge-

sellschaft zu analysieren und um eine soziologische Kompetenz für die Untersuchung globaler Prozesse zu beanspruchen« (Wobbe 2000: 8). Im Fokus des Weltgesellschaftsbegriffs sind allgemein soziale Beziehungen, nicht aber der Staat. Das Verbindende und Gemeinsame tritt in den Vordergrund, nicht das Trennende und Differentielle (Moltmann 1994: 51). Dies heißt aber nicht, dass Formen funktionaler und asymmetrischer Differenzierung negiert würden. So wird Ungleichheit als ein Ausdruck von Differenzierung *innerhalb* der Weltgesellschaft verstanden. Bestehende Ungleichheiten sind daher kein Argument gegen die Behauptung der Weltgesellschaft. Es ändert sich allerdings die Forschungsperspektive: Gefragt wird nun danach, wie die Weltgesellschaft Ungleichheiten und Differenzen (re-)produziert.

Analog gilt dies für andere Prozesse, die der Globalisierung zugeschrieben werden. Neue Grenzziehungen und Entgrenzungsprozesse etwa sind allesamt Prozesse *in* der Weltgesellschaft, werden durch die spezifischen Ausgangsbedingungen der Weltgesellschaft hervorgebracht. Weltgesellschaftstheorien betrachten »Globalisierungsprozesse daher als nachgeordnete Prozesse, die durch die Strukturbedingungen der Weltgesellschaft präjudiziert sind« (Engel 2003: 21). Globalisierung ist derart ein Prozess der Dynamisierung und Intensivierung sozialer Prozesse im weltgesellschaftlichen Kontext, der räumliche und soziale Grenzziehungen ausdrücklich mit einschließt, wenn nicht gar provoziert (Nassehi 1998: 155).

Trotz heterogener theoretischer Perspektiven sind sich soziologische Analysen der Weltgesellschaft einig in der Postulierung einer emergenten Ebene der Weltgesellschaft, darin, dass es in der Gegenwart nur noch ein einziges, global auffindbares Gesellschaftssystem gibt. Dieses folgt einer eigenen Entwicklungslogik, die nicht aus dessen Teileinheiten, etwa dem Zusammenspiel nationalstaatlicher Interessen, ableitbar ist (Meyer et al. 1997: 147; Wobbe 2000: 37). Die Vorstellung einer Weltgesellschaft gründet auf der Überzeugung, »dass eine weltweite Dynamik existiert, die für die Interaktion und Kommunikation individueller wie kollektiver Akteure *einen* Erwartungshorizont darstellt. Danach existiert eine globale Ebene der Sozialorganisation, ein umfassendes soziales System, das die Nationalstaaten transzendiert und auf diese zurückwirkt« (Wobbe/Otte 2000: 455). Diese Annahme lässt sich sowohl in der Weltgesellschaftskonzeption Luhmanns als auch in der Weltsystemtheorie Wallersteins und im World Polity-Konzept der Arbeitsgruppe um John W. Meyer nachweisen.⁸

8 Außer den drei genannten Theorien wären zusätzlich das schon Anfang der 1970er Jahre formulierte strukturtheoretische Konzept von Heintz (1982), der Weltgesellschaftsansatz von Burton (1972) sowie die strukturationstheoretischen Konzeptionen von Giddens (1995), Beck (1997) und Robertson

Die Theorie der Weltgesellschaft, wie sie Luhmann (1975; 1997) entwickelt hat, versucht auf der Basis von kommunikations- und differenzierungstheoretischen Basisannahmen die Emergenz der einen Weltgesellschaft aus der Eigendynamik einzelner gesellschaftlicher Funktionsbereiche – insbesondere von Wirtschaft und Verkehr, Wissenschaft und Technik – zu erfassen. Deren Sonderkommunikationen intensivieren sich und dehnen sich ohne Rücksicht auf die Grenzen national organisierter politischer Systeme aus. Weltgesellschaft gilt somit als Feld weltweiter Kommunikation. Die Weltgesellschaftstheorie Luhmanns wird im Folgenden nicht weiter ausgeführt, da sie Asymmetrien nicht an zentraler Stelle thematisiert. Anders argumentieren die in Kapitel 6.2 und 6.3 ausführlich dargestellten Theorien des Weltsystems und der World Polity, die die Inklusion in die Weltgesellschaft unter Ungleichheitsbedingungen zu ihrem zentralen Thema machen (Engel 2003: 27).

Immanuel Wallerstein, der prominenteste Vertreter der Weltsystemtheorie, geht im Gegensatz zu Luhmann zuvorderst von einem System der weltweiten Arbeitsteilung aus (Wallerstein 1989; 1995; Goldfrank 2000). Sein Ansatz wird in der Literatur oft vereinfachend als ökonomistisch gekennzeichnet, obwohl er gerade die Auf trennung sozialen Handelns in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vehement kritisiert und die Entwicklung alternativer theoretischer Modelle jenseits dieser Dreiteilung einfordert (Wallerstein 1995: 321f). Richtig ist hingegen, dass Wallerstein die Gesamtstruktur des Weltsystems als eine generalisierte Ökonomie auf fasst, bei der die Weltwirtschaft nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und soziale Einheit darstellt (Balibar 1990). Der World Polity-Ansatz der Stanforder Forschungsgruppe um John W. Meyer firmiert in der Literatur oft als »kulturelle Variante des Weltsystemansatzes« (Bornschier 1994: 617). Meines Erachtens stellt er aber einen eigenständigen Ansatz dar, dem andere weltgesellschaftliche Phänomene in den Blick geraten. Beide Ansätze werden im Folgenden ausführlich dargestellt und auf ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten hin geprüft.

Bei den Begriffen Weltgesellschaft oder Weltsystem handelt es sich zunächst lediglich um theoretische Konstruktionen, welche die Analyse von sozialen Prozessen aus einer globalen Perspektive ermöglichen sollen. Weltsystemtheorien postulieren zwar einen »inneren Zusammenhang« auf globaler Ebene, nicht aber zwingend eine sich in einem hohen

(1992) soziologisch relevant. In der einschlägigen Literatur werden in Überblicksartikeln meist mehrere dieser insgesamt sechs Konzeptionen genannt (vgl. etwa Beyer 1994; Bornschier 1994; Richter 1997; Wobbe 2000; Stichweh i.E.; Teubner 2000). Für einen neueren Versuch, Gesellschaftsanalyse auf einer globalen Emergenzebene anzusiedeln, vgl. Hardt/Negri (2000).

Grad an sozialer Integration niederschlagende Weltgesellschaftlichkeit. In diesem Sinne unterscheidet sich die Weltgesellschaft von anderen uns bekannten Gesellschaften. Sie ist zunächst ein analytisches Konzept, welches – zumindest dem Anschein nach – nur rudimentär in den Handlungen und Reflexionen ihrer Mitglieder präsent ist. Weltgesellschaft zeichnet sich, wenn man so will, durch einen »Mangel an Gesellschaftlichkeit« (Altvater/Mahnkopf 1999: 74) aus. Gleichwohl ist es etwas vorschnell, wenn man wie Beck (1997: 151) behauptet, dass von Weltgesellschaft nur gesprochen werden kann, wenn diese erlebt, sozial wahrgenommen und praktiziert werde. Die Existenz einer erfahrbaren Gesellschaftlichkeit, einer »Weltgesellschaft« im engeren Sinne, ist keine Voraussetzung für das Weltsystem (Bornschier 1994: 616). Ähnliches lässt sich auch für ein an der Luhmannschen Systemtheorie orientiertes Verständnis von Weltgesellschaft sagen: Entscheidend ist nicht, ob es Weltgesellschaft gibt. Vielmehr ist von Weltgesellschaft dann zu reden, »wenn sich global players in der Differenz ihrer unterschiedlichen Bezogenheit auf ein und dieselbe Welt wahrnehmen und dies reflexiv wird« (Nassehi 1998: 162).

Man kann die unterschiedlichen Paradigmen, die hier grob nach Globalisierungs- und Weltgesellschaftskonzeptionen unterteilt wurden, auch mit einer anderen Kategorisierung kennzeichnen, nämlich als Gegenüberstellung von modernisierungstheoretischen und diffusionstheoretischen Vorstellungen, von methodologischem Individualismus und Kollektivismus, letztlich gar von makro- und mikrosoziologischer Theoriebildung. Aus dem ersten Teil der Studie sollte deutlich geworden sein, dass die sozial- und politikwissenschaftliche Debatte um NGOs, soziale Bewegungen und Global Governance stark durch theoretische Vorentscheidungen geprägt ist, die den jeweils erstgenannten Theorieanlagen zuzuordnen sind. Es geht daher im Folgenden darum auszuloten, inwieweit weltgesellschaftlich argumentierende Theorien helfen, Defizite der bisherigen Konzeptualisierungen von NGOs, sozialen Bewegungen und Global Governance zu beheben. Im Folgenden wird daher ein Ansatz entwickelt, der die Aggregierungsannahmen der Modernisierungstheorie zurückweist und auf die Penetrationskraft einer weltgesellschaftlichen Ebene verweist.

6.2 Weltgesellschaft als System internationaler Arbeitsteilung: Die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins

Die von Immanuel Wallerstein⁹ entwickelte Weltsystemtheorie ist ein ambitionierter Versuch, bisherige Begrenzungen der Sozialwissenschaften zu überwinden. Theoriegeschichtlich ist sie im Schnittpunkt von Historie, Ökonomie, Politik und Soziologie angesiedelt. Sie kann als Alternativtheorie zu den meisten aktuellen Globalisierungstheorien gelesen werden. Ihr Kennzeichen ist insbesondere die Wahl einer differenten Perspektive, da sie nicht von den (nationalen) Einzelgesellschaften ausgeht, sondern umgekehrt untersucht, wie ein umfassenderes System deren Entwicklung begrenzt und konditioniert. In diesem Zusammenhang konzeptualisiert die Weltsystemtheorie Wallersteins Kapitalismus als eine sozio-ökonomische Struktur, welche permanent Asymmetrisierungen und damit Herrschaftsgefälle produziert. Hierbei wird der »historische Kapitalismus«¹⁰ nicht von einer politischen Superstruktur integriert. Im Gegenteil befördert erst die Nichtidentität der Grenzen von ökonomischen und politischen Strukturen, also die Organisierung des Weltsystems als ein System von Nationalstaaten (mit je unterschiedlichen Reproduktionsbedingungen und Lohnniveaus), diese asymmetrisierenden Effekte (Wallerstein 1983: 311).

-
- 9 Wallerstein (geb. 1930) war bis zu seiner Emeritierung 1999 Professor für Soziologie an der *University of New York at Binghamton*. Er gilt seit dem Erscheinen des ersten Bandes seiner auf inzwischen fünf Bände (Wallerstein 1999a) konzipierten Weltsystemanalyse als deren prominentester Vertreter. Wallerstein gründete 1976 das *Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Historical Systems, and Civilizations* und gibt zusammen mit T. Hopkins die Zeitschrift *Review* heraus. Von 1994 bis 1998 war er Vorsitzender der *International Sociological Association*. Für ausführliche Informationen zur Biographie Wallersteins vgl. Goldfrank (2000); Imbusch (1990: 17-23); Ritzer (2000: 162). Eine aufschlussreiche Einführung in seinen theoretisch-intellektuellen Werdegang und einen Überblick über die von ihm initiierten Wissenschaftsinstitutionen gibt Wallerstein selbst (Wallerstein 2001b).
- 10 Die Bezeichnungen »modernes Weltsystem« und »historischer Kapitalismus« werden bei Wallerstein weitgehend synonym gebraucht. Das Adjektiv »historisch« verweist zum einen auf die Singularität des Kapitalismus, zum anderen auf die Unsinnigkeit, Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus aus einem diesem eingeschriebenen, angeblich »reinen« Wesen zu folgern. Grundlage der Analyse kann immer nur das empirische historische Material sein. Vgl. zur Entwicklungsgeschichte des modernen Weltsystems Wallerstein (1986b; 1989a; 1998a); Shannon (1996); Overbeek (1994); Nolte (1993).

Die Arbeiten Wallersteins sind zunächst vornehmlich in entwicklungspolitischen Diskussionen zur Kenntnis genommen worden und waren dort bis in die 1980er Jahre zumindest im englischsprachigen Raum sehr präsent. Mit der intensivierten Diskussion über Weltgesellschaft und Globalisierung erlebt der Wallersteinsche Ansatz seit den 1990er Jahren eine Renaissance (Treibel 2000: 78). Er wird in gängigen Standardwerken zur Globalisierung (Beck 1997; Giddens 1995; Robertson 1992; Axford 1995) und in wichtigen Überblicksatikeln (Robertson 2001) als ein zentraler Ansatz gewürdigt, der schon zu einem frühen Zeitpunkt globale Vergesellschaftungsprozesse in den Vordergrund stellte und damit ein wichtiger Wegbereiter für die heutige Globalisierungsdebatte war. Die Weltsystemtheorie hat die allgemeine soziologische Betrachtung von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen irritiert und verändert (Imbusch 1997: 17). Sie war maßgeblich verantwortlich für den »global shift« (Robertson 1992: 65) in der soziologischen Theorie. Inzwischen werden auch die wissenschaftssoziologischen Schriften Wallersteins verstärkt zur Kenntnis genommen und er rückt in den Status eines Klassikers der Soziologie.¹¹ Die Weltsystemtheorie konnte sich zumindest in den USA etablieren und als wissenschaftliche Schule institutionalisieren (Imbusch 1994: 74). Die Rezeption Wallersteins im deutschsprachigen Raum hinkt bis heute deutlich hinterher (Nolte 1995: 342). So wurde der erste Band von *The Modern World System* 1986 zwölf Jahre nach seiner Erstveröffentlichung auf Deutsch verlegt; der zweite Band 1998 mit 18-jährigem Verzug. Auch wird Wallerstein im deutschsprachigen Raum mehr Skepsis entgegengebracht, welche vor allem auf die als solche wahrgenommene Grobschlächigkeit seiner Analyse zielt.

6.2.1 Dependencia, Marx und Braudel als Ausgangspunkte

Ihren Ursprung hat die sich seit den 1970er Jahren entwickelnde Weltsystemtheorie in der Entwicklungstheorie der Nachkriegszeit. Hier grenzte sie sich gegen die vorherrschenden Modernisierungstheorien ab und entwickelte unter anfänglicher Aufnahme dependenztheoretischer Argumente¹² eine historiographisch fundierte Theorie der Akkumulation im Welt-

11 So wird sein Ansatz in diversen Einführungen zur Soziologie und zusammenfassenden Sammelbänden gewürdigt. Vgl. Ritzer (2000), Münch (2004); für die Politikwissenschaft Hobden/Jones (1997); für den deutschsprachigen Raum Treibel (2000); Papcke/Oesterdiekhoff (2001); Käslar (2000); Bögenhold (2000); Nölke (2003).

12 Die Debatte zwischen Dependenz- und Modernisierungstheorie ist Ende der 1980er Jahre deutlich abgeebbt und in der Folge der weltweiten Umbrüche 1989/1991 fast zum Erliegen gekommen, wobei sich modernisierungstheo-

maßstab und darauf aufbauend eine Theorie über Struktur und Entwicklungsdynamik des internationalen Systems insgesamt. Trotz der dependenztheoretischen Anleihen, insbesondere des Theorems des »ungleichen Tausches« (Emmanuel) ist die Weltsystemtheorie nicht als bloße Spielart oder Radikalisierung derselben zu begreifen. Im Gegenteil begreift Wallerstein (2000) die Dependenztheorie der 1970er und 1980er Jahre letztlich als eine Absplitterung der Modernisierungstheorie. Bei der Weltsystemanalyse hingegen handele es sich um eine »Rehistorisierung der Problemsicht« (Goetze 1989: 152) bzw. um ein »neues Paradigma« (Menzel 1993: 33; ähnlich: Peters/Stolz 1991: 196).

Neben der dependenztheoretischen Diskussion waren die Schriften von Karl Marx und Fernand Braudel wichtige Inspirationsquellen für Wallerstein (Shannon 1996: 1-21; Goldfrank 2000: 160-165). Von Marx adaptiert er hauptsächlich die Vorstellung, dass der Kapitalismus sich als Prozess unaufhörlicher Kapitalakkumulation beschreiben lässt, der die sozialen Verhältnisse dynamisiert und grundlegend umwälzt (Wallerstein 1995: 193f). Den Begriff der Ausbeutung fasst Wallerstein ebenfalls marxistisch, lehnt sich hier allerdings eher an die Imperialismustheorien Lenins und Luxemburgs an, die die Ausbeutungsproblematik zwischen den Nationalstaaten ansiedeln (Shannon 1996: 11f; Imbusch 1997: 10). Hervorzuheben ist, dass sich Wallerstein in unorthodoxer Weise lediglich selektiv auf das Marxsche Werk bezieht. Insbesondere stellt er nicht die Lohnarbeit und den Klassenkampf in den Mittelpunkt seiner Analyse und lehnt die Marxsche Fortschrittsgläubigkeit ab. Außerdem verurteilt er die nach Marx einsetzende »Verflachung des Marxismus«. Gleichwohl versteht sich Wallerstein als Marxist, so dass seine Weltsystemtheorie als der Versuch einer grundlegenden Revision Marxscher Theorie angesehen werden kann.

Von Braudel und damit von der französischen Annales-Schule¹³ übernimmt Wallerstein den Anspruch einer ganzheitlichen Perspektive, die unterschiedliche Disziplinen integrieren und zu einer problemorientierten Betrachtungsweise der Geschichte kommen will. Die Untersuchungen von Braudel zu weit gespannten Netzwerken in historischen Großreichen, zur Verknüpfung weit entfernter Regionen durch lange Handelsketten wa-

retische Annahmen hartnäckig in der entwicklungspolitischen Diskussion halten. Für eine Übersicht über die Debatte zwischen Modernisierungs- und Dependenztheorie vgl. Boeckh 1993; Eblinghaus/Stickler (1996: 19-25); Menzel (1993); Peters/Stolz (1991); Töpper (1990). Zum *State of the Art* in der Entwicklungstheorie vgl. die Sammelbände von Schulz (1997); Thiel (1999); Martinussen (1997); aber auch: Peripherie (1997); Mürle (1997); Nederveen Pieterse (2001); Neubert (2001).

13 Vgl. einführend Burke (1991).

ren für Wallerstein unmittelbar inspirierend. Auch Braudels theoretische Betrachtungen zu »sozialer Zeitlichkeit« (Braudel 1992) waren prägend und führten zu Wallersteins Theorie des ZeitRaums.

6.2.2 Gesellschaft als historisches System: der ZeitRaum

Wallerstein setzt sich intensiv mit grundsätzlichen Fragen der Begrifflichkeit und Orientierung der Sozialwissenschaften auseinander. Die Sozialwissenschaften seien in den zentralen Paradigmen des 19. Jahrhunderts gefangen, aus denen sie sich zu befreien hätten. Dies müsse in einem intellektuellen Dreischritt des »Kaputtdenkens« (*Unthinking*) erfolgen. Am Anfang stehe dabei das Kaputtdenken von Entwicklung, danach gehe es um die Infragestellung der Interdisziplinarität, schließlich um die Wissenschaftlichkeit selbst (Wallerstein 2000). Wallerstein versteht seine Theorie als ersten Schritt in diese Richtung.

Die zentrale These der Weltsystemtheorie ist, dass die Entwicklung einzelner Länder nur unter Berücksichtigung der globalen Entwicklung verstehbar ist. Der wesentliche Unterschied zwischen herkömmlicher Entwicklungstheorie und der Weltsystemperspektive besteht darin, dass letztere in dem Begriff »Weltsystem« die einzige mögliche und »passende« Analyseeinheit für die Untersuchung von sozialem und gesellschaftlichem Verhalten sieht. Während die Entwicklungsperspektive davon ausgeht, dass soziales Handeln vor allem in einer politisch-kulturellen Einheit, einem Staat, einer Nation oder einem Volk stattfindet und die Unterschiede zwischen diesen Einheiten erklärt werden sollen, nimmt die Weltsystemperspektive demgegenüber an, dass alles soziale Handeln in *einem* übergreifenden Rahmen stattfindet, in dem es eine fortschreitende Arbeitsteilung gibt. Dementsprechend wird das Weltsystem als »Einheit mit einer einzigen Arbeitsteilung und vielen kulturellen Systemen« (Wallerstein 1983: 304) definiert.

Die Begriffe und Konzepte von Entwicklung, Fortschritt und Gesellschaft sind laut Wallerstein eng miteinander verknüpft. Sie werden als quasi-mythologisches Vermächtnis des 19. Jahrhunderts betrachtet. »Alle drei sind geistesgeschichtlich im Denken der Aufklärung verwurzelt und stammen aus den Anfängen der Soziologie, als diese noch ›Wissenschaft von der Gesellschaft‹ war und auf ›Fortschritt‹ bzw. ›Entwicklung‹ gezielt hat« (Imbusch 1997: 21; vgl. Wallerstein 1995). In dem Begriff Gesellschaft ist die Vorstellung eines räumlich, inhaltlich und zeitlich abgrenzbaren Komplexes sozialer Beziehungen eingeschrieben, der zudem eine enge Koppelung mit dem Konzept des Staats aufweist. Eine solche Gesellschaft, die sich durch spezifische Kultur(en), ein politisches System und einen bestimmten Ökonomietypus auszeichnet und die zudem ein fest

umrissenes (nationalstaatliches) Territorium hat, impliziert die Vorstellung, dass sie sich in der Zeit »entwickeln« und »fortschreiten« kann. Wenn man von Gesellschafts-Entwicklung spricht, wird also vorausgesetzt, dass man eine Einheit bestimmen kann, welche im Laufe der Zeit eine Evolution von einem niedrigeren zu einem höheren und komplexeren Zustand durchlaufen kann, die sich aus einem »Keim« heraus »entwickelt«. Dies wiederum verleitet dazu, Gesellschaft als eine zwar sich entwickelnde, aber dennoch »greifbare Realität« zu analysieren, und somit ihren fließenden und durch Verformbarkeit gekennzeichneten Zustand zu vernachlässigen (Wallerstein 1995: 86).

Wallerstein lehnt die Vorstellung, dass sich die einzelnen Nationalgesellschaften entwickelt haben und dass Globalisierung als zunehmende Internationalisierung betrachtet werden kann, rigoros ab. Insbesondere die entwicklungspolitische Modernisierungstheorie nach 1945 hatte diesen Mythos befördert und ein allgemeingültiges Modernisierungsszenario entworfen, wonach eine Gesellschaft zunächst unterentwickelt ist und sich erst später hin zu Industriegesellschaften »entwickelt«. Demgegenüber beharrt die Weltsystemtheorie auf der polemischen Feststellung André Gunder Franks von der »Entwicklung der Unterentwicklung« (Wallerstein 2000: 97-102). Die »Entwicklung« von Nationalgesellschaften ist also nicht vornehmlich ihren jeweiligen endogenen Prozessen geschuldet. Auch waren ihnen ihre sogenannten internationalen Beziehungen nicht »auswärzig«. Sowohl logisch als auch zeitlich war für die nationalen Gesellschaften schon beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus der exogene Prozess der Schaffung einer Weltwirtschaft strukturbildend (Wallerstein 1995: 88). Wallerstein (1995: 90) fasst seine These zusammen: »Es war also das Weltsystem, das sich ›entwickelte‹, und nicht die einzelnen ›Gesellschaften‹. Das heißt, nachdem die kapitalistische Weltwirtschaft einmal geschaffen war, wurde sie zuerst konsolidiert und dann wurde im Laufe der Zeit der Einfluss ihrer grundlegenden Strukturen auf die ihr innenwohnenden sozialen Prozesse vertieft und erweitert. [...] Bei dieser gesamten Beschreibung ist die von mir verwandte Metapher nicht die eines kleinen Keims, um den sich äußere Schichten bilden, sondern die eines dünnen äußeren Rahmens, der allmählich mit einem dichten inneren Netzwerk ausgefüllt wird.«

Die zentrale Frage der Weltsystemtheorie lautet: »Wo und wann gibt es Einheiten, innerhalb derer das soziale Leben sich abspielt?« (Wallerstein 1995: 292) Wallerstein schlägt in diesem Zusammenhang den Begriff des »historischen Systems« vor, welcher zu einer zeitgemäßen Soziologie führen soll. Ein solches historisches System muss ein integriertes Netzwerk von »wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozessen aufweisen, deren Summe das System zusammenhält« (ebd.: 273). Es »ist ein so-

ziales System, das Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und Kohärenz hat. Es besteht aus widerstreitenden Kräften, die es durch Spannung zusammenhalten und auseinanderzerren, da jede Gruppe fortwährend danach strebt, es zu ihrem Vorteil umzugestalten. Es hat Merkmale eines Organismus, insofern es eine Lebenszeit hat, während der sich seine Merkmale in manchen Aspekten verändern und in anderen stabil bleiben« (Wallerstein 1986b: 517).

Für Wallerstein (1983: 304f; 1995: 292f) ist das konstituierende Merkmal eines jeden historischen Systems die Existenz einer Arbeitsteilung. Einzelne Sektoren oder Teilgebiete innerhalb eines Systems sind demnach vom ökonomischen Austausch mit anderen abhängig und gewährleisten so ihre kontinuierliche Versorgung. Eine gemeinsame politische Struktur oder Kultur ist hingegen kein notwendiges Kriterium. In der Menschheitsgeschichte gab es mehrere aufeinander folgende oder nebeneinander existierende historische Systeme. Sie lassen sich einteilen in Minisysteme und Weltsysteme. Minisysteme bezeichnen soziale Systeme, in denen eine vollkommene Arbeitsteilung in einem einzigen kulturellen Bezugsrahmen herrscht. Sie sind räumlich klein, haben eine relativ kurze Lebensdauer von ca. sechs Generationen und sind bezogen auf ihre kulturellen und regierenden Institutionen sehr homogen. Ihre grundsätzliche Logik ist die Gegenseitigkeit des Tausches. Minisysteme beschreiben meist Sammler- und Jägergemeinschaften sowie einfache Agrargesellschaften. Sie existieren heute nicht mehr. Innerhalb der Weltsysteme wird zwischen Weltreichen und Weltwirtschaften unterschieden. Weltreiche sind große politische Gebilde und umfassen eine große Anzahl kultureller Raster. Sie beruhen auf dem Prinzip der Eintreibung von Tributen lokaler, direkter Produzenten, die an das Zentrum weitergeleitet werden. Während Weltreiche sich durch ein einheitliches politisches System und *einen* bürokratisch-militärischen Apparat auszeichnen, sind Weltwirtschaften »gewaltige ungleichmäßige Ketten von integrierten Produktionsstrukturen, die durch vielfältige Strukturen gegliedert werden« (Wallerstein 1995: 293). Es sind politisch und kulturell nicht integrierte Systeme. Die grundlegende Logik von Weltwirtschaften besteht darin, dass der angehäuften Mehrwert strukturell asymmetrisch zu Gunsten derer verteilt wird, denen es gelingt, verschiedene Arten vorübergehender Monopole in den Marktnetzwerken zu generieren.¹⁴

Heute gibt es nur noch ein einziges Weltsystem, die kapitalistische Weltwirtschaft, welche sich mit Beginn der europäischen Weltoberierung

14 Wallerstein bezieht sich hier auf den Kapitalismusbegriff Braudels. Für Braudel ist nicht der Markt das definierende Kriterium für den Kapitalismus, sondern die Existenz monopolistischer Strukturen (Braudel 1986; Wallerstein 1995: 224-270; Bruch 2000: 43ff).

seit dem späten 15. Jahrhundert entwickelt hat. Ihr gilt Wallersteins besondere Aufmerksamkeit. Das moderne Weltsystem zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass Kapital auf ganz bestimmte Art und Weise genutzt wird, eben mit dem Ziel, sich selbst zu vermehren. Es benötigt kein politisches Zentrum und wird seit der frühen Neuzeit allein durch den sich herausbildenden Weltmarkt strukturiert. Seine räumliche Ausdehnung bezieht inzwischen die gesamte bewohnte Erde mit ein, was ebenfalls ein Novum im Vergleich zu vorangegangenen Weltsystemen ist.

Wallerstein will mit dem Konzept des historischen Systems ein neues Verständnis von Zeit und Raum verankern und damit die bisherigen Analogieketten von Raum und Zeit dekonstruieren. Ausgangspunkt sind abermals die Arbeiten Braudels (1986; 1992). Dieser führte ein Dreifachschemma von erfassbarer Zeitlichkeit in die Geschichtswissenschaften ein. Neben der die unmittelbaren individuellen Ereignisse erfassenden Zeit der kurzen Dauer (*histoire événementielle*) existieren die Zeit der Konjunkturen (*histoire conjuncturelle*), die sich durch mittlere Dauer auszeichnet, sowie die langfristige Zeit der Strukturen (*longue durée*). Braudels Paradiigma lautet, dass sich historische Entwicklungen in ihrer strukturbildenden Bedeutung erst durch die Wahrnehmung der Parallelität dieser unterschiedlichen Zeiten erfassen lassen. Selbiges trifft auf die Einordnung historischer Ereignisse zu. Wallerstein ergänzt diese Überlegungen um die Dimension des Raums (Wallerstein 1995: 169) und entwickelt seine Konzeption des ZeitRaums (*TimeSpace*).

Kern dieser Konzeption ist die Überlegung, dass »Raum niemals analytisch von Zeit getrennt werden kann« (Wallerstein 1995a: 732). »Jede Zeit hat einen Ort und jeder Ort hat eine Zeit, und bestimmte Arten von Zeit und Ort gehören zusammen« (Wallerstein 2000: 114). Für die Welt systemtheorie hat etwa die kapitalistische Weltökonomie nur eine einzige Geschichte, »die strukturelle Kontinuitäten, zyklische Schwankungen und säkulare, transformatorische Trends beinhaltet« (Wallerstein 2000: 101).¹⁵

Zum Verständnis der historischen Entwicklung der modernen Welt muss

15 Insgesamt unterscheidet Wallerstein fünf verschiedene Arten von Zeit Raum: den »episodisch-geopolitischen«, den »konjunkturell-ideologischen«, den »strukturellen«, den »transformatorischen« und den »ewigen«. Innerhalb der Wissenschaften sieht er seine Position in einem »Zweifrontenkrieg« gegen sowohl nomothetische als auch idiographische Positionen, welche sich in dem Punkt treffen, den ZeitRaum als einen grundlegenden Bestandteil der geohistorischen Welt nicht wahrzunehmen. Während idiographische Historiker sich mit dem episodisch-geopolitischen ZeitRaum beschäftigen und nomothetische Wissenschaftler die Gesetze des ewigen ZeitRaums ergründen wollen, unterscheide die Weltsystemanalyse die restlichen drei ZeitRäume (vgl. ausführlich Wallerstein 1995: 164-180; 1995a; 2000).

der Erkenntnis Rechnung getragen werden, dass diese drei Elemente – Kontinuitäten, Zyklen und Trends – ineinander verwoben sind. Ein historisches System ist demnach »eine Einheit, die weder unendlich noch nur momentan ist, die aber ein Leben hat und deswegen einen Anfang und ein Ende besitzt. Das System hat auch einen Raum, und seine Grenzen (die sich mit der Zeit verändern) ergeben sich aus seinen grundsätzlichen Handlungsprinzipien« (ebd.: 102).

Historische Systeme besitzen also drei definierende Charakteristika: relative Autonomie sowie zeitliche und räumliche Begrenztheit. Historische Realität ist gekennzeichnet durch die Existenz andauernder, wenn auch nicht ewiger Strukturengruppen, welche »historische Systeme« genannt werden. Diese haben vorgegebene Funktionsweisen, sogenannte zyklische Rhythmen, weisen aber auch einen kontinuierlichen langsamen Prozess der Transformation, sogenannte säkulare Trends auf. Daneben gibt es Ereignisse, denen Wallerstein allerdings wenig Relevanz zusmisst.¹⁶ Das hauptsächliche intellektuelle Problem bestehe darin, zyklische Rhythmen, säkulare Trends und Krisen, die Übergänge und deshalb Brüche bilden, zu unterscheiden. Insgesamt sei das Erkennen von Neuem und sich Veränderndem ein »intellektuelles Kinderspiel« im Vergleich zur Benennung dessen, was sich nicht wesentlich ändert (Wallerstein 1995: 277).¹⁷

Wallersteins makrosoziologische Konzeption des historischen Systems hat nicht nur weitreichende Implikationen für dessen Vorstellung von sozialem Wandel. Sie attackiert auch den Mythos des zweckrational handelnden Akteurs. Wallerstein behauptet letztlich, dass es »innerhalb eines funktionierenden historischen Systems keinen echten freien Willen gibt. Die Strukturen erzwingen die Entscheidung und produzieren sogar Entscheidungen. Die Unterdrückung der Schwachen durch die Starken und auch der Widerstand der Schwachen gegen die Starken sind [...] strukturelle, vorhersagbare und messbare Phänomene« (ebd.: 279). Dies

-
- 16 Wallerstein zitiert hier Braudels Aussage »Ereignisse sind Staubkörnchen«. Er führt weiter aus: »Ereignisse sind nicht nur Staub, weil sie vergänglich sind, sondern auch weil sie Staubkörnchen in unseren Augen sind« (Wallerstein 1995: 168).
- 17 Wallerstein betont hiermit, dass es sich um eine Wahl des wissenschaftlichen Standpunktes handelt. Die Beurteilung, ob es sich bei Krisen um innersystemische Turbulenzen (»Konjunkturen«) handelt oder aber um Systemkrisen, die eine Transformation zu einem anderen System andeuten, bleibt der Interpretation des Wissenschaftlers überlassen (vgl. auch Altavater/Mahnkopf 1999: 51f.).

ändere sich erst mit dem Eintritt des historischen Systems in seine Phase der Transformation in ein anderes System (ebd.: 179).¹⁸

Die Konzeption des historischen Systems ist für Wallerstein ein wichtiger Schritt in Richtung einer »Neustrukturierung der Sozialwissenschaften« (Wallerstein et al. 1996), da sie tendenziell mit der traditionellen Trennung der heutigen Wissenschaftsdisziplinen bricht. Es müssten aber noch grundlegendere Anstrengungen unternommen werden, um dieses Basishindernis für das Verstehen unserer Welt aus dem Weg zu räumen. Es sei an der Zeit, die Multidisziplinarität, »die Apotheose der Disziplinarität«, kaputtzudenken (Wallerstein 2000: 102). Insbesondere bestreitet Wallerstein die analytische Sinnhaftigkeit der Dreiteilung sozialen Handelns in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Jene Dreifaltigkeit versperre den Weg zu einer intellektuellen Weiterentwicklung wie ein Granitblock (Wallerstein 1995: 9). Er fordert daher die Entwicklung alternativer theoretischer Modelle jenseits dieser Aufteilung in Sphären, deren funktionale Realität ohnehin zweifelhaft sei (ebd.: 321f). Die Weltwirtschaft etwa sei nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und soziale Einheit (ebd.: 10). Da weder die ökonomische noch die politische noch die soziokulturelle Sphäre eigenständige Bereiche sozialen Handelns konstituieren, plädiert Wallerstein für eine holistisch angelegte Analyse und Forschungspraxis. In diesem Zusammenhang fordert er »symbolisch« die »Abschaffung der Fachbereiche Ökonomie, Soziologie, Anthropologie, Politik, Geographie und Geschichte und die Vereinigung zu einer einzigen Fachrichtung der historischen Sozialwissenschaften« (ebd.: 125).

6.2.3 Die Grundprinzipien des modernen Weltsystems

Trotz diverser Vorläufe bildet sich das moderne Weltsystem für Wallerstein im sogenannten »langen 16. Jahrhundert« in Europa heraus. Folgende Umstände begünstigten dessen Konstituierung:

- 1.) die Ausweitung des geografischen Umfangs, d.h. die europäische Expansion, die Entdeckung und Eroberung bislang unbekannter Gebiete,
- 2.) die Entwicklung von Arbeitskontrollmethoden, die für unterschiedliche Produkte und Zonen der Weltwirtschaft sehr unterschiedlich sein mussten,

18 Wallerstein folgt hier dem Systembegriff des Chemikers und Chaostheoretikers Ilya Prigogine. Für diesen laufen Systeme asymptotisch auf eine bestimmte Grenze zu, an der das System dann dazu neigt, chaotisch zu agieren und seine gesamte Struktur zu ändern (vgl. einführend Straussfogel 2000). Wallerstein sieht das kapitalistische Weltsystem im Moment in einem Zeitband einer solchen Transformation, welches allerdings noch 50 oder mehr Jahre anhalten kann (Wallerstein 1998; 1999; 2002).

- 3.) die Schaffung von relativ »starken« Staatsapparaten in den Gebieten, die zu den Kernstaaten dieser Welt wurden (Wallerstein 1986b: 47).

Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts und bis heute anhaltend entwickelte sich eine Ökonomie, die der Vormundschaft singulärer politischer Machtbereiche entkommen konnte. Kapital bzw. ökonomischer Mehrwert wurde nun zunehmend nicht mehr abgeschöpft, um eine Staatsbürokratie und ihren Konsum zu befördern, sondern konnte von Großkaufleuten akkumuliert werden. Diese häuften ihr Vermögen in Handelsstädten an, welche größtenteils aus dem territorialen Herrschaftsanspruch der bisherigen Fürsten- und Königshäuser heraustraten konnten. Von diesen Handelsstädten aus etablierte sich ein reger Handel mit Regionen, die weit außerhalb ihres Territoriums lagen, insbesondere mit dem Baltikum und der »Neuen Welt«. Hierbei handelte es sich nicht mehr nur um den Handel von Luxusgütern, wie er eine Jahrhunderte lange Geschichte mit dem Mittleren und Fernen Osten hatte, sondern nun vorherrschend um den Handel von Basiserzeugnissen (Holz, Getreide, Stoffe). Weit entfernte Territorien, die definitiv nicht von einem politischen Zentrum regiert wurden, wurden Teil einer (einzig) Weltwirtschaft. Von diesem Ursprung aus hat sich die europäische Weltwirtschaft bis heute auf den gesamten Globus ausgedehnt. Dieser Drang zur geografischen Expansion ist für Wallerstein ein wichtiger säkularer Trend des modernen Weltsystems.

6.2.3.1 The commodification of everything

Als zweiten wichtigen säkularen Trend nennt Wallerstein die unaufhörliche Akkumulation von Kapital. Sie ist die treibende Kraft des modernen Weltsystems. Mit dieser Grundausrichtung der Akkumulation zum Selbstzweck ist das kapitalistische Weltsystem zutiefst irrational und widersinnig, »denn insgesamt wollen die Menschen konsumieren, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, und nicht akkumulieren« (Wallerstein 1986: 6). Der historische Kapitalismus sucht ständig und unaufhörlich nach neuen Akkumulationsmöglichkeiten. Immer, wenn die ökonomischen Kräfte des Systems, also die Einzel- bzw. Gesamtunternehmer, auf einen Engpass gestoßen sind, der die Akkumulation behinderte, haben sie bisher Verhaltensweisen entwickelt, mit denen sie den Engpass entweder beseitigten oder umgingen, um so im globalen Akkumulationsprozess weiter voranzuschreiten. Wohlgemerkt, hierbei war der Engpass durch eine kollektive Anstrengung zuvor von denselben Kräften erst produziert worden. Mit anderen Worten, bisher wurden die Widersprüche des Systems stets überwunden (Wallerstein 1986: 5). Der Kapitalismus hat sich als sehr wandlungs- und anpassungsfähig erwiesen.

Zwar kannten auch andere historische Systeme Kapitalbildung im Sinne von angehäufterem Reichtum. Erst die spezifische Produktionsweise des historischen Kapitalismus nutzt Kapital aber auf ganz bestimmte Art und Weise, nämlich mit dem vorrangigen Ziel, sich selbst zu vermehren.¹⁹ Wallerstein spricht folglich erst dann von Kapitalismus, wenn im Laufe der Zeit die Akkumulation von Kapital mit Regelmäßigkeit den Vorrang vor anderen Zielsetzungen erhält.²⁰ Hinzu kommt, dass im historischen Kapitalismus viele Vorgänge, die vorher anders als über einen Markt gesteuert wurden, nun den Charakter von Waren erhielten. Dies betraf nicht nur den klassischen Fall der Tauschgeschäfte, sondern auch Produktions-, Verteilungs- und Investitionsvorgänge. Kein Bereich des sozialen Lebens ist prinzipiell vor dieser möglichen Vereinnahmung gefeit. Das kapitalistische Weltsystem hat somit den ihm inhärenten Drang, alle Dinge und Tätigkeiten in Waren zu verwandeln, wofür Wallerstein den Begriff der Kommodifizierung prägt (Wallerstein 1989: 9ff).

Flankiert wird diese Entwicklung durch die historisch gleichursprüngliche Herausbildung eines Systems von Nationalstaaten, welche ihrerseits danach trachten, die Profite kapitalistischen Strebens auf ihr Territorium zu binden. Erst mit der Herausbildung einer einzigen Weltwirtschaft, welche territorial auf eine Vielzahl von Staaten gründet und damit über ein zwischenstaatliches System verfügt, waren einzelne Staaten dazu angehalten, die Akkumulateure zu unterstützen. Diese formale Struktur des Systems diente dem Ziel schrankenloser Akkumulation am vortrefflichsten, da es die Fähigkeit jeden einzelnen Unternehmens begünstigte, jene Produktionsentscheidungen zu treffen, und jene Vermarktungsstrategien zu wählen, die mittelfristig maximale Profite gewährleisteten (Wallerstein 1986: 6f).

-
- 19 Die Beschreibung von Kapitalismus als System, welches Kapital um seiner selbst Willen akkumuliert, ist selbstverständlich eine Grundprämisse Marxscher Kapitalismuskritik. So ist für Marx (1979: 621) die »Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen« der »historische Beruf der Bourgeoisieperiode«. Eine Besonderheit des Weltsystemansatzes besteht darin, dass er die Bedürfnisbefriedigung der Massen, etwa als »Abfallprodukt« der kapitalistischen Produktionsweise oder im Sinne eines Trickle-Down-Modells, im Weltmaßstab bestreitet. Die Entfaltung der Produktivkräfte erscheint ihm entgegen der Formulierung in der marxistischen Theoriebildung nicht als wünschenswerte Voraussetzung eines Übergangs zum Sozialismus.
 - 20 Abermals klingt das Kapitalismusverständnis Braudels durch. Dieser setzt Kapitalismus nicht mit dem Wirtschaftsleben als solchem gleich, sondern beschreibt ihn als ein auf diesem aufsattelndes Verhältnis.

6.2.3.2 Axiale Arbeitsteilung

Die Existenz einer axialen Arbeitsteilung, in der es eine Zentrums-Peripherie-Spannung gibt, die einen »ungleichen Tausch« möglich macht, ist für das Weltsystem konstitutiv. Es war das Zentrum-Peripherie-Konzept, welches Wallersteins Konzeption von Raum und Zeit in seiner Theorie verankerte (Wallerstein 1995a: 732). Die Konzeption des Orts von Entwicklung als Singularität, die sowohl das Zentrum als auch die Peripherie umfasst, ersetzt das Konzept der bisherigen Entwicklungstheorie, nach der Staaten denselben Pfad in unterschiedlichen Geschwindigkeiten durchlaufen. Demgegenüber ist der größere Rahmen des Weltsystems ein begrenztes Gebiet, in dessen Grenzen sich Peripherie und Zentrum interdependent beeinflussen (Wallerstein 2000: 100f). Eine besondere Bedeutung kommt zusätzlich der strukturellen Existenz von zwischen Zentrum und Peripherie angesiedelten semiperipheren Zonen zu.

Peripherie und Zentrum sind primär strukturell zu verstehen, bezeichneten aber meist räumliche Teileinheiten. Sie stehen für geografisch und kulturell verschiedene Regionen des Weltsystems, welche sich grob aufgrund ihrer Spezialisierung nach kapitalintensiver (Zentrum) und arbeitsintensiver Produktion (Peripherie) unterscheiden. Während das Zentrum durch den Handel zu einer diversifizierten Ökonomie findet, bildet sich in der Peripherie vorrangig eine rohstofferzeugende Ökonomie heraus. Merkmal der Semiperipherie ist eine Mischung von Charakteristiken des Zentrums und der Peripherie.

Peripherie und Zentrum »bilden und entwickeln sich stets und ausschließlich im Verhältnis zueinander, per definitionem« (Hopkins/Wallerstein 1979: 157). Das Zentrum-Peripherie-Konzept ist ein relationales Konzept, welches eine relationale Realität fassen soll. Zwar erfahren zentrale und periphere Prozesse im Verlauf der Entwicklung des Weltsystems eine fortwährende Verschiebung. Doch sind diese Prozesse immer integriert in die Weltwirtschaft und heben nicht die *strukturelle* Polarisierung in Zentrum und Peripherie auf. Entscheidend für die Wallersteinsche Analyse ist, dass das asymmetrisierende Prinzip stets erhalten bleibt. Da Zentrum und Peripherie strukturelle Notwendigkeiten des kapitalistischen Systems sind, kann es weder ein (allgemeines) Aufholen der Entwicklungsländer noch ein verallgemeinerbares Modell (innerhalb des kapitalistischen Weltsystems) geben.

Die »Entwicklung« eines Landes, etwa von einem peripheren zu einem semiperipheren Staat, kann nur als »Nullsummen-Spiel« (Wallerstein 1979: 43) beziehungsweise als »Rollentausch« (Wallerstein 1995: 146) verstanden werden. »Solange Staaten, getrennte Staaten, jeder für sich nach Wegen suchen, sich selbst zu entwickeln, wird das zutreffen.

Aufholen bringt Wettbewerb mit sich, und Wettbewerb bedeutet, daß im Endeffekt die Entwicklung eines Landes auf Kosten eines anderen vonstatten geht« (ebd.: 145). Explizit wendet sich Wallerstein gegen jeglichen länderbezogenen Entwicklungsoptimismus, wie ihn auch die Dependenztheorie betreibt. »Nationale Entwicklung kann sehr wohl ein schädliches politisches Ziel sein« (ebd.).

Aus der Analyse, dass die Weltwirtschaft notwendigerweise ein Nullsummen-Spiel ist, folgert Wallerstein, dass das von der marxistischen Theoriebildung schon zu Seite gelegte Marxsche Theorem der Polarisierung der Klassen nach wie vor Bedeutung hat, wenn man als Bezugspunkt das kapitalistische Weltsystem zugrunde legt. Dann habe sogar eine absolute, nicht nur relative Polarisierung stattgefunden (Wallerstein 1990b: 157). Die Kluft bei der Verteilung des Mehrwerts schließe sich nicht, sie habe sich innerhalb des Weltsystems beständig vergrößert. Die »Unterschiede in den materiellen Erträgen zwischen der Spalte und der Basis [...] wurden im Laufe der Zeit im Weltsystem als Ganzes immer größer« (Wallerstein 1989: 39). Der Klassenbegriff macht sich für Wallerstein daran fest, ob die Klasse vom produzierten Mehrwert anderer lebt oder nicht. Sobald das Einkommen und die Bürgerrechte eines »Proletariers« in den kapitalistischen Zentren ein bestimmtes Niveau erreicht hat, »wird der ›Proletarier‹ in Wirklichkeit zu einem ›Bourgeois‹, *der vom Mehrwert anderer lebt*« (Wallerstein 1983: 318), was sich unmittelbar auf das Klassenbewusstsein auswirkt.²¹

Die axiale Arbeitsteilung entlang einer Zentrums-Peripherie-Spannung ergibt sich vornehmlich aus der Organisation der Produktionsprozesse in komplexen Warenketten. In diese Warenketten, die jedem Endprodukt, welches auf einem Markt erscheint, vorgeschaltet sind, fließen vielfältige Formen von veräußerter Arbeitskraft und bestimmte Maschinen, die ihrerseits wieder hergestellt werden müssen, ein. Wallerstein wendet sich damit gegen die »simplizistische Vorstellung [...], daß der ›Markt‹ der Platz ist, an dem sich ein ursprünglicher Produzent und ein Endverbraucher treffen« (Wallerstein 1989: 24). Die meisten Transaktionen hingegen bestehen im Austausch unter Zwischenherstellern, die in einer langen Warenkette angesiedelt sind.

Entscheidendes Kriterium der Warenketten im historischen Kapitalismus ist, dass ihre geografische Ausrichtung zentripetal war und ist. So sind ihre Ursprünge zwar vielfältig, ihre Bestimmungsorte laufen jedoch in einigen wenigen Gebieten zusammen. Sie neigen dazu, sich aus der Pe-

21 Für Wallerstein existiert neben der mengenmäßig sehr kleinen Schicht der »Superakkumulatoren« (Wallerstein 1995: 35) eine Weltmittelschicht, die etwa 10 % der Weltbevölkerung umfasst und vornehmlich in den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft lebt.

riperie der kapitalistischen Weltwirtschaft in die Zentren zu bewegen. Warenketten sind Manifestationen einer erweiterten sozialen Differenzierung der Arbeit, »die sich im Verlauf der Entwicklung des historischen Kapitalismus funktional und geographisch mehr und mehr ausweitete und gleichzeitig zunehmend hierarchisch wurde« (ebd.: 25).

Der innere Mechanismus der Warenketten ist die Anwendung von Gewalt bei der Festlegung des Preises, kurz: ist der schon erwähnte »ungleiche Tausch«. Dieses Theorem übernimmt Wallerstein von dem Dependenztheoretiker Emmanuel. Es gründet auf der Feststellung, dass die gravierenden Differenzen in den Lohnniveaus zwischen den Metropolen und den »Kolonien« nicht mit vergleichbaren Unterschieden in der Arbeitsproduktivität der jeweiligen Länder korrespondieren. Der internationale Handel zu Weltmarktpreisen beruht demnach notwendig auf ungleichem Tausch. Auf diese Weise trägt der Handel zur kapitalistischen Akkumulation und Entwicklung in den Hochlohnländern um den Preis der Dekapitalisierung und Unterentwicklung der anderen Länder bei (Frank 1980: 29). Unterentwicklung ist also nicht nur bloßer Teil des historischen Kapitalismus, sondern die Entwicklung des historischen Kapitalismus basiert geradezu auf ihr. Ungleicher Tausch kann als Basismechanismus des weltweiten Prozesses der Aneignung von Mehrwert verstanden werden, wobei sich die soziale Kluft zwischen den verschiedenen Territorien der Weltwirtschaft im Prozess ihrer Fortentwicklung ausweitet. Um die Vorteile des »ungleichen Tauschs« genießen zu können, mussten die Zentrumsstaaten stets dafür sorgen, »daß der Geld- und Güterfluß weltweit ‚freier‘ war als der der Arbeitskräfte« (Wallerstein 1983: 319), was vielfältige Migrationsregimes zur Folge hatte (Potts 1988).

Während sich das Zentrum-Peripherie-Konzept zu großen Teilen mit dem der Dependenztheorie deckt, ist die Betonung der strukturellen Bedeutung einer zwischen Zentrum und Peripherie angesiedelten Semiperipherie eine Besonderheit des Wallersteinschen Ansatzes. Sie hat eine entscheidende Funktion für die Stabilität des Systems und ist deshalb nicht einfach »irgendetwas« zwischen Zentrum und Peripherie. Das System könnte nicht funktionieren, wenn es nicht dreigeteilt wäre (Wallerstein 1983: 307). Die Semiperipherie ist insbesondere hinsichtlich des Aspekts der Herrschaftssicherung zentral. So könnte eine Weltwirtschaft eventuell als Wirtschaftssystem genauso gut mit oder ohne Semiperipherie funktionieren. Ohne Semiperipherie wäre sie aber politisch viel weniger stabil. Die Semiperipherie garantiert das reibungslose Funktionieren der Weltwirtschaft, da sie in der Lage ist, die größten Spannungen des polarisierten Weltsystems zu absorbieren (Wallerstein 1986b: 520). Semiperipherale Zonen profitieren von der Ausbeutung einer Peripherie, werden aber ihrerseits auch Opfer einer Ausbeutung durch das Zentrum. »Das Vorhan-

densein einer dritten Kategorie bedeutet, dass die obere Schicht nicht einer geeinten Opposition aller anderen gegenübersteht, eben weil die mittlere Schicht Ausbeuter und Ausgebeutete zugleich ist. Daraus folgt, dass ihre spezifisch ökonomische Rolle nicht allzu wichtig ist und sich daher während der verschiedenen historischen Stadien des modernen Weltsystems verändern konnte» (Wallerstein 1983: 310).

Semiperipherie Zonen haben aber nicht nur einen Abpufferungseffekt, sondern repräsentieren ebenso den Moment von sozialer Mobilität, symbolisieren die prinzipielle Möglichkeit des Aufstiegs innerhalb des Weltsystems. Ihre auf die Zentren gerichteten Inklusionsabsichten machen sie zu idealen Agenten, um im Interesse zentraler Staaten bezüglich der Peripherie Kontrollfunktionen auszuüben. Wallerstein beschreibt diese dynamisierte, aber dennoch asymmetrisch-hierarchische Strukturierung des modernen Weltsystems analog zur sozialstrukturellen Terminologie, wie sie zur Beschreibung von Nationalgesellschaften benutzt wird: »Neben der Oberschicht der Staaten des Zentrums und der Unterschicht von peripheren Staaten gibt es eine Mittelschicht von Staaten der Semiperipherie« (zit. n. Treibel 2000: 76).

6.2.3.3 Historischer Kapitalismus als Gewaltverhältnis

Als weiteren entscheidenden Punkt für die Analyse des modernen Weltsystems hebt Wallerstein die bedeutsame und stetige Rolle der Nicht-Lohnarbeit und ihre Koexistenz mit der Lohnarbeit hervor. Der für den Marxismus zentrale Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist für Wallerstein nur ein Widerspruch unter vielen. Lohnarbeit ist nur eine unter mehreren Formen der Aneignung von Mehrprodukt und zudem eine für den Kapitalisten »relativ *teure* Arbeitsform« (Wallerstein 1983: 318). Entsprechend ist für Wallerstein nicht die spezielle Form der Lohnarbeit für die Analyse der Arbeitsteilung im kapitalistischen Weltsystem entscheidend, sondern allgemeiner die »Ware Arbeitskraft« (Wallerstein 1979: 45), die sich bis heute auch in vielfältigen Formen von Nicht-Lohnarbeit äußert.

Die Existenz unentgeltlicher Aneignung von Arbeitskraft führt Wallerstein zu der weitergehenden These, dass der historische Kapitalismus nach wie vor auf Prozessen unmittelbarer Gewaltausübung basiert. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem von Karl Marx beschriebenen Prinzip der ursprünglichen Akkumulation zu. Marx fasst damit die für die Entwicklung des Kapitalverhältnisses notwendige, vorkapitalistische Ausbildung von Geldkapital und frei disponibler Arbeitskraft. Es ist der Prozess der Trennung der unmittelbaren Produzenten von

ihren Produktionsmitteln.²² Besonderes Merkmal dieses Scheidungsprozesses, der mit der Auflösung feudaler und zunftmäßiger Bindungen einhergeht, ist, dass die Enteignungen (»Expropriation«) mit »außer-ökonomischer«, also direkter politischer Gewalt herbeigeführt werde.²³ Marx hatte diesen Prozess auf den Beginn der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus datiert und ihn als historische Voraussetzung für den Prozess der »eigentlichen« Kapitalakkumulation aufgefasst.

Im Gegensatz zu Marx weist Wallerstein den Prozess der ursprünglichen Akkumulation nicht nur als ein für den historischen Kapitalismus konstitutives, sondern auch als ein permanent wirkendes Moment aus. Ursprüngliche Akkumulation ist nicht nur chronologisch, sondern auch logisch ein integraler Bestandteil der Kapitalakkumulation. Wallerstein nimmt hier Argumente Rosa Luxemburgs auf. Diese hatte in ihrer Studie »Die Akkumulation des Kapitals« schon 1913 Marx' Theorem auf die gesamte Welt angewendet. Nicht nur in Europa, sondern auch in den Kolonien wurden die Produzenten, in erster Linie die Bauern und Handwerker, von ihren Möglichkeiten, Mitteln und Traditionen der Produktion getrennt und mussten sie, sofern sie bei diesem Prozess nicht zerstört wurden, an die neuen Herren, die Kolonialherren bzw. Grundeigentümer, abgeben.²⁴ Darüber hinaus wies Luxemburg auf die fortdauernde historische Gleichzeitigkeit von ursprünglicher Akkumulation (»nicht-kapitalistische Milieus«) und kapitalistischer Produktionsweise hin. Sie wendete sich somit prinzipiell gegen die Marxsche Annahme, der Kapitalismus sei ein geschlossenes System, in dem nur Kapitalisten und Lohnarbeiter existieren. Ein solches System habe nie existiert. Der Kapitalismus bräuchte immer sogenannte »nicht-kapitalistische Milieus, Gesellschaften und Schichten« für die Ausdehnung der Arbeitskraft, der Rohstoffquellen und vor allem der Märkte (vgl. Mies 1990: 50). Deren Ausbeutung sei besonders profitabel.

22 »Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. [...] Der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts andres sein als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozeß, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter. Die sog. ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel« (Marx 1979: 742).

23 »Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlichst gehässigsten Leidenschaften vollbracht« (Marx 1979: 790).

24 Vgl. zusammenfassend auch Werlhof (2000: 731).

Den Prozess der ursprünglichen Akkumulation definiert Luxemburg also als einen sich *permanent* vollziehenden Vorgang, der logischer und grundlegender Bestandteil des Kapitalverhältnisses ist. »Historisch aufgefaßt, ist die Kapitalakkumulation ein Prozeß des Stoffwechsels, der sich zwischen der kapitalistischen und den vorkapitalistischen Produktionsweisen vollzieht. Ohne sie kann die Akkumulation des Kapitals nicht vor sich gehen [...]. Die Kapitalakkumulation kann demnach so wenig ohne die nichtkapitalistischen Formationen existieren, wie jene neben ihr zu existieren vermögen. Nur im ständigen fortschreitenden Zerbröckeln jener sind die Daseinsbedingungen der Kapitalakkumulation gegeben« (Luxemburg 1975: 364). Wallerstein nimmt den Faden auf und betont ebenfalls den vampirhaften bzw. parasitären Charakter der Kapitalakkumulation. Allerdings betont er, dass Luxemburgs Formulierung von der Gleichzeitigkeit kapitalistischer und *nicht*-kapitalistischer Milieus den Blick dafür verstelle, dass eben diese beiden in Kombination das Wesen des Kapitalismus ausmachen (Wallerstein 1979a: 8, Fußnote 13).

Außerdem erweitert er den Objektbereich auf sämtliche Formen von Nicht-Lohnarbeit, insbesondere auch auf die Arbeit der Frauen, welchen im weltweiten Maßstab bis heute die Aufgabe der Reproduktion der (Lohn-)Arbeitskraft aufgebürdet wird.²⁵ Nicht-Lohnarbeit bzw. Subsistenzproduktion verortet Wallerstein (1989: 19f) daher vornehmlich in der für ihn zentralen Kategorie der Haushalte. Durch die Schaffung von semiproletarisierten Haushalten mit einem niedrigen Prozentsatz an Lohn-einkommen gelingt es im historischen Kapitalismus, die Kosten der Ausbeutung von Arbeitskraft möglichst gering zu halten, da die Reproduktion der Arbeitskraft zu einem großen Anteil durch unbezahlte Subsistenztätigkeit erfolgt. In diesem Sinne geht die Subsistenzarbeit in den Akkumulationsprozess mit ein.

Dies führt zu einer grundlegenden Kritik der marxistischen Vorstellung einer zunehmenden Proletarisierung. Zwar bestreitet Wallerstein eine solche Proletarisierung nicht grundsätzlich, doch ist entscheidender, dass ihr Umfang – bei weltweiter Betrachtungsweise – immer noch sehr gering ist. Der überwiegende Anteil der Arbeitskraft wurde eben nicht proletarisiert, da sich bestimmte Formen der Nicht-Lohnarbeit als hochgradig funktional für die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems erwiesen. »Was überrascht, ist nicht, daß es so viel Proletarisierung, sondern, daß es so wenig gegeben hat« (Wallerstein 1989: 18). Die typischerweise

25 Dieser Aspekt wird mit ähnlichem theoretischen Hintergrund unter dem Stichwort »Hausfrauialisierung« systematisch vom sogenannten Bielefelder Ansatz ausgearbeitet. Vgl. hierzu Mies (1990); Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen (1983); Werlhof (2000); zusammenfassend Peters/Stolz (1991); Eblinghaus/Stickler (1996: 119–150).

zum Thema »Unterentwicklung« assoziierten Charakteristika des modernen Weltsystems (Nicht-Lohnarbeit zur Produktion für den Markt, Marginalisierung und illegale Besiedelung, ein aufgeblähter tertiärer Sektor, das Entstehen der gesellschaftlichen Rolle der Hausfrau, Ethnizität, Klientelismus, korrupte und unterdrückerische Staatsapparate etc.) sind »weder Anomalien, noch Überbleibsel, sondern Schöpfungen der kapitalistischen Produktionsweise [...], die ein integraler Bestandteil ihres Funktionierens sind« (Wallerstein 1995: 194).

Die Nutzung »unfreier« Arbeitskraft und damit insbesondere der Subsistenzarbeit dient nach Wallerstein ebenso dem weltweiten Prozess kapitalistischer Akkumulation wie der Einsatz proletarischer »freier« Arbeitskraft (Wallerstein 1979: 45). Dabei ist nicht nur die Arbeitskraft teilweise »unfrei«, sondern auch die anderen Produktionsfaktoren – Boden und Kapital – waren von der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems bis heute niemals völlig frei und bewegten sich nie vollständig nach den Vorstellungen eines Marktes. Es sei »das evidenteste aller empirischen Fakten [...], dass kapitalistische Unternehmer stets in einer Welt operierten *und erfolgreich waren*, in der einige Faktoren ›frei‹ waren, andere hingegen nicht [...], in der das Wertgesetz zwar einige, nicht aber alle Sektoren des Wirtschaftssystems beherrschte« (Wallerstein 1986: 13). Die nur partielle Durchsetzung des »Wertgesetzes« ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren der kapitalistischen Weltwirtschaft. »Dieses partielle Phänomen *ist* der Kapitalismus. Trotzdem drängt die innere Dynamik kapitalistischer Produktion nach einer volleren Freiheit der Produktionsfaktoren, nach einer volleren Durchsetzung des Wertgesetzes« (ebd.; vgl. auch 1995: 32f), was sich eben in dem Zwang zur *commodification of everything* manifestiert.

6.2.3.4 Symbiotische Verbindungen: Universalismus *und* Rassismus/Sexismus

Wallerstein (1995: 318) hebt die »grundsätzliche Bedeutung von Rassismus und Sexismus als organisierende Prinzipien des Systems« hervor. Beide korrespondieren unmittelbar mit der sozialstrukturellen Verfasstheit des historischen Kapitalismus und seiner Teileinheiten (Staaten, Klassen, Haushalte) und überlagern sich in vielfältiger Weise. Dies funktioniert durch ein geschicktes ideologisches Zusammenspiel von Universalismus und Rassismus/Sexismus.

Wallerstein leitet dabei den Universalismus zum einen ideengeschichtlich aus den monotheistischen Religionen, zum anderen aus der Produktionsweise des kapitalistischen Weltsystems selbst her. Erst in diesem wird der Universalismus zu einer bedeutenden politischen Lehre. Da

der hauptsächliche Mechanismus der Kapitalakkumulation die Verwandlung aller Dinge in Waren ist, also alles auf eine homogene Warenform abzielt, ist eine universalistische Ideologie höchst funktional. Im Gegensatz zum vorherrschenden Verständnis arbeitet Wallerstein überzeugend die engen Verbindungen der universalistischen Fortschrittsidee mit den partikularistischen Ideologien und Praktiken des Rassismus und Sexismus heraus. Universalismus und Rassismus/Sexismus sind ihm »zwei Seiten einer Medaille« (Wallerstein 1990c: 273) und stehen in einer »mühSAM ausbalancierten Kombination« (Wallerstein 1990a: 47) zueinander.

Rassismus ermöglicht eine Hierarchisierung der Arbeiterschaft und damit einen umfassenden, wenn auch flexiblen Zugriff auf eine disponierbare Zahl verschiedener Kategorien von Arbeitern. Im Zuge dieser Ethnisierung der Arbeiterschaft kann auf der Basis von Zuschreibungen und Stigmatisierungen bestimmten Gruppen oder Gemeinschaften eine bestimmte Position in der Wirtschaftsstruktur zugewiesen werden (Wallerstein 1990a: 45f). Diese Ethnisierung ist sowohl wichtige Voraussetzung als auch Ausdruck der ungleichen Verteilung von Einkommen im Weltmaßstab. Der Rassismus liefert innerhalb der ideologischen Zwänge des kapitalistischen Weltsystems die einzige akzeptable Legitimation einer durch ausgedehnte kollektive Ungleichheiten gekennzeichneten Wirklichkeit.

Sowohl zeitlich als auch logisch geht der Rassismus eine symbiotische Verbindung mit dem Universalismus ein. Zwar gab es auch vor der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems Xenophobie, doch führte dort die Angst vor »dem Fremden« zum Ausschluss aus der Gesellschaft - in extremster Form durch den Tod der »Barbaren«. Ein expandierendes kapitalistisches System benötigt aber die gesamte Arbeitskraft, die es vorfinden kann, da nur sie die Güter hervorbringt, mittels derer mehr Kapital produziert, realisiert und akkumuliert werden kann. Jeder endgültige Ausschluss aus dem System wäre demnach sinn- und zwecklos (Wallerstein 1990a: 44).²⁶ Die universalistische Ideologie ermöglicht es, die »Wilden« als Menschen bzw. Bürger wahrzunehmen. Anstatt sie weiter auszurotten, wurden sie, wenn möglich, zum universalistischen und christlichen Glauben bekehrt. So konnten sie in die arbeitende Bevölkerung integriert wer-

26 Dementsprechend verfehlte die Strategie der »Endlösung« des Nationalsozialismus den »eigentlichen Kern des Rassismus in der kapitalistischen Weltwirtschaft, der nicht darauf abzielt, Menschen auszuschließen oder gar zu vernichten, sondern darauf, sie als Untermenschen und politische Sündenböcke in das System einzubinden und ökonomisch auszubeuten. [...] Rassismus galt als akzeptabel, die Endlösung dagegen nicht« (Wallerstein 2000a: 57).

den, »und zwar auf dem Niveau ihrer Fähigkeiten, das heißt auf der untersten Stufe der Beschäftigungs- und Lohnskala« (ebd.: 45).

Nicht mehr biologisch-genetische »Wahrheiten« dominieren nun den rassistischen Diskurs, sondern kulturelle Argumente. Demnach befinden sich jene, die einen niedrigen ethnischen Status und damit auch eine niedrige sozialstrukturelle (berufliche) Stellung haben, in dieser Position aufgrund eines unglücklichen, theoretisch aber ausrottbaren kulturellen Erbes, welches diese Gruppe mit Disziplinlosigkeit, mangelndem Arbeitsethos und Genügsamkeitsstreben stigmatisierend kennzeichnete. Heute gilt diese, mit den Idealen der Aufklärung und des Liberalismus nicht zu vereinbarende Rohheit des Rassismus als überwunden, weshalb den unterdrückten Klassen nahegelegt wird, durch besondere Anstrengungen ihren sozialen Status in der Welt zu ändern. Durch einen intensiven Rekurs auf das universalistische Prinzip der Chancengleichheit beinhaltet der zeitgemäße Rassismus in der Theorie also das Versprechen auf Transition, während er in der Praxis wirkliche Veränderung weit in die Zukunft verschiebt. Der Begriff der Chancengleichheit ist unter diesen Bedingungen eine »Täuschung«. Einkommen wird eher auf der Grundlage eines Kastensystems zugeteilt. Der Rassismus dient also stets der Stratifizierung der Arbeiterschaft im Weltsystem, gerade indem er die formale Inklusion der unterdrückten Gruppen in das System betrieb. Es stellt sich ein hartnäckiger *double bind* (Bateson 1985) ein, der durch das Versprechen auf sozialen Aufstieg als Lohn für individuelle Leistung flankiert wird (Wallerstein 1989: 91).

Obwohl viele Funktionen des Rassismus prinzipiell auch auf den Sexismus zutreffen, lassen sich Besonderheiten des Sexismus benennen. So dient der Sexismus vornehmlich der Verschleierung der Bedeutung der Subsistenzarbeiten in den Haushalten für die Kapitalakkumulation. Er ist vornehmlich durch die Verbannung der Frauen in die unproduktive Arbeit bei gleichzeitiger Aufwertung der produktiven Arbeit gekennzeichnet. Auch hier entstand ein *double bind*, der innerhalb dieses Systems seiner prinzipiellen Auflösung widersteht (Wallerstein 1989: 90f). Die Unterscheidung zwischen produktiver (Lohn-)Arbeit und unproduktiver (Subsistenz-)Arbeit schuf spezielle Rollen, die mit diesen Arbeitsweisen verknüpft waren. Idealtypisch wurde die Lohnarbeit vorrangige Aufgabe des männlichen Erwachsenen. Sie wurde außerhalb des Haushaltes am »Arbeitsplatz« ausgeübt, während die Subsistenzarbeit vorrangig die Aufgabe der erwachsenen Frauen war und im Haushalt verrichtet wurde. Das historisch Neue an diesem Prinzip war nicht so sehr, dass Männern andere Tätigkeiten als Frauen zugedacht wurden, sondern dass dies nun mit einer rapide zunehmenden Abwertung nichtproduktiver Arbeit einherging, bis hin zu den Vorstellungen vom männlichen Lohnarbeiter als »Ernährer«

und seiner »Hausfrau« (Wallerstein 1989: 20). Genau auf dieser Ebene ist der Sexismus mit dem Rassismus eng gekoppelt. Die durch die Ethnisierung der Arbeiterschaft durchsetzbaren Niedriglöhne für ganze Gruppen innerhalb der arbeitenden Klasse sind faktisch nur deswegen möglich, weil die Arbeitenden in Haushaltsstrukturen eingebunden sind, in denen die Lohneinkünfte nur einen geringen Bruchteil der Haushaltsreproduktion ausmachen (Wallerstein 1990a: 46).

Universalismus ist für Wallerstein eine Erkenntnistheorie, die allerdings die religiösen Züge des Glaubens teilt. Sie ist eine Ansammlung von Glaubenssätzen darüber, was wie erfahrbar ist. Der Kern universalistischen Denkens ist, dass es generell sinnvolle Feststellungen über die physikalische wie die soziale Welt gibt, die universell und ubiquitär gültig sind (Wallerstein 1989: 70). Erst mit der gewaltgestützten Durchsetzung der universalistischen Kultur werden die Bedingungen für die polarisierte und asymmetrisierende Arbeitsteilung innerhalb des Weltsystems geschaffen. Insbesondere den sogenannten Entwicklungsländern wurde unter dem Schlagwort (aufholende) Modernisierung die Verfolgung der Ziele »nationale Entwicklung« und »Fortschritt« zugemutet. Zwar betont Wallerstein die Wirkungsmächtigkeit dieser Ideologien, weist aber gleichzeitig vehement auf deren strukturelle Nichteinlösbarkeit hin.

Insgesamt wurde die moderne Wissenschaft als universell geltendes, wertfreies Wissenssystem konzipiert und hat historisch alle anderen Glaubens- und Wissenssysteme verdrängt oder zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Die Fortschritts- und Entwicklungsidee sind ihr inhärent, wenn nicht von ihr selbst hervorgebracht. Universalistische Wissenschaft und modernes Weltsystem haben historisch denselben Ursprung (Wallerstein 1986b: 48). Sie sind zwei sich gegenseitig bedingende und strukturierende Phänomene, die sich in »enger Allianz« (Wallerstein 1989: 35) befinden. Der ideologische Charakter der Idee von Fortschritt wird deutlich, wenn man sich dem Phänomen der zunehmenden Polarisierung innerhalb der Weltwirtschaft widmet. Bei der Polarisierung handelt es sich nämlich nicht nur um ein bloßes Auseinanderklaffen, sondern historisch um eine absolute materielle Verschlechterung der Lebensqualität des größten Teils der Weltbevölkerung. Es zeigt sich, »dass die überwiegende (und immer noch bäuerliche) Mehrheit der innerhalb der Weltwirtschaft arbeitenden Bevölkerung heutzutage härter und länger und mit einer geringeren Vergütung arbeitet als vor vierhundert Jahren« (Wallerstein 1990b: 159; vgl. auch 1989: 88f).

Dabei geht es Wallerstein nicht darum zu zeigen, dass es früher »besser« war, sondern darum, die Fortschrittsideologie der kapitalistischen

Produktionsweise als eben solche zu entlarven.²⁷ Von den technischen Errungenschaften hat materiell immer nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung profitiert. Fortschritt war immer nur der Fortschritt weniger – und zwar auf Kosten anderer. Ihn als universalistisch darzustellen, ist der ideologische Kern des Konzepts nachholender Entwicklung, in welchem sich die Idee des unaufhaltsamen Fortschritts mit der Vorstellung einer linearen Anthropologie verbindet. Fortschritt und Universalismus hängen also unmittelbar zusammen, was den »Clou« des Fortschrittbegriffs ausmacht und seine Wirkungskraft erklärt. Da er prinzipiell für alle »offen« ist, beinhaltet er das Versprechen für jeden, sich aus einem subalternen Status nach oben »entwickeln« und zu den momentan Privilegierten (durch Leistung) aufholen zu können. Der Fortschrittsmythos legitimiert sich dabei stets dadurch, dass Unzufriedenheit und Nicht-Befriedigung von Bedürfnissen existieren. Nur so kann er das Gegenteil versprechen. Die Fortschrittsidee behält ihren Sinn nur dann, wenn die Welt ewig verbesserrbar erscheint.

Die Idee des Fortschritts ist für Wallerstein ein Kernkonzept der Moderne.²⁸ Die Fortschrittsidee rechtfertigte nicht nur den gesamten Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus: »Sie legitimierte es, den fort-dauernden Widerstand gegen die Verwandlung aller Dinge in Waren zu brechen. Die Fortschrittsidee hatte die Tendenz, alle negativen Eigenchaften des Kapitalismus mit dem Argument beiseite zu wischen, dass der Nutzen gegenüber den Schäden bei weitem überwiege« (Wallerstein 1989: 85). Sie war nicht nur Bestandteil der bürgerlich-liberalen, sondern auch der marxistischen²⁹ Ideologie. Entgegen diesem »liberal-marxistischen Konsens« beharrt Wallerstein auf der durch seine empirischen Stu-

-
- 27 Wallerstein selbst wehrt sich (im gleichen Abschnitt) gegen eine Idealisierung der Lebensverhältnisse der breiten Massen in früheren Jahrhunderten.
 - 28 Dies wird natürlich nicht nur von Wallerstein so gesehen. So finden sich im Neoinstitutionalismus ähnliche Argumente (vgl. Kapitel 6.3). Auch Hauck (1992), der sich an anderer Stelle vom Weltsystemansatz abgrenzt (Hauck 1985), diagnostiziert in seiner »Einführung in die Ideologiekritik« Fortschritt (und Unabänderlichkeit) als Pole des bürgerlichen Bewusstseins der Moderne. Zur Kritik des Fortschrittsbegriffs vgl. zusätzlich Sklair (1972) sowie die Arbeiten von Ivan Illich und die entsprechenden Beiträge in Sachs (1993).
 - 29 Marx selbst sah im Kapitalismus einen Fortschritt gegenüber vorher existierenden Formen, insbesondere was die Produktivkraftentfaltung und die Lösung von einem »Reich des Notwendigen« anging. Für den Marxismus ist der entfaltete Kapitalismus notwendige Voraussetzung für das Heraufziehen der klassenlosen Gesellschaft. Wallerstein (1995: 201) äußert sich spöttisch: »Das ist utopischer und kein wissenschaftlicher Sozialismus. Der Kapitalismus bedeutete historisch die moralische Rückentwicklung und für die große Mehrheit der Weltbevölkerung auch eine materielle Rückentwicklung.«

dien belegten These, dass es »einfach nicht wahr [ist], dass der Kapitalismus als historisches System einen Fortschritt gegenüber Systemen darstellt, die er zerstört oder transformiert« (Wallerstein 1989: 86).

6.2.3.5 Zur Rolle der systemfeindlichen Bewegungen im modernen Weltsystem

Der Kampf in den Wissenschaften um neue begriffliche Formen und eine alternative Klärung der metaphysischen Voraussetzungen von Wissen³⁰ ist für Wallerstein nur *ein* Terrain der Auseinandersetzung. Der zweite Schauplatz ist der politische der sozialen Bewegungen. Beide Felder, das der Wissenschaft und das der Bewegungen, sind zur Zeit laut Wallerstein (1995: 48f) in großem Aufruhr und eng miteinander verwoben. Eine Neuausrichtung der Strategie der sozialen Bewegungen kann nur erfolgreich sein, wenn auch eine Neuausrichtung der Strategie der Sozial- und Naturwissenschaften gelingt – und umgekehrt. Während für die Wissenschaften eine umfassende Revision des grundlegenden Begriffsapparats einschließlich der Messverfahren auf der Tagesordnung steht, scheint für die sozialen Bewegungen das grundlegende Überdenken ihrer bisherigen Strategie angebracht zu sein. Kern dieser Strategie, insbesondere der sozialistischen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen in den Peripherien, war die Schaffung von Organisationen, deren Ziel die Erlangung der »Kontrolle über die Staatsmaschinerien« war (ebd.: 45f).

Für Wallerstein sind die systemfeindlichen Bewegungen lediglich eine Konsequenz der immer weiter fortschreitenden Kommodifizierung aller Dinge und Tätigkeiten in Waren. Systemfeindliche Bewegungen sind eine normale und voraussehbare Erscheinung des modernen Weltsystems und werden von diesem »produziert« (ebd.: 94). Sie sind weltliche Produkte der realen Welt und nicht von diesen losgelöst. Seiner systemischen Argumentation treu bleibend, betrachtet Wallerstein die sozialen Bewegungen als »zu Institutionen gewordene Produkte der kapitalistischen Weltwirtschaft, im Schmelztiegel ihrer Widersprüche geformt, von ihren metaphysischen Voraussetzungen durchdrungen, eingezwängt in das Wirken der anderen Institutionen« (ebd.: 36). Die Geschichte der Bewegungen, insbesondere der von diesen benutzten Semantiken, nach der

30 Hierzu zählt Wallerstein in steigendem Maße auch die Naturwissenschaften. Das Beispiel der Heisenbergschen Unschärferelation dient ihm als ein Indikator, dass auch innerhalb der Naturwissenschaften paradigmatische Veränderungen stattfinden. Mit Verweis auf Prigogine spricht er von der »Wiederverzauberung der Welt durch die Wissenschaften« (Wallerstein 1995: 44).

stets von diesen die vollkommen »Neue Gesellschaft« geschaffen werden sollte, belege, dass dies keineswegs so banal ist, wie es zunächst klingt.

Schon Wallersteins These des liberal-marxistischen Konsens³¹ verweist auf die tiefgreifende Skepsis, welche Wallerstein der bisherigen Politik sozialer Bewegungen entgegenbringt. So folgten die systemfeindlichen Bewegungen in ihren dominanten Strömungen stets der Ideologie der Aufklärung, ihrerseits ein Hauptprodukt universalistischer Ideologie. Sie stellten sich damit selbst eine »kulturelle Falle«, in der sie sich seitdem bewegen: »sie strebten danach, den historischen Kapitalismus zu schwächen, sie benutzten Strategien und stellten sich mittelfristige Ziele, die genau aus den ›Ideen der herrschenden Klasse‹ stammten, die sie zu zerstören strebten« (Wallerstein 1989: 75f). Es wundere daher nicht, dass die antisystemischen Bewegungen ihr vorgebliches Ziel, die Umwälzung bzw. Abschaffung des historischen Kapitalismus, bisher nicht erreichten.

Wallerstein führt drei historische Varianten von antisystemischen Bewegungen auf: den Kommunismus, die Sozialdemokratie und die nationalen Befreiungsbewegungen in der Peripherie. Obwohl alle diese Bewegungen eine große Anzahl von Menschen für ihren Kampf gewinnen konnten, sorgten sie historisch betrachtet paradoxe Weise für die kulturelle Untermauerung der relativen politischen Stabilität des Weltsystems. Was alle diese Bewegungen geeint hat, war insbesondere ihre Fixierung auf den Staat und eine darauf aufbauende, im 19. Jahrhundert entwickelte Strategie des Zweischritts (*two-step-strategy*): Zunächst sei die Staatsmacht zu erringen, erst dann sei die Welt zu verändern. Hierbei wurden Staaten (fälschlicherweise) als relativ autonome Gebilde imaginiert und überhaupt politische Macht in den Staatsapparaten verortet.

Die ideologisch-kulturelle Verstrickung mit den dominanten Prämissen des modernen Weltsystems, insbesondere die Übernahme und weitere Perpetuierung des in die Zukunft gerichteten Fortschrittglaubens des Liberalismus, trat besonders deutlich zu Tage, wenn diese Bewegungen die Staatsgewalt tatsächlich erlangen konnten³¹ und nun vor dem Problem standen, sie abzusichern. Das Hauptargument war dann das Beharren auf Geduld. Sachzwänge – so das gängige Argumentationsmuster – würden zwar für Verzögerungen sorgen, aber alles würde zukünftig besser werden. Eine egalitäre Welt sei am Horizont schon zu erblicken (Wallerstein 1998; 1999). Diese Metaphorik findet sich bei allen antisystemischen Bewegungen und steht nur in scheinbarem Gegensatz zur Radikalität der Programmatik während ihrer mobilisierenden Phase, in der sie gegen un-

³¹ Tatsächlich konstatiert Wallerstein (1999), dass es den systemfeindlichen Bewegungen in der Periode von 1945 bis ca. 1970 flächendeckend gelang, die Staatsmacht zu erlangen.

gerechte, militaristische, diktatorische, faschistische, koloniale oder einfach nur konservative Regime opponierten (Wallerstein 1999: 9)

Die *two-step-strategy* gilt als Folge der Auseinandersetzungen nach »1968« auch innerhalb der »Familie der sozialen Bewegungen« immer mehr als gescheitert. Dies führt nicht nur zur Delegitimierung der bisherigen Strategien sozialer Bewegungen, sondern in der Konsequenz auch zum Zusammenbruch der Legitimität der bisherigen Staatsstrukturen (Wallerstein 1999; 1999a), eine Wahrnehmung, die – wie gesehen – in den Globalisierungsdebatten unter den Stichworten Global Governance und »Bedeutungsverlust des Nationalstaats« mitschwingt und verhandelt wird. Staaten werden von großen Teilen der Weltbevölkerung, so Wallerstein (1999: 9), nicht mehr als Agenten der Transformation angesehen. Insgesamt mache sich (als Folge von »1968«) ein weltweiter »anti-statismus« breit.

Mit dem Vorwurf der Staatsfixiertheit korrespondierend werden hauptsächlich drei Anklagepunkte an die Politik der bisherigen systemfeindlichen Bewegungen adressiert (Wallerstein 1986a: 47f). Erstens werden alle Erfolge und Leistungen, die diese Bewegungen, sofern sie an der Regierung waren, prinzipiell durch die Tatsache geschmälert, dass immer noch große Teile der Bevölkerung von diesen Vorteilen ausgeschlossen waren. Diese Marginalisierten waren dann meist solche, die nicht zur eigentlichen Basis der Bewegungen gehörten: ethnische und nationale Minderheiten, Wanderarbeiter, Frauen oder Kleinbauern. Der zweite Vorwurf lautet, dass sich die Bewegungen hätten korrumpern lassen, was sich vor allem in der mangelnden Solidarität mit anderen systemfeindlichen Bewegungen ausdrücke. Der dritte Vorwurf besteht darin, dass die an die Macht gelangten Bewegungen sich oft selbst repressiv in Bezug auf andere, kleinere Gruppen aufgeführt hätten.

Diese drei Gründe und die theoretische und praktische Nichtberücksichtigung relevanter Gruppen und Themen hatten laut Wallerstein zur Folge, dass überall im Weltsystem neue Bewegungen (Minderheitenbewegungen, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Ökologiebewegung) entstanden, die sich an der Entwicklung alternativer, nicht staatsfixierter Modelle entlang der Pole Lokalität und Globalität (»Think global, act local«) versuchten. Das verbindende Muster dieser neuen Bewegungen sei ihr tiefes Misstrauen gegenüber den alten, an die Macht gelangten bürokratischen Bewegungen, welche von Gruppen beherrscht würden, deren heutige Ziele sich von denen der Verfechter des Status Quo kaum noch unterschieden. Obwohl Wallerstein (1999a) diese Entwicklung befürwortet und die Absicht dieser Bewegungen erkennt, auch ihre Politikformen neu zu erfinden, sieht er die neuen sozialen Bewegungen keineswegs davor gefeit, ihrerseits in die gleiche »kulturelle Falle« zu tappen und zu ei-

ner neuen Variante der Sozialdemokratie zu werden, wie es am Beispiel der auf Gleichstellungspolitik ausgerichteten Frauenbewegung auch schon nachweisbar sei (Wallerstein 2002a: 34ff).

Was aber genau macht jede Form von antisystemischer Mobilisierung für kooptionale Strategien anfällig? Entscheidende Bedeutung kommt hier für Wallersteins Unterscheidung zwischen den Kadern und der Basis von Bewegungen zu. So lasse sich die Geschichte der sozialen Bewegungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts als ein zwar allmählicher, aber dennoch relativ spektakulärer Aufstieg beschreiben, in der sie zu einer Art »organisierendes Zentrum der Weltwirtschaftspolitik« (Wallerstein 1995: 34) werden. Die Reaktionen auf den Aufstieg dieser Bewegungen waren seit jeher durch das Doppel Spiel von Repressionsmaßnahmen auf der einen Seite und Konzessionen und Kooperationen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Letztere richteten sich aber vornehmlich nicht an die von den Bewegungen vertretenen Massen, sondern an die »wichtige Zwischenschicht der Kader, und zwar in den einzelnen Staaten und im Welt- system als ganzem« (Wallerstein 1995: 34). So führten die weltweiten revolutionären Anstrengungen der (lohn-)arbeitenden Bevölkerung zu »bedeutenden Reformen im System weltweiter Umverteilung und erhöhten den Anteil an weltweit erwirtschaftetem Mehrwert, der den Zwischenschichten auf der ganzen Welt zugeteilt wurde« (ebd.).

Es ist kaum eine nennenswerte soziale Bewegung bekannt, in der nicht aufstrebende Kader eine Hauptrolle gespielt hätten. Dies ist nicht nur empirisch, sondern auch theoretisch herzuleiten: »In erster Linie sind die systemfeindlichen Bewegungen im großen und ganzen bürokratische Organisationen gewesen und erforderten als solche Fähigkeiten, die unter der Weltbevölkerung ungleich verteilt sind. Die aufstrebenden Kader waren tendenziell mit diesen Fähigkeiten ausgestattet« (ebd.: 37). Mehr noch, für die aufstrebenden Kader waren die Organisationen der systemfeindlichen Bewegungen geradezu ausgezeichnete Werkzeuge, ihre von den systemfeindlichen Bewegungen teils stark abweichenden Eigeninteressen zu verfolgen (ebd.: 38f).³² Historisch sei die Auseinandersetzung darüber, ob sich Bewegungen organisieren sollten oder nicht, zugunsten des Organisationsmodells und des Konzepts der permanenten Organisati-

32 Auch wenn Wallerstein selbst hierauf keinen Hinweis gibt, sind seine Ausführungen zu den Kadern der sozialen Bewegungen offenbar unmittelbar von Robert Michels inspiriert (vgl. Kapitel 3.2.2). Wallerstein übernimmt die Grobschlächigkeit von Michels' Analyse und arbeitet weder die Funktionsmechanismen noch den zugrunde liegenden Bürokratiebegriff systematisch aus.

on (Wallerstein 1989: 57) entschieden worden, welches fortan³³ als effektivste Form zur Erreichung politischer Ziele angesehen wurde (Wallerstein 1984: 124). Die historische Häufigkeit des Auftretens der Bürokratisierung von Bewegungen, dieser quasi-»natürlichen« Entwicklung sozialer Bewegungen sei aber kein Grund zur Desillusionierung, sondern Aufruf, die bekannten »Fallgruben« künftig zu vermeiden. Insgesamt habe sich wohl innerhalb der systemfeindlichen Bewegungen nach 1968³⁴ der »Naivitätsquotient« gegenüber oligarchischen Strukturen deutlich verringert (Wallerstein 1995: 39).

Wallerstein formuliert hier eine Kritik an der Organisationsförmigkeit sozialer Bewegungen, ohne diese aber systematisch auszuführen. Analytisch entscheidender ist für ihn die Staatsfixiertheit sozialer Bewegungen, die es auf ein taktisches Maß zurückzuschrauben gelte. Wallerstein insistiert hingegen auf die Bedeutung des Bewegungsmoments von sozialen Bewegungen. Künftige Aufgabe sozialer Bewegungen sei es nicht, die Staatsmacht zu erlangen, sondern das Weltsystem in ein anderes historisches System zu transformieren. Hierzu sei ein permanenter Kampf der sozialen Bewegungen nötig (Beyer 1994: 20). Die momentane Situation am Anfang des 21. Jahrhunderts stellt sich für Wallerstein in der Tat so dar, dass das moderne Weltsystem zum ersten Mal in seiner 500-jährigen Existenz in einer wahrhaftigen systemischen Krise ist, sich in der Phase des Übergangs zu einem anderen historischen System befindet (Wallerstein 2001a; 2002). Deshalb komme der Politik der sozialen Bewegungen eine besondere Bedeutung zu.

Prinzipiell bestehe sowohl die Möglichkeit zu einer kontrollierten, keineswegs herrschaftliche Verhältnisse und Ausbeutung aufhebenden, schleichenden Transformation des Systems zu einem anderen, als auch die Möglichkeit eines eher chaotisch-revolutionär verlaufenden Prozesses mit herrschaftsminimierenden Effekten. Während die Aktivitäten der aufstrebenden Kader dahin tendieren, das Funktionieren des Weltsystems nicht zu schwächen, sondern zu stärken, werde die Basis der Bewegungen immer größer. Sollte der Konflikt zugunsten der aufstrebenden Kader verlaufen, »dann werden die Bewegungen möglicherweise zum Hauptmechanismus der ›kontrollierten Transformation‹ des weltkapitalistischen Systems« (Wallerstein 1995: 40). Die Herausbildung von Global Governance-Strukturen und insgesamt der internationale Bedeutungszuwachs der NGOs könnten Anzeichen dieser schleichenden Transformation sein. NGOs haben laut Wallerstein (2002a: 36) – trotz ihrer Ausrichtung auf

33 Zumindest seit der Ersten Internationale, auf der sich in dieser Frage Anarchisten und Marxisten gegenüberstanden.

34 Zur Interpretation von »1968« im Werk Wallersteins unter generationentheoretischer Perspektive vgl. Fietze (1997).

die Zivilgesellschaft und nicht auf die Erlangung von Staatsmacht – einen für soziale Bewegungen typischen Prozess durchlaufen, der sie eher zu Anhängseln des Staates als zu dessen Gegner gemacht hat.

6.2.4 Würdigung, Kritik und Weiterungen

Die Weltsystemtheorie Wallersteins nimmt vom Standpunkt historisch-materialistischer Theoriebildung wichtige theoretische Dispositionen vor, die es zum einen erlauben, die Globalität von Vergesellschaftungsprozessen in den Blick zu nehmen, und zum anderen zentral eine herrschaftstheoretische Sichtweise in der Soziologie (wieder) stark machen. Insbesondere die zum nationalstaatlich vorbelasteten Gesellschaftsbegriff differente Wahl der Analyseeinheit qualifiziert das Werk Wallersteins als einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung auch allgemeiner soziologischer Theoriebildung. Mit dem Bezug auf die *longue durée* setzt Wallerstein zudem einen wichtigen Kontrapunkt zum dominanten, das Neue der Internationalisierung betonenden Globalisierungsdiskurs, den er als ein politisches Projekt interessierter Gruppen im Weltsystem fasst (Wallerstein 1999). In dem Wort Globalisierung drückt sich für Wallerstein die irrite Vorstellung aus, dass ein weltgesellschaftlicher Zusammenhang noch nicht realisiert sei.

Die von Wallerstein dargelegte Entwicklungsgeschichte des kapitalistischen Weltsystems lässt sich mit der Begrifflichkeit der Luhmannschen Systemtheorie als Geschichte der Zunahme strikter Koppelungen interpretieren. Sämtliche Teilgesellschaften und Personengruppen sind untereinander zunehmend fester gekoppelt. Ihre Interdependenz voneinander wird immer unmittelbarer und erfolgt immer weniger gepuffert. Der Mechanismus der Durchsetzung fester Koppelungen erfolgt bei Wallerstein durch die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung, wobei die enorme Zunahme fester Koppelungen insgesamt eine Steigerung der Störanfälligkeit des modernen Weltsystems nach sich zieht (Türk 1998: 6f), welches in der Konsequenz zu seinem Kollaps beiträgt.

Wallersteins eigenwilliger Kapitalismusbegriff macht seine Theorie auch attraktiv für eine Weiterentwicklung von in engerem Sinne historisch-materialistischer Theoriebildung. Insbesondere Wallersteins dezierte Ausführungen über den marxistisch-liberalen Konsens und die in diesem lokalisierte »Fiktion des freien Marktes« eröffnen einen gänzlich anderen Blick auf den modernen Kapitalismus als dies der klassischen marxistischen Theorie gelingt. Durch den Hinweis auf die strukturinduzierende und essentielle Bedeutung ungleicher Tauschverhältnisse und monopolistischer Strukturen für den historischen Kapitalismus, also die Akzentuierung des konstitutiven Charakters der sozial-räumlichen Asym-

metrisierung für das moderne Weltsystem, wendet sich Wallerstein von einer werttheoretischen Fassung kapitalistischer Vergesellschaftung ab. Für eine herrschaftstheoretische Kritik weltgesellschaftlicher Verhältnisse und somit der Erklärung der »Akkumulation von Macht« (Braudel 1986a: 12) werden andere Verhältnisse als das durch die Warenform bestimmte Kapitalverhältnis zentral. Der Hinweis, dass nicht der ungleiche Tausch an sich, sondern seine Verschleierung und Invisibilisierung für den historischen Kapitalismus zentral sei, verweist unmittelbar auf die Trennung von ökonomischen und politischen Arenen und damit auf die Bedeutung des Politischen bzw. Kulturell-Ideologischen in Wallersteins Theorieanlage. Insgesamt hebt Wallerstein in politischer Hinsicht die Bedeutung von Staaten, Klassen und sozialen Bewegungen sowie deren Handlungskapazitäten für die Genese und Reproduktion des modernen Weltsystems hervor. Die nachfolgende Auseinandersetzung mit den Einwänden gegen Wallersteins Entwurf beginnt mit der Irritation, dass diese mehrschichtige Anlage seiner Arbeiten bei seinen Rezipienten wenig Beachtung findet.

6.2.4.1 Kritiken: Teleologischer Determinismus und funktionaler Ökonomismus

Die zwei wichtigsten und häufigsten Vorwürfe gegen Wallersteins Welt- systemtheorie sind die des teleologischen Determinismus und die des funktionalistischen Ökonomismus.³⁵ Die Vorwürfe sind nicht gänzlich von der Hand zu weisen, folgen aber einer sehr partiellen, tendenziösen und »karikierenden« (Axford 1995: 53) Rezeption von Wallersteins Arbeiten. In dieser sehr einseitigen (und bequemen, da bisherige Denkgewohnheiten nicht irritierenden) Lesart werden insbesondere die späteren, wissenssoziologischen Schriften Wallersteins beharrlich ignoriert oder in ihrer Relevanz für sein Denken unterschätzt. Die Vorwürfe des Ökonomismus und des Funktionalismus fallen so in gewissem Maße auf die Kritiker zurück. Es scheint so, als sähen sie selbst durch die »ökonomische Brille«. Sie sind deshalb nicht in der Lage oder nicht Willens, die Implikationen des Wallersteinschen Denkens aufzunehmen oder zumindest zu diskutieren.

Zu den Kritiken im Einzelnen: Wallerstein wird eine historisch-teleologische Argumentation und damit eine deterministische Geschichtsphilosophie vorgeworfen. Hinzu komme eine monistische Erklärung der kapitalistischen Entwicklung (Kocar 2001: 501), da nur die Ökonomie in

³⁵ Vgl. stellvertretend für viele andere Beck (1997: 66); Giddens (1995: 91); Robertson (1992); Imbusch (1990); Silver (2005: 50). Eine ausführliche Zusammenstellung und Diskussion der vorgebrachten Kritiken finden sich in Shannon (1996) und Goldfrank (2000).

Gestalt der internationalen Arbeitsteilung als Antriebsmotor gesehen werde. Der Teleologismus in Wallerstein Werk äußert sich nach einer frühen Kritik von Scocpol (1977: 1088) in dessen Argumentation, »that things at a certain time and place had to be a certain way in order to bring about later states or developments that accord (or seem to accord) with what his system model of the world capitalist economy requires or predicts«. Mit anderen Worten glaube Wallerstein daran, dass man den Zweck eines Ereignisses oder Trends für die Evolution des Weltsystems als Ganzes bestimmen könne. Da es sich aber immer um eine Theoretisierung *a posteriori* halte, sei diese zwangsläufig zirkulär. Ähnlich deutlich äußert sich Imbusch (1994: 76): »Häufig nur um den Preis zirkulärer Argumentationen kann Wallerstein einen Holismus postulieren, der zu einer Überdeterminierung des gesamten Systems führt und Geschichte in eine Zwangsjacke preßt, in der sowohl die Variationsbreite von Entwicklung wie auch ihre grundsätzliche Offenheit verloren gehen.«

Der Teleologismusvorwurf ist bezogen auf das Wallersteinsche Werk im Großen und Ganzen zutreffend. Seine Theorieanlage würde gewinnen, wenn er gewisse historische Konstellationen eher phänomenologisch im Sinne von Strukturanalogien, »Wahlverwandschaften« (Weber) oder »historischen Fundsachen« (Lipietz) behandeln würde, ohne diese gleich einer »Logik« des Systems zu subsumieren. Gleichwohl trifft der Teleologismusvorwurf nicht nur das Werk Wallersteins, sondern zielt in seiner Konsequenz auf alle allgemeineren Fragen nach der Erfassung von Historizität und der Möglichkeiten einer holistischen Theorieanlage. Außerdem ist relativierend festzuhalten, dass Wallerstein trotz der Benennung von säkularen Trends eben gerade kein überhistorisches »Gesetz« des Kapitalismus entwirft. Auch der Übergang zu einem neuen historischen System ist in seiner Ausgestaltung Wallerstein zu Folge vollkommen offen und von politischen Kämpfen abhängig.

Das deterministische Vorgehen Wallersteins wird nach Meinung vieler Kritiker dann besonders problematisch, wenn historische Details nicht genügend wahrgenommen werden. Da der Vorwurf der fehlenden historischen Akkuratesse im Werk Wallersteins für Nicht-Historiker nicht leicht zu überprüfen ist, kann er hier keiner umfassenden Beurteilung unterzogen werden. Sicherlich befördert Wallersteins Theorieanlage aber eine Unterschätzung endogener, nicht durch das kapitalistische Weltsystem präfigurierter Bedingungen der Teilgesellschaften. So richtig dies in seiner Allgemeinheit ist, ist es aber auch ein typisches Beispiel für die einseitige Lesart von Wallersteins Schriften. So hat Goldfrank (2000: 190f) richtigerweise darauf hingewiesen, dass Wallerstein mit der Existenz einer weltweiten Arbeitsteilung lediglich die Bedingungen angebe, die für alle Akteure gelten. Innerhalb dieser Bedingungen können Nationalgesell-

schaften Spielräume und ihre endogenen Bedingungen nutzen, um ihre Position in der Weltökonomie zu verbessern. Es ist somit beim Vergleich zweier Länder miteinander schwer entscheidbar, ob für deren Unterschiede endogene oder exogene Faktoren bedeutender waren. Auf jeden Fall sind aber beide Länder notwendig auf dialektische Weise miteinander verbunden, da beide der gleichen Weltwirtschaft, strukturiert von Warenketten, Klassenkämpfen und Staatsstrukturen, angehören.

Der zweite Komplex der Kritik rankt sich um die Begriffe »Funktionalismus« und »Ökonomismus«.³⁶ Balibar (1990: 7) nimmt den Vorwurf des Ökonomismus in zweierlei Hinsicht wahr. In der marxistischen Orthodoxie werde Ökonomismus als ein Determinismus der »Entwicklung der Produktivkräfte« begriffen. Dieser Vorwurf treffe Wallerstein nicht, da dieser mit der Darstellung der historischen Bedingungen, unter denen sich der Zyklus von Rezessions- und Expansionsphasen entwickeln kann, den Produktionsverhältnissen das Prinzip über die Produktivkräfte zuschreibe. Die zweite und häufiger genannte Variante des Ökonomismusvorwurfs beharrt auf der Autonomie eines Bereichs des Politischen und des Staates im Verhältnis zur Warenwirtschaft, aber auch allgemeiner auf der unabhängigen Rolle anderer sozialer Faktoren in der Geschichte der Globalisierung, etwa von Wissenschaften, Erziehung und Gruppenkulturen (vgl. auch Beyer 1994: 21).

Mit Axford (1995) teile ich hier die Einschätzung, dass sich im Werk Wallersteins in der Tat ein gewisser Ökonomismus auffinden lässt, der aber von seinen Kritikern überzogen dargestellt wird. Insbesondere hat Wallerstein in seinen späteren Arbeit die ihm entgegengebrachte Kritik sehr wohl aufgenommen und sein Werk Revisionen unterzogen, die es für kulturelle Themen sensitiver machte. Hierbei versteht Wallerstein unter »Kultur« das »Ideen-System« der kapitalistischen Weltwirtschaft, welches sich – wie gesehen – vornehmlich in der Dominanz des Liberalismus mit seinem individualistischen und universalistischen Credo manifestiert. Der universalistische Liberalismus bildet für Wallerstein (1991) die »Geokultur« des modernen Weltsystems, in dem der globale Kapitalismus eingebettet ist. In einem Interview artikuliert Wallerstein (1999a) sein Unverständnis darüber, dass ihm bis heute der Vorwurf der mangelnden

36 Es sei hier zumindest erwähnt, dass einigen Rezensenten Wallersteins Argumentation durch dessen Bezug auf die besondere Bedeutung, die den Nationalstaaten bei der Stützung und Aufrechterhaltung des Weltsystems zukommt, zu wenig ökonomisch ist. Hierauf hat Goldfrank (2000: 192f) hingewiesen, der Wallerstein als Vermittler zwischen den zwei Kritikerpositionen sieht. Für ihn repräsentiert die Wallersteinsche Position eine Synthese zwischen dem Ökonomismus der Zweiten und Dritten Internationale und dem antithetischen »Politzismus« eines Gramscis oder Maos.

Berücksichtigung kultureller Variablen gemacht wird. Er sei im Gegenteil zentral an dem interessiert, was landläufig Kultur genannt wird. So sei das Konzept des Marktes selbstverständlich eine kulturelle Idee. Mit seiner Analyse zeige er gerade, dass unsere kulturellen Überzeugungen über den Markt analytisch nicht zutreffen. Ein anderes Beispiel sei das der politischen Souveränität, eine Konstruktion, die andere historische Systeme nicht kannten. Aber auch bezogen auf »Kultur« bleibt Wallerstein seiner Linie treu, nach der schon die disziplinäre Trennung in Ökonomie und Kultur falsch sei. Ökonomie und Kultur bildeten hingegen eine einzige Arena, in der es nicht um die Vorherrschaft eines bestimmten intellektuellen Zugangs gehe. Es sei daher naiv zu meinen, dass zunächst die kulturellen Voraussetzungen zu ändern seien, um dann in anderen Arenen verändernd wirkend zu sein. Dies alles sei vielmehr Teil eines singulären Prozesses.

Wallerstein erkennt die wachsende strategische Bedeutung kultureller Phänomene insbesondere für die innerwissenschaftlichen und bewegungspolitischen Kämpfe an, denen es beiden zunehmend darum gehe, die universalistische Anmaßung des globalen Liberalismus zu dekonstruieren. Die Existenz der intellektuellen Debatte über wissenschaftliche Paradigmen und von gegen die Geokultur gerichteten Kämpfen bezeugt nach Wallerstein die Evidenz der zugrundeliegenden kulturellen Asymmetrie einer Welt, die noch immer in die Ideologie des Liberalismus verstrickt ist (Axford 1995: 64f).

Oftmals als Vehikel benutzt, die Weltsystemtheorie als Ganzes zu diskreditieren, wird die »Reduktion auf Ökonomie« als Kritikpunkt recht pauschal vorgetragen, bis hin zu der Überreibung, die Weltsystemtheorie betrachte Kultur lediglich als ein Epiphänomen (Nederveen Pieterse 2001: 29). Eine differenziertere Überlegung findet sich bei Stichweh (2000: 249). Er stimmt Wallerstein prinzipiell zu, dass im »langen 16. Jahrhundert« die Existenz einer Weltgesellschaft nicht nur als phänomenologischer Entwurf, sondern auch als strukturelle Realität Gestalt annimmt. Während aber für Wallerstein die Einbindung in die sich herausbildende Arbeitsteilung der entscheidende Mechanismus ist, der die strukturellen Veränderungen in den beteiligten Gesellschaften hervorruft, ist diese Einengung auf den Handel und das ökonomische Prinzip für Stichweh nicht nachvollziehbar. Für ihn beginnt hingegen Weltgesellschaft an dem Punkt, »in dem eines der Gesellschaftssysteme nicht mehr akzeptiert, dass es neben ihm noch andere Gesellschaftssysteme gibt und dieses Gesellschaftssystem zusätzlich über die Instrumente und Ressourcen verfügt, diese Nichtakzeptation in strukturelle Realität umzuformen« (ebd.). Der Prozess, der zur Formierung des modernen Weltsystems führte, sei also nicht nur einer der Ausbreitung der Arbeitsteilung, sondern ein weit um-

fassenderer Zugriff einer Gesellschaftsform, die das Ganze der verbleibenden Welt in das eigene Gesellschaftssystem inkorporierte. »Es gibt danach kein Wirtschaften, keine Erziehung, keine Religion und kein Wissen mehr, das sich dauerhaft außerhalb dieses Weltsystems halten könnte« (ebd.: 250). Diese Kritik gibt den Blick frei für eine Fassung des modernen Weltsystems, welche dessen Funktionsprinzipien nicht auf ökonomische Prozesse reduziert bzw. den Begriff des Ökonomischen stark ausweitet.

6.2.4.2 Historischer Kapitalismus als Regulationsstörung

Hier anschließend schlage ich alternativ zur weit verbreiteten reduktionistischen Lesart der Wallersteinschen Arbeiten im Folgenden eine eher soziologische, die theoretischen Neudispositionierungen berücksichtigende Lesart vor. So lässt sich mit Balibar (1990) die Gesamtstruktur des modernen Weltsystems im Gegensatz zu vorangegangenen historischen Systemen als eine »generalisierte Ökonomie« auffassen, in der die Prozesse der Staatenbildung, die Politik der Hegemonie und die Klassenbündnisse diese Ökonomie strukturieren. Die Weltwirtschaft ist dann nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und soziale Einheit. Nicht nur die Produktionsweise, sondern die gesamte Gesellschaftsformation gerät in den Blick.

Unter Berücksichtigung der These Wallersteins, dass die Polarisierung innerhalb dieser durch internationale Arbeitsteilung zusammengehaltenen Gesellschaftsformation beständig zunimmt, plädiert Balibar (1990: 12) für einen Paradigmenwechsel. »Anstatt uns die kapitalistische Arbeitsteilung als etwas vorzustellen, was die menschlichen Gesellschaften zu relativ stabilen ›Kollektiven‹ macht, müßten wir sie vielleicht als etwas denken, was sie zerstört. Oder vielmehr als etwas, was sie zerstören würde [...], wenn es nicht andere soziale Praktiken gäbe, die ebenso materiell, aber nicht auf das Verhalten des homo oeconomicus reduzierbar sind: z.B. die Praktiken der sprachlichen Kommunikation und der Sexualität, die Technik oder das Wissen, die dem Imperialismus des Produktionsverhältnisses Grenzen setzen und ihn von innen heraus transformieren.« Mit dieser Sichtweise wäre der liberal-marxistische Konsens gebrochen, da die Geschichte der Gesellschaftsformationen nicht mehr vornehmlich als ein Übergang von Nicht-Warengesellschaften zu Gesellschaften des Marktes betrachtet werden würde. Umgekehrt wäre die Geschichte der Gesellschaftsformationen eine Geschichte der »Reaktion des Komplexes der ›nicht-ökonomischen‹ Gesellschaftsverhältnisse, die ein historisches Gemeinwesen zusammenhalten und es vor der Entstrukturierung schützen, von der es durch die Expansion der Wertform bedroht ist« (ebd.: 13). Die

Sozialgeschichte des modernen Weltsystems zeichnet sich durch diese Reaktionen aus und lässt sich folglich nicht mehr auf eine »Logik« der erweiterten Reproduktion des Kapitals oder ähnliches reduzieren. In diesen Reaktionen spiegeln sich auch die in sich ambivalenten ideologischen und institutionellen Produkte wider, die zusammengefasst das ausmachen, was wir gemeinhin »Politik« nennen. Diese Produkte können sowohl die universalistische Ideologie der Menschenrechte sein als auch der Rassismus oder Sexismus sowie deren jeweilige revolutionäre Antithesen.

Wallersteins empirische wie theoretische Hinweise auf die historisch und aktuell vorhandene Vielfalt der Ausbeutungsverhältnisse, die insbesondere auch unmittelbar gewaltgestützte Formen beinhalten, verweisen auf den prinzipiell parasitären Charakter von (kapitalistischer) Herrschaft. Das Kapital braucht immer etwas, von dem es »lebt«, auf das es zugreifen kann. Gleichzeitig ist dieser Bereich des »materiellen Lebens« (Braudel 1986) potenziell ein Hort von Eigensinnigkeit und Widerständigkeit, weshalb es eine Totalität von Herrschaft nicht geben kann. Der historische Kapitalismus lässt sich daher mit Peters und Stolz (1991: 259) als »Regulationsstörung« begreifen, der die der weltkapitalistischen Gesellschaftsformation unterworfenen Teilgesellschaften an ihrer materiellen Reproduktion durch den Mechanismus »einer der jeweiligen kulturellen Systemintegration entzogenen Dynamik der Allokation kulturell spezifizierter Arbeitsvermögen« hindert. Diese Regulationsstörung induziert, so die Argumentation von Peters und Stolz, einen Prozess des kulturellen Ordnens, in dessen Verlauf die kapitalistisch-formbestimmte Trennung der Produzenten von ihren Arbeitserträgen sprachlich chiffriert und durch Rationalisierungs- und Legitimationsmuster abgesichert werden muss.

Dieser Prozess des kulturellen Ordnens hat in den kapitalistischen Zentren zur Herausbildung von »hegemonialen Projekten« (Gramsci) geführt, welche dann tendenziell zu Paradigmen der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsformation wurden. Über diesen Mechanismus konnten die »entwickelten« Länder zum Maßstab des sozialen Fortschritts für alle anderen der kapitalistischen Gesellschaftsformation subsumierten Gesellschaften werden. Die Teilgesellschaften des modernen Weltsystems lassen sich dann danach differenzieren, ob sie diese kulturelle Absicherung der kapitalistischen Trennungsmuster hegemonial nachvollzogen haben (Zentrum) oder nicht (Peripherie). Politische Akteure und insbesondere die systemfeindlichen Bewegungen wären dann nicht nur, wie Wallerstein annimmt, den Auswirkungen der »Verallgemeinerung der Warenform« und des Staatensystems ausgesetzt, sondern auch von der Besonderheit »kultureller« Variablen beeinflusst. In den Worten von Balibar (1990: 8f): »Die Identität der Akteure selbst hängt von dem Prozeß der Bildung und Aufrechterhaltung der Hegemonie ab. [...] Der Universalismus der herr-

schenden Ideologie hat demnach tiefere Wurzeln als die internationale Expansion des Kapitals und die Notwendigkeit, allen ›entscheidenden Agenten‹ dieser Expansion gemeinsame Handlungsregeln zu vermitteln: sie wurzelt in der Notwendigkeit, trotz der bestehenden Antagonismen eine ideologische ›Welt‹ zu konstruieren, die den Ausgebeuteten und Ausbeutern gemeinsam ist.«

Das kulturelle (Rest-)Defizit der Weltsystemtheorie lässt sich nun genauer bestimmen. Durch Wallersteins Behandlung des »Kulturellen« als ein Bereich des Ideologischen bleibt er tendenziell dem orthodox-marxistischen Basis-Überbau-Schema verhaftet. Er kann deshalb den Mechanismus, wie sich die Regulationsstörung als »Normalität« in die Akteure inkorporiert, nur unzureichend angeben. Der Weltsystemansatz braucht hier eine Reformulierung. Deshalb wird im Folgenden unter Bezug auf den World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus eine genauere Bestimmung dieser »Doppelstrukturierung« gesellschaftlicher Realität geleistet. Der World Polity-Ansatz hat ein adäquates begriffliches Instrumentarium entwickelt, das die Balibarsche ›ideologische Konstruktion von Welt‹ verständlicher werden lässt und die Inkorporierung von weltgesellschaftlich-hegemonialen Mythen fasst. Mit dem Neoinstitutionalismus lässt sich darüber hinaus ein elaboriertes Modell von »Akteurschaft« formulieren, welches den Glauben an dessen zweckrationalen Charakter demontiert. Zwar relativiert auch Wallerstein die realen Möglichkeiten freibestimmten Handelns im Weltsystems, führt deren Beschränkungen aber letztlich auf die besondere historische Entwicklungsstufe des jeweiligen historischen Systems zurück. Gelangt das System nämlich an sein Ende, sei das zweckrationale Handeln der Akteure auf einmal wieder möglich (Wallerstein 1995: 279).

Mit dem World Polity-Ansatz rückt der »Akteur« als gesellschaftliches Konstrukt und damit dessen Präformiertheit in den Mittelpunkt. Darüber hinaus wird eine Erklärung angeboten, wie die jeweiligen Vorgaben des kapitalistischen Weltsystems im Kontext der einzelnen nationalen Gesellschaften umgesetzt werden, das heißt, warum es in der Weltgesellschaft in der Regel Recht wenig Zwang bedarf, den peripheren Ländern ihren Platz im internationalen Wirtschafts- und Herrschaftsgefüge zuzuweisen. Durch den World Polity-Ansatz wird zudem die Bedeutung von formaler Organisation für das moderne Weltsystem betont. Dies wird uns unter Hinzunahme von Argumenten der »Kritik der politischen Ökonomie der Organisation« (Kap. 7) zu einer weiteren bedeutenden Kritik an der Wallersteinschen Weltsystemtheorie führen. Nicht das Kapital und das internationale Staatensystem werden dann als die entscheidenden Modi von Herrschaft betrachtet, sondern das »Organisationsverhältnis«. Dabei stützt Organisation nicht nur die asymmetrische Struktur des Welt-

systems ab, sondern ist auch ein entscheidender Mechanismus der Inkorporierung der »westlichen Dominanzkultur« (Rommelspacher 1995). Die empirische Beobachtung, dass sich weltgesellschaftliche Stratifizierungs- und Marginalisierungsprozesse immer weniger an nationalen Grenzen noch an bestimmten Regionen festmachen, sich im Gegenteil eine »De-Geografisierung« (Werlhof 2000) der Zentrums-Peripherie-Spannung konstatieren lässt, wird mit dem Verweis auf die Bedeutung der formalen Organisation gedeutet. Schließlich lässt sich auch die von Wallerstein behauptete Staatsfixierung der sozialen Bewegungen als Organisationsfixierung reformulieren.

6.3 Weltgesellschaft als institutionalisierte Weltkultur: Der World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus

Trotz grundlegender Arbeiten Ende der 1970er Jahre tritt der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus als eigenständiger Forschungsansatz erst Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre in Erscheinung. Die »Institutionalization of Institutional Theory« (Tolbert/Zucker 1996) erfolgte dabei vornehmlich durch die Herausgabe wichtiger Sammelbände (Thomas et al. 1987; DiMaggio/Powell 1991; Scott/Meyer 1994) und zusammenfassender Publikationen und Artikel (Scott 1995; Zucker 1987; Finnemore 1996; Jepperson 2001).³⁷ Im deutschsprachigen Raum wird der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus, von Ausnahmen (Türk 1989) abgesehen, erst in den letzten Jahren vermehrt zur Kenntnis genommen.³⁸

Im Folgenden findet sich eine Zusammenfassung neoinstitutionalistischer Argumentation mit dem Schwerpunkt auf dem Ansatz der World Polity. Da der Begriff der Institution für diesen Ansatz zentral ist, werden zunächst einige allgemeine Anmerkungen zum zugrunde liegenden Institutionenbegriff vorausgeschickt. Anschließend werden in Kapitel 6.3.2 die zentralen neoinstitutionalistischen Konzepte vorgestellt, auf deren Grundlage der World Polity-Ansatz von John W. Meyer und seinen Mitarbeitern hergeleitet wird (Kap. 6.3.3). Den Schwerpunkt bildet hier die

³⁷ Gleichwohl wird die Bedeutung des soziologischen Neoinstitutionalismus in der amerikanischen Soziologie als sehr bescheiden eingeschätzt (Meyer 1999a: 60; Buttel 2000: 117).

³⁸ Vgl. vor allem Türk (1997); Hasse/Krücken (1999); Walgenbach (2000; 2002); Wobbe (2000); Wilkens/Lang/Winkler (2003); Stichweh (2000). Im Suhrkamp Verlag ist zudem für 2005 eine Aufsatzsammlung von John W. Meyer angekündigt.

Auseinandersetzung mit dem zugrunde gelegten Akteurbegriff, der sowohl konträr zu dem der Globalisierungs- und NGO-Literatur als auch zu dem der Wallersteinschen Theorie liegt. Die Argumentation wird in der Folge thematisch auf die Legitimationsstrukturen der Weltgesellschaft sowie auf das Verhältnis von sozialen Bewegungen und NGOs zugespielt, wobei das Terrain der exegetischen Darstellung des World Polity-Ansatzes verlassen wird und um eine eigene Interpretation und Weiterentwicklung ergänzt wird.

6.3.1 Institution und Institutionalisierung

Der Begriff der Institution ist sicherlich eines der wichtigsten Kernkonzepte in der soziologischen Theoriebildung (Jepperson 1991: 143; Esser 2000: 2)³⁹, wenngleich seine Bedeutung im letzten Jahrhundert von einem Auf und Ab geprägt war. Während Durkheim die soziologische Disziplin 1895 noch als »Wissenschaft von den Institutionen, deren Entstehung und Wirkungsart« (Durkheim 1984: 100) definierte, sieht Willke (1987: 162) rund einhundert Jahre später und wohl etwas vorschnell das Ende nahen: »Der Begriff der Institution hat eine große Vergangenheit und eine zweifelhafte Zukunft«. Aktuell scheint er unter dem Label des Neoinstitutionalismus nicht nur in der Soziologie, sondern auch in der Politologie und der Ökonomie eine Renaissance zu erfahren.⁴⁰

Es ist hier nicht der Platz, um eine ausführliche Geschichte des Begriffs der Institution auszuarbeiten.⁴¹ Es sei aber auf die sehr unterschiedliche Verwendung in der Politikwissenschaft und in der Soziologie hingewiesen. Für die Soziologie kann zunächst folgende sehr allgemeine und breit geteilte Definition vorangestellt werden: Demnach sind soziale Institutionen »relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinngebilde mit regulierender und orientierender Funktion« (Göhler 1997a: 28). Der Institutionenbegriff wird in der Soziologie also gebraucht, um den Sachverhalt der Verfestigung regelmäßig wiederkehrenden Verhaltens und Handelns zu kennzeichnen (Popitz

39 Zur Verwendung in der Politikwissenschaft vgl. Schmalz-Brunss (1989); für einen Überblick über aktuelle Literatur einführend Weinert (2000); für aktuelle Diskussionsbeiträge die Sammelbände Nedelmann (1995) und Göhler (1997).

40 Für eine Gegenüberstellung der verschiedenen Neoinstitutionalismen vgl. Schulze (1997); Hall/Taylor (1996); Koelble (1995); Jansen (2000); Grendstad/Selle (1995); Es ist auffallend, dass innerhalb des organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus fast an keinem Punkt auf die anderen neoinstitutionalistischen Spielarten Bezug genommen wird (Tacke 1999: 82); vgl. für eine Ausnahme Powell (1997: 581).

41 Vgl. hierfür etwa Schülein (1987) oder Esser (2000).

1992: 234). Institutionen bestehen aus kognitiven, normativen und regulativen Strukturen und Aktivitäten, die Stabilität und Bedeutung für soziales Verhalten liefern (Scott 1995: 33).

Der soziologische Institutionalismus propagiert damit eine sehr weite Fassung des Institutionenbegriffs, während die Politikwissenschaft ihn oftmals mit dem Organisationsbegriff gleichsetzt. Nicht nur formale Regeln, Prozeduren oder Normen leiten demnach menschliches Handeln an, sondern ebenso Symbolsysteme, kognitive *scripts*⁴² und moralische Schablonen, welche die »frames of meaning« zur Verfügung stellen. Eine solche Konzeptualisierung bricht zudem tendenziell mit der Unterscheidung zwischen »Institution« und »Kultur« (vgl. Hall/Taylor 1996: 947).

Für den organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus⁴³ war der Institutionenbegriff, der in der Tradition der sozialkonstruktivistischen Wissensoziologie, insbesondere der von Berger und Luckmann (1980), steht, prägend.⁴⁴ In ihrem Standardwerk »Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit« von 1966 fassen Peter L. Berger und Thomas Luckmann Institutionen als Regeln für Problemlösungen des Alltags. Soziale Realität gilt ihnen durchweg als eine menschliche Konstruktion. Sie ist das Produkt sozialer Interaktionen. Das, was als »wirklich« erachtet wird, wird durch Alltagserfahrungen bestimmt. Das heißt auch, dass »Wirklichkeit« von Gesellschaft zu Gesellschaft stark differieren kann. Immer aber wird die jeweilige Wirklichkeit durch die jeweils vorherrschenden Institutionen geprägt sein. Institutionen definieren das, was sinnvoll und möglich ist, und gewinnen über das Handeln der Menschen sodann eine Objektivität, der sie sich kaum noch entziehen können. Institutionen sind soziale Einrichtungen, die das, »was getan werden muss«, auf Dauer stellen⁴⁵ Sie stellen übergreifende Erwartungszusammenhänge dar. Institutionen begrenzen in diesem Sinne die Möglichkeiten sozialen Handelns.

-
- 42 Das Konzept der *scripts* übernimmt der Neoinstitutionalismus aus der Psychologie. Skripte werden dort als Programme verstanden, die Individuen wählen, um Informationen zu selektieren und zu prozessieren (Schank/Abelson 1977). Das Wort *script* wird hier im englischen Original belassen. Am treffendsten ließe es sich wohl mit »Drehbuch« übersetzen.
- 43 Im Folgenden ist vereinfachend vom Neoinstitutionalismus die Rede, womit stets die organisationssoziologische Variante gemeint ist.
- 44 Im Folgenden wird lediglich eine grobe Darstellung des Institutionenverständnisses des Neoinstitutionalismus vorgenommen. Insbesondere werden konzeptionelle Differenzen zwischen den einzelnen Autoren nicht ausführlich dargestellt; vgl. hierzu Türk (1997).
- 45 Ähnlichkeiten zur Konzeption der Wahrheitsdispositive bei Foucault und zur Verdierlichungskonzeption bei Marx und später Lukács sind unübersehbar. Vgl. hierzu den expliziten Bezug in Berger/Luckmann (1980: 94ff).

Für Berger und Luckmann emergieren Institutionen nicht vornehmlich aus absichtsvoll geplantem Handeln, sondern sind das Resultat eines hauptsächlich unbewusst und unreflektiert ablaufenden Prozesses. Institutionen spielen sich sozusagen von selbst durch den mit der Zeit erwartungsgenerierenden Gebrauch von Routinen, Sitten und Gebräuchen ein. So wiederholen sich bestimmte Verhaltensweisen und aufeinander bezogene Handlungsketten. Die Entstehung von Institutionen beruht also nicht primär auf Entscheidungen, sondern auf der Gewöhnung an routinisierte und habitualisierte Verhaltensweisen (Berger/Luckmann 1980: 56ff; vgl. Hasse/Krücken 1999: 54).

Betrachtet man den abgeleiteten Begriff der *Institutionalisierung*, so fällt dessen doppelte Bedeutung in der soziologischen Theoriebildung auf. Institutionalisierung wird sowohl als kognitiver Prozess als auch als Zustand aufgefasst. Institutionalisierung als kognitiver Prozess meint den phänomenologischen Vorgang, durch den sich soziale Beziehungen und Handlungen zu Bestandteilen einer Situation entwickeln, die nicht mehr zu hinterfragen ist und folglich als »taken for granted« wahrgenommen wird. Institutionalisierung als Zustand bezieht sich auf Situationen, in denen die von einer Gesellschaft oder Kultur geteilte gedankliche Struktur der Wirklichkeit bestimmt, was Bedeutung besitzt und welche Handlungen möglich sind (Zucker 1983: 2; DiMaggio/Powell 1991a: 8f). Institutionalisierung ist die »Habitualisierung und Typisierung von Verhalten, etwa in sozialen Rollen, wobei mit der Habitualisierung eine Entscheidungsbefreiung verbunden ist« (Knorr-Cetina 1989: 87). Institutionalisierung im Sinne von Berger und Luckmann heißt, dass »die von den Mitgliedern einer Gesellschaft geteilten Deutungssysteme, obwohl durch Interaktion zwischen Menschen geschaffen, von den Mitgliedern dieser Gesellschaft als objektive und externe, d.h. als außerhalb des Individuums liegende, historisch vor ihnen bestehende Strukturen betrachtet werden« (Walgenbach 2000: 18).

Gleichwohl haben Institutionen bezogen auf das Handeln nicht nur restriktive und kontrollierende, sondern auch ermögliche Aspekte (Scott 1995: 38f). Für soziale Akteure besteht lediglich die Notwendigkeit, institutionelle Vorgaben aktiv zu verarbeiten. Die Reaktionen von Akteuren werden dabei nicht durch die Institutionen determiniert. Die Möglichkeit der Distanzierung gegenüber einzelnen institutionellen Vorgaben eröffnet den Akteuren Freiheitsgrade. Institutionen beeinflussen das Handeln, da sie Kalkulationen über wahrscheinliches Handeln von anderen anleiten. Sie eröffnen damit Handlungsmöglichkeiten. Der ermögliche Aspekt von Institutionen gründet also auf der Wirkung von Vertrauen und Sicherheit.

Von den Neoinstitutionalisten werden nicht die reflektierten und intentionalen Aspekte des Handelns, sondern die unreflektierten und routinehaften Anteile hervorgehoben (DiMaggio/Powell 1991a: 14). Der Neoinstitutionalismus geht aber noch einen Schritt weiter: »We see *institutions* as cultural rules giving collective meaning and value to particular entities and activities, integrating them into larger schemes. We see both patterns of activity and the units involved in them (individuals and other social entities) as constructed by such wider rules. *Institutionalization*, in this usage, is the process by which a given set of units and a pattern of activities come to be normatively and cognitively held in place, and practically taken for granted as lawful (whether as a matter of formal law, custom, or knowledge)« (Meyer/Boli/Thomas 1994: 10).

In Abgrenzung zu methodologisch-individualistischen Wahlhandlungstheorien, die a priori einen zweck rationalen Akteur, sei es nun das Individuum, eine Organisation oder einen Staat, annehmen, sehen die Neoinstitutionalisten die Existenz und den Charakter der Akteure selbst als sozial konstruiert und problematisierungswürdig an.⁴⁶ Insgesamt liegt das analytische Hauptaugenmerk des Neoinstitutionalismus auf der Beantwortung der Frage, wie die institutionelle gesellschaftliche Struktur solche Einheiten kreiert und legitimiert, die als Akteure gelten (ebd.: 9). Institutionen haben hierbei den Charakter von »mustererzeugenden generellen Regeln, die kollektive Bedeutungen konstituieren sowie bestimmten Einheiten und Aktivitäten Wert zulegen« (Türk 1997: 133f). Handlungen sind in diesem Sinne primär »the enactment of broad institutional scripts rather than a matter of internally generated and autonomous choice, motivation, and purpose« (Meyer/Boli/Thomas 1994: 10).

Am pointiertesten argumentiert Ronald L. Jepperson, wonach Individuen in institutionellen Kontexten nicht im eigentlichen Sinne handeln, sondern eher von den Institutionen angewendet werden. Der Begriff des »enactments«, des nicht-kreativen Aufführens bzw. Nachahmens, des routinehaften Vollzugs, bekommt hier besondere Bedeutung.⁴⁷ Die Indi-

46 Dies gilt – wie gesagt – nicht nur für kollektive Akteure, sondern auch für die Kategorie des Individuums selbst. Wie insbesondere Friedland und Alford (1991) zeigen, haben nur wenige historische Gesellschaften ein »abstraktes Individuum« konzeptualisiert. So gab es für die Griechen der Antike die Person als Ort der Entscheidung über individuelles Handeln aufgrund von Motiven nicht. Vielmehr wurde das Handeln der Menschen als von widerstreitenden Göttern bestimmt gesehen. Vgl. zur institutionellen Konstruktion von Nationalstaaten und dem Individuum auch die Beiträge in Thomas et al. (1987).

47 Der Neoinstitutionalismus will mit dem Begriff *enactment* verdeutlichen, dass es um das nicht-kreative Reinszenieren von institutionellen Vorgaben geht. Deshalb trifft die Luhmannsche Übersetzung von *enactment* mit »Ge-

viduen »handeln« laut Jepperson erst in der Abweichung von den vorgegebenen *scripts* bzw. institutionellen Vorgaben. Beispielsweise handelt in Bezug auf die Institution des Begrüßungshandschlags eher derjenige, der sich diesem verweigert (Jepperson 1991: 148f). Erst in einer solchen Differenzerfahrung kann dem Individuum der Herrschaftsaspekt der Institution als objektiviertes *constraint* seines Handelns ins Bewusstsein treten.

Wie wir weiter unten genauer sehen werden, formuliert der Neoinstitutionalismus seine theoretischen Konzepte zunehmend im Rahmen seines makrosoziologisch orientierten World Polity-Ansatzes. Hier finden wir dann eine weitere Radikalisierung des Institutionenverständnisses, welches die Genese und Geltung von Institutionen weitgehend abkoppelt von lokalen Interaktionen. Demnach können Institutionen nicht nur gesehen werden »as built up out of human experience in particular local settings, but also as devolving from a dominant universalistic historical culture« (Meyer/Boli/Thomas 1994: 23). Deutlich tritt hier der Fremdsetzungscharakter der Institutionen zu Tage, was zu einer ideologiekritischen Pointierung des Ansatzes führt, in dessen Fokus die Bedeutung der universalistisch-rationalistischen Ideologie rückt (Türk 1997: 135f). Die Betonung der nicht-lokalen Produktion von Institutionen und damit des restringierenden, von außen auf die Handelnden einwirkenden Charakters der Institution lässt sich zwar als Einschränkung des Begriffshorizont fassen. In dieser Pointierung liegt aber auch der entscheidende Ansatzpunkt, um den Neoinstitutionalismus für eine herrschaftskritische Analyse der Weltgesellschaft fruchtbar zu machen (ebd.: 147).

Der Neoinstitutionalismus unterstützt die »kognitive Wende«, die allgemein in den Gesellschaftswissenschaften stattfindet⁴⁸, und reformuliert sie für die Soziologie. Der *cognitive turn* bezieht sich hierbei auf die veränderte Wahrnehmung von menschlicher Motivation und Verhalten. Entgegen der klassisch-institutionalistischen Fassung⁴⁹ sind im Neoinstitutio-

staltung« (Luhmann 2000: 35) nicht die Intention des Neoinstitutionalismus. Eine Übersetzung des Verbs *enact* ist schwierig, die Eindeutschung als »enaktieren« ebenfalls nicht zufriedenstellend.

48 Vgl. für die Psychologie etwa Schank/Abelson (1977); für die Anthropologie zusammenfassend D'Andrade (1995).

49 Als Beispiele für den »alten Institutionalismus« gelten die durch die Systemtheorie Parsons inspirierten Arbeiten Philip Selznicks (1949; 1957); vgl. DiMaggio/Powell (1991a: 16) sowie Selznick (1996). Während es im »alten Institutionalismus« um Interessenkonflikte und um eher lokale und kleinräumige Prozesse geht, spielen im Neoinstitutionalismus Interessengegensätze eine untergeordnete Rolle und die gesamtgesellschaftliche Ebene gerät zunehmend in den Blick. Ob dies allerdings die Rede von einem Paradigmenwechsel rechtfertigt, muss hier unbeantwortet bleiben. Weinert (2000: 198) konstatiert in dieser Hinsicht eher eine Weiterentwicklung und Integration neuer Fragestellungen.

nalismus nicht Werte und Normen, sondern unhinterfragte *scripts*, Regeln und Klassifikationen die eigentliche Basis der Institutionenbildung. Institutionelle Muster werden nicht so sehr aufgrund normativer Verpflichtung vollzogen, sondern auf der Basis von Imitationen und Handlungsroutinen. Der Neoinstitutionalismus tendiert dazu, die bisherige Sozialisationstheorie mit ihrer Begrifflichkeit der »Rollenidentifikation« und der »Internalisierung von Normen« zurückzuweisen. Er präferiert hingegen »kühlere«, kognitive Modelle, in denen Schemata und *scripts* Akteure anleiten (Di-Maggio/Powell 1991a: 15; Hall/Taylor 1996: 948). Prozesse der Informationsverarbeitung und Bedeutungsgenerierung, Formen der Regulierung des Denkens und der Begriff der Rationalität gewinnen an Bedeutung (Hasse/Krücken 1999: 52f). Scott (1995: 38ff) sieht in diesem kognitiven Verständnis von Institutionen das eigentlich Neue gegenüber dem klassischen Institutionalismus begründet. Die kognitive Konzeption von Institutionen hebt die zentrale Rolle hervor, die der sozialen Konstruktion gesellschaftlich geteilter Bedeutungsstrukturen zukommt (ebd.: 45). Institutionen begrenzen also nicht mehr nur die Handlungschancen, sondern steuern und restriktieren bereits die Wahrnehmung der Handlungsoptionen.⁵⁰ Institutionen können demnach als in die Verdüngung herabgesunkene gesellschaftliche Konstruktionen betrachtet werden.

6.3.2 Die Grundsteinlegung des Neoinstitutionalismus

Der soziologische Neoinstitutionalismus hat sich aus organisationstheoretischen Fragestellungen heraus entwickelt. Er dekonstruiert die Vorstellung der klassischen Managementlehre von der Organisation als ein neutrales Instrument zur effizienten Steuerung von kollektiven Aktivitäten. Im Gegensatz hierzu vertritt der Neoinstitutionalismus die Ansicht, dass Organisationen ihre Strukturen entsprechend den Erwartungen und Anforderungen der sozialen Umwelt gestalten, um sich auf diese Weise Legitimität zu verschaffen. Veränderungen in der formalen Struktur von Organisationen sind also weniger durch Wettbewerb oder durch Effizienzerfordernisse, sondern durch Regeln, Erwartungen und Anforderungen der sozialen Umwelt zu erklären.

Der Neoinstitutionalismus hat damit die gesellschaftliche Vermitteltheit der Organisation wieder in den Vordergrund gestellt. Er hat in diesem Sinne zu einer Resozialisierung der Organisationstheorie beigetragen.

50 Hier schimmern Motive von Foucault durch, welcher zwar von den Neoinstitutionalisten nicht eingehender rezipiert wird, gleichwohl aber für deren Ansatz als inspirierend genannt wird (Meyer/Jepperson 2000: 102, Fußnote 3); in Bezug auf Foucaults Konzept der Gouvernementalität vgl. die neoinstitutionalistischen Ausführungen in Drori et al. (2003: 276ff).

So geht es einer neoinstitutionalistisch angeleiteten Organisationstheorie darum, wie sich das konkrete Verhältnis von Gesamtgesellschaft und Organisation darstellt. Dieses wird aber nicht als Umwelt-System-Beziehung gefasst oder in eine Außen-Innen-Metapher gebracht, sondern als Teil-Ganzes-Beziehung gesehen (Meyer/Rowan 1977; Türk 1989: 37).⁵¹ Der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus trägt so der eigentlich trivialen soziologischen Tatsache Rechnung, dass Organisationen stets *in* der Gesellschaft sind, diese mitkonstituieren und umgekehrt selbst von dieser geprägt werden.

Der organisationssoziologische Neoinstitutionalismus lässt sich grob in eine makro- und eine mikrosoziologische Variante einteilen (Walgenbach 2000; Türk 1997). Für beide Varianten lassen sich zentrale Aufsätze angeben, die als »Meilensteine« (Hasse/Krücken 1999) neoinstitutionalistischer Theoriebildung aufgefasst werden können (Münch 2004: 248). Da in unserem Zusammenhang vornehmlich der makrotheoretische Zugang interessiert, werden im folgenden dessen zwei zentrale Startaufsätze rezipiert.⁵² Es handelt sich hierbei um den Aufsatz »Institutional Structure. Formal Structures as Myth and Ceremony« von John W. Meyer und Brian Rowan aus dem Jahre 1977 (Meyer/Rowan 1977) und um den von Paul J. DiMaggio und Walter W. Powell 1983 verfassten Artikel »The Iron Cage revisited. Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields« (DiMaggio/Powell 2000). In ihnen werden die zentralen theoretischen Konzepte der kontextuellen Doppelstrukturierung und des Isomorphismus entwickelt.

6.3.2.1 Die kontextuelle Doppelstrukturierung der Organisation

Ausgangspunkt der Argumentation in Meyer/Rowan (1977) ist die nach Meinung der Autoren verkürzte Weber-Rezeption in der Organisationsforschung. In diesen Theorien würden formal-rationale Strukturen als der effektivste Weg angesehen, um moderne Technik und das Arbeitsleben zu koordinieren und zu kontrollieren.⁵³ Pate stehe hier die Webersche Dis-

51 Gleichwohl ist die Bedeutung von »Umwelt« für den Neoinstitutionalismus groß. Laut Türk (1997) transportiert der Neoinstitutionalismus hier ein kontingenztheoretisches Erbe weiter, welches er nur durch eine verstärkte konstitutionstheoretische Lesart überwinden kann.

52 Für die mikrotheoretische Fundierung war der 1977 veröffentlichte Aufsatz Lynne G. Zuckers »The Role of Institutionalization in Cultural Persistence« von grundlegender Bedeutung (Zucker 1977).

53 Diese Argumentationsfigur ist das zentrale Merkmal aller kontingenztheoretischen Organisationstheorien. Vgl. für eine Darstellung und zur Kritik Türk (1989).

kussion um die historische Herausbildung von bürokratischen Verfahren als Konsequenz aus Marktwirtschaft und zentralisierten Staaten (Meyer/Rowan 1977: 47). Meyer und Rowan kritisieren, dass diese Sichtweise formal-rationale Organisationsstrukturen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Effizienz fasst, den für Weber aber ebenso bedeutenden Aspekt der Legitimität vernachlässigt. Meyer und Rowan machen nun für ihre organisationstheoretischen Überlegungen die Unterscheidung von Effizienz- und Legitimationserfordernissen stark.

Meyer und Rowan relativieren mit ihrem Ansatz Annahmen, nach denen primär die effiziente Steuerung und Koordination der Arbeitsaktivitäten und Tauschbeziehungen für den organisationalen Erfolg ausschlaggebend sind. Kernthese des Aufsatzes ist, dass Organisationen formal-rationale Strukturen vornehmlich aus Legitimitätsgründen entwickeln. Eine möglichst effiziente Problembearbeitung ist nicht das eigentliche Ziel. Formal-rationale Organisationsstrukturen spiegeln Mythen wider, die in deren gesellschaftlicher Umwelt institutionalisiert sind. Sie sind nicht unmittelbar den Erfordernissen ihrer Arbeitsaktivitäten geschuldet (ebd.: 341). Indem Organisationen diese Mythen aufgreifen, kopieren und zeremoniell zur Geltung bringen, stellen sie eine Strukturähnlichkeit, eine Isomorphie, zwischen sich und der Gesellschaft her. Erst dies sichert ihnen die organisatorische Überlebensfähigkeit. Eine Organisation, die institutionalisierte Elemente in ihre Struktur aufnimmt, erhöht ihre Legitimität (ebd.: 344f). Organisationen, die sich gegenüber den normativen Erwartungen ihrer gesellschaftlichen Umwelt konform verhalten, können so das Vertrauen wichtiger externer Akteure gewinnen.

Der bedeutendste gesellschaftliche Mythos ist der der Rationalität selbst. Hierzu stellen Meyer und Rowan zunächst fest, dass es eine Rationalitätssemantik in Theorie und Praxis der Organisation faktisch gibt. Sie merken aber an, dass »intern formale Strukturiertheit und Zweckrationalität nicht einfach bestimmte, ontologische Merkmale von Organisationen sind, sondern dass es sich dabei um in der Gesellschaft akzeptierte und institutionalisierte Muster der Handlungsgenerierung und Situationsdeutung handelt; es geht hier also um symbolische Repräsentation« (Türk 1989: 36). Rationalisierungsmythen »können als sich selbst bestätigende soziale Konstruktionen interpretiert werden, die gesellschaftlich legitimierte Logiken ökonomischen, organisatorischen und technologischen Handelns definieren« (Deutschmann 1996: 333). Das Rationalitätsparadigma ist in der Gesellschaft vielfach institutionalisiert. Rationalität wird als *taken for granted* hin- und wahrgenommen und besitzt daher mythologischen Charakter. »Als allgemein gesellschaftlich akzeptiertes und erwartetes Muster dient Rationalität der symbolischen Repräsentation organisational >ordentlichen< Handelns« (Türk 1989: 38).

Organisationen sind also aus Legitimationsgründen gezwungen, formal-rationale Verfahren zu implementieren und über ihre Geschäftstätigkeiten entsprechend der vorherrschenden Rationalitätsannahmen zu kommunizieren. Dies bezeichnen die Autoren als die Ebene des institutionellen Kontextes. Hierbei ist von Bedeutung, dass meist schon die bloß rituelle Übernahme der Rationalitätsmythen ausreichend ist. Von diesem auf der Repräsentationsebene angesiedelten institutionellen Kontext ist ein relationaler Kontext zu unterscheiden, der die realen, sowohl intra- als auch interorganisationalen Produktions- und Interaktionsprozesse meint. In diesen Kontexten geht es vornehmlich um Effizienz. Meyer/Rowan postulieren also die Differenz zwischen einer offiziösen, zeremoniellen, nach außen gerichteten Formalstruktur, welche sich symbolhaft und relativ informationsarm gibt, und einem von dieser Formalstruktur faktisch nicht zu kontrollierenden Realgeschehen, welches eine weit höhere Komplexität erreicht.

Organisationen bewegen sich in beiden Kontexten gleichzeitig und sind somit mit dem Problem konfrontiert, dass in den verschiedenen Kontexten unterschiedliche Handlungserwartungen generiert werden können. Die zeremoniale Konformität der institutionalisierten Regeln gerät oft in Konflikt mit der Verfolgung von Effizienzkriterien. Um in dieser kontextuellen Doppelstruktur überleben zu können, bieten sich nach Meyer/Rowan (1977: 487f) zwei miteinander zusammenhängende Strategien an, die der Entkoppelung und die der »logic of confidence and good faith«. Beide Strategien haben die Funktion der Abschirmung des realen, an materielle Kontexte gebundenen Geschehens durch Aufbau einer möglichst undurchdringlichen Legitimationsfassade im Bereich der symbolischen Kontexte (Türk 1989: 40).

Die Strategie der Entkoppelung bzw. der »nur losen Koppelung« will gerade nicht die Inkonsistenzen zwischen den beiden Kontexten nivellieren und aufeinander abstimmen. Stattdessen entwickelt der Bereich des institutionellen Kontextes ein »Eigenleben«. Selbstdarstellungsformen werden entwickelt und deren Gebrauch zeremonialisiert und ritualisiert. Erst durch die strukturelle Entkoppelung der demonstrativen Konformität der Organisation gegenüber Erwartungen aus der gesellschaftlich-kulturellen Umwelt von ihren Kernaktivitäten kann die Organisation den Ansprüchen beider Kontexte genügen. Ziel dieses Unterfangens ist es, das reale organisationale Geschehen nach außen hin abzuschirmen und abzupuffern. »Decoupling enables organizations to maintain standardized, legitimating, formal structures while their activities vary in response to

practical considerations« (Meyer/Rowan 1977: 488).⁵⁴ Die Strategie der »logic of confidence and good faith« kann als Ergänzung hierzu verstanden werden. Unter ihr sind alle Anstrengungen zur Vertrauensbildung zu subsumieren, insbesondere etwa durch den Einbezug außerhalb der Organisation erstellter Gutachten.

Türk (1995: 201) fasst die Brisanz dieses Ansatzes für die bisherige Organisationsforschung pointierend zusammen. Organisationen können demnach »fast beliebige Outputs als Ergebnisse höchst rationalen Handelns darstellen, auch wenn es sich bloß um faule Kompromisse, misslungene Ergebnisse, pure Zufälle oder Interessenpolitik handelt. Ebenso gut können Organisationen Pannen und Unzulänglichkeiten, interne Zwiste und Kungeleien, Fehler und Vergehen vertuschen, verstecken und so das tatsächlich >tobende Leben< gänzlich unter der Decke einer inszenierten Normalform verschwinden lassen«.

6.3.2.2 Institutionelle Isomorphie

Die zweite Grundsteinlegung des organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus (DiMaggio/Powell 2000) orientiert sich an den Prämissen von Meyer und Rowan, hebt aber den Aspekt der Isomorphie systematisch hervor. Während Meyer und Rowan mit diesem Begriff eher unscharf die Strukturähnlichkeiten zwischen Organisationen und ihren gesellschaftlichen Umwelten bezeichnen, wollen DiMaggio und Powell diesen Begriff präzisieren. In Umkehrung der bisher in der Organisationstheorie vorherrschenden Fragestellung, wie die Variabilität von Organisationsstrukturen zu erklären sei, wollen DiMaggio und Powell deren Homogenität untersuchen. Sie führen hierzu den Begriff des organisationalen Feldes ein und untersuchen sodann die konkreten Mechanismen der Generierung isomorpher⁵⁵ Strukturen.

Mit einem organisationalen Feld bezeichnen die Autoren jenes Set an Organisationen, »die gemeinsam einen abgegrenzten Bereich des institutionellen Lebens konstituieren: die wichtigsten Zulieferfirmen, Konsumenten von Ressourcen und Produkten, Regulierungsbehörden sowie an-

54 Die Idee der losen Koppelung hat große Ähnlichkeit mit dem Begriffspaar *talk* und *action* bei Brunsson (1989), der damit ebenfalls auf die Differenz von Darstellungsweisen und faktischem Organisationsgeschehen hinweist. Für eine Zusammenschau organisationstheoretischer Ansätze zur losen Koppelung vgl. Orton/Weik (1990).

55 Das Konzept der Isomorphie entlehnen die Autoren dem Humanökologen Amos Hawley. Dieser beschreibt Isomorphismus als einen Zwangsprozess, der eine Einheit innerhalb einer Population dazu nötigt, sich anderen Einheiten anzugeleichen, die denselben Umweltbedingungen ausgesetzt sind (vgl. DiMaggio/Powell 2000: 151).

dere Organisationen, die ähnliche Produkte oder Dienstleistungen herstellen bzw. anbieten« (DiMaggio/Powell 2000: 149). Explizit sind hier also nicht nur konkurrierende Organisationen oder Netzwerke von Organisationen gemeint, sondern die Gesamtheit aller relevanten Akteure in einem Feld. Organisationale Felder existieren dabei nur in dem Ausmaß, in dem man sie institutionell kennzeichnet. Hierbei sind vier Aspekte wesentlich: Die Zunahme der Interaktionen zwischen den Organisationen innerhalb eines Feldes, die Ausbildung scharf definierter interorganisatorischer Herrschaftsstrukturen und Koalitionsmuster, eine Zunahme der Informationsmenge, mit der sich die Organisationen eines Feldes auseinandersetzen müssen, und schließlich die Entwicklung eines gegenseitigen Bewusstseins unter den Teilnehmern eines Sets von Organisationen, dass sie an einem gemeinsamen Unternehmen beteiligt sind (ebd.: 149f).

Innerhalb eines organisationalen Feldes finden Angleichungsprozesse der beteiligten Organisationen statt. Da im Laufe der Zeit nur bestimmten Formen und Praktiken Legitimität zugemessen wird, bilden sich in diesen Feldern institutionelle Isomorphien aus. DiMaggio und Powell unterscheiden analytisch drei Mechanismen mit je eigenen Prämissen, die die Herstellung von Isomorphie induzieren: Zwang, Imitation und normativer Druck. Isomorphismus durch Zwang bezieht sich vor allem auf organisationalen Wandel als direkte Folge staatlicher Auflagen und gesetzlicher Regelungen. Der Zwang kann allgemeiner aber auch aus den kulturellen Erwartungen der Gesellschaft abgeleitet und wahrgenommen werden. Während beim erzwungenen Isomorphismus die Ursache in einer Zwang ausübenden Autorität liegt, ist die Quelle des Isomorphismus durch Imitation die Ungewissheit. Organisationen neigen demnach dazu, sich andere Organisationen zum Vorbild zu nehmen, wenn ihre eigene Organisationstechnologie nicht ausgereift ist, ihre Ziele nicht eindeutig sind oder ihre Umwelt symbolische Unsicherheit produziert. Als erfolgreich wahrgenommene Organisationen dienen dann als Blaupause für die eigene Strukturierung im gleichen Feld. Professionalisierung und allgemeiner die Herausbildung von Expertensystemen sind hingegen die Quellen der normativen isomorphen Veränderungen von Organisationen. Hierbei werden unter Professionalisierung die kollektiven Bemühungen einer Berufsgruppe verstanden, die Bedingungen und Methoden ihrer Tätigkeiten zu definieren und so eine gemeinsame kognitive Grundlage und Legitimierung ihrer beruflichen Grundlage zu etablieren. Als Vehikel hierfür gelten sowohl Professionsvereinigungen als auch bestimmte Politiken der Personalauswahl.

Besondere Relevanz entfaltet die These der strukturellen Isomorphie von DiMaggio und Powell, wenn man sie historisiert. So herrschen allgemein zu unterschiedlichen historischen Konstellationen jeweils diffe-

rente Organisierungsparadigmen vor, welche von den Organisationen angewendet werden (Türk 1995: 204). Man denke nur an so unterschiedliche Paradigmen wie das der bürokratischen Staatsverwaltung im späten 19. Jahrhundert und das der »lean production« im ausgehenden 20. Jahrhundert. Ähnlich unterschiedlich stellt sich auf den ersten Blick der klassische, mit mitgliederstarken Verbänden operierende Korporatismus der Mitte des 20. Jahrhunderts im Vergleich zu den eher flexiblen, Netzwerke ausbildenden NGOs der Gegenwart dar.

6.3.3 Der World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus

In den beiden Startaufsätzen finden sich die entscheidenden Denkfiguren, die auch für den World Polity-Ansatz des Neoinstitutionalismus von strategischer Bedeutung sind. Organisationen werden als offene Systeme gefasst, die in ihrer Umwelt operieren und bestimmte Erwartungshaltungen aufgreifen, um die eigene Legitimität zu sichern. Hierdurch werden Prozesse der Homogenisierung und der Isomorphie induziert. Im Rahmen der World Polity-Forschungen werden diese Überlegungen nun übertragen. Die Weltgesellschaft wird zum Hauptort der Rationalisierung von Umwelt (Meyer 1994: 41). Mit anderen Worten wird Umwelt zunehmend als Weltkultur gedacht. Die dualistische theoretische Grundfigur der Entkopplung von institutionellen und materiellen Kontexten wird zentral für die Analyse der Weltgesellschaft.

Unter World Polity verstehen die Autoren als erste, sehr allgemeine Annäherung eine weit verbreitete kulturelle Ordnung, welche explizite Ursprünge in der westlichen Gesellschaft hat (Meyer 1980). Sie besteht aus einem Set fundamentaler Prinzipien und Modelle mit hauptsächlich ontologischem und kognitivem Charakter. Diese definieren die Natur und die Ziele sozialer Akteure sowie deren Handlungen (Boli/Thomas 1999a: 14). Unter »westlicher kultureller Ordnung« wird im wesentlichen das verstanden, was Max Weber mit dem Begriff der »okzidentalen Rationalisierung« zu fassen versuchte.

Der neoinstitutionalistische World Polity-Ansatz versteht sich als Gegebenentwurf zu etablierten Ansätzen der Analyse globaler Prozesse. Er kritisiert die weit verbreitete Annahme, etwa in den Theorien der Internationalen Beziehungen und dem Mainstream der Globalisierungsdebatte, dass die schwindende Rolle des Nationalstaates ein zentrales Merkmal globaler Vergesellschaftung sei. Demgegenüber fassen die Neoinstitutionalisten den Nationalstaat nicht als Opfer, sondern als Träger und Resultat von Globalisierung (Meyer et al. 1997; vgl. Jung 1998: 245). Trotz regelmäßiger Bezugnahme auf die Weltsystemtheorie Wallersteins lehnen sie diese als zu ökonomistisch ab (Meyer et al. 1997: 147; Meyer 1982: 266;

Finnemore 1996), während die Weltgesellschaftskonzeption Luhmanns keinen relevanten Bezugspunkt darstellt.⁵⁶ Gegen realistische und neolibrale Theorieansätze wenden sie ein, dass sie durch ihre Fixierung auf »Macht« und »Interesse« ebenfalls die kulturelle Eingebundenheit von gesellschaftlichem Wandel in den internationalen Beziehungen ignorieren oder zumindest unterschätzen.⁵⁷ »Mikrophänomenologische« Ansätze hingegen würden zwar der kulturellen Dimension Bedeutung zumessen, diese aber eben nicht als eine Weltkultur fassen.

Dem neoinstitutionalistischen World Polity-Ansatz geht es um die Bedeutung der kulturellen Integration des Weltsystems. Forschungsgegenstand ist das Ob und Wie der weltweiten Herausbildung gemeinsamer Werte, Normen und Institutionen, insbesondere in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Weltgesellschaft ist für den Neoinstitutionalismus daher ein hochgradig institutionalisiertes System struktureller und kultureller Regeln (Wobbe 2000: 27). Der Neoinstitutionalismus weist damit ökonomisch determinierte Konzeptionen zurück, die die Weltgesellschaft als eine freie Weltmarktgesellschaft beschreiben, der die politische Kontrolle fehle (Meyer 1980: 117). Demgegenüber wollen sie weltgesellschaftliche Phänomene mit soziologischen Konzepten, speziell durch eine Kombination der Weberschen Rationalitätskonzeption mit sozialkonstruktivistischen Überlegungen in der Tradition von Berger und Luckmann, sowie Aspekten der Sozialpsychologie George Herbert Meads erklären.

Dreh- und Angelpunkt der Argumentation ist eine zum Liberalismus und methodologischen Individualismus differente Akteurkonzeption. Der Neoinstitutionalismus geht davon aus, »dass die Vorstellung (und Realität) autonom handlungsfähiger Individuen, Nationalstaaten und Organisationen ein historisches Konstrukt ist, das in einem engen Zusammenhang mit der Herausbildung der Weltgesellschaft steht« (Ramirez 2001: 358). Insbesondere in einem neueren Aufsatz wehren sich Meyer und Jepperson (2000) vehement gegen die die Sozialwissenschaften dominierenden »realistischen Ansätze«, welche den modernen Akteur als zweckrational voraussetzen und Akteurschaft als eine letztendlich naturgegebene Bedin-

56 Dies ist einem zitierten Gespräch mit Meyer in Hasse/Krücken (1999a:14f) zu entnehmen.

57 Insgesamt haben die Theorien der Internationalen Beziehungen die Frage der »Kultur« lange vernachlässigt. Erst in jüngster Zeit finden sich verstärkt Analysen, die die kulturelle Prägung staatlicher Interessen und staatlicher Handlungsoptionen betonen. Jetschke und Liese (1999) konstatieren innerhalb dieser jungen Forschungsrichtung die Dominanz eines akteurbezogenen Kulturverständnisses, welches das Subjekt in den Vordergrund stellt und es zum Träger von Kultur stilisiert. Demgegenüber fassen sie den Neoinstitutionalismus als Theorie eines objektiven Kulturverständnisses auf.

gung von Sozialität behandeln.⁵⁸ Im scharfen Gegensatz zu diesen ontologisierenden Ansätzen vertreten sie einen konstitutionstheoretischen, phänomenologisch-konstruktivistisch argumentierenden Ansatz, der – in Anlehnung an etwa Foucault⁵⁹ – den Akteur als eine historisch-gesellschaftliche und andauernde kulturelle Konstruktion begreift. »Actors are agents for larger realities and larger imagines truths: they are in substantial part monads of a larger cultural project. Accordingly, they celebrate ideals of mobilized agency, and enter into the sweeping collective action that is distinctive to modern society« (Meyer/Jepperson 2000: 110). Inhaltlich wird die Fähigkeit zur Agentschaft als das wesentliche Merkmal dieser Akteurskonstruktion qualifiziert.

Mit der Einführung des Agency-Konzeptes referieren Meyer und Jepperson auf die rechtsgeschichtliche Denkfigur von Principal-Agent-Verhältnissen. In dieser Tradition wird ein Principal-Agent-Verhältnis aus einem Herr-Knecht-Verhältnis abgeleitet, in dem der Knecht für seinen Herrn, den Prinzipal, Geschäfte erledigt. Meyer und Jepperson erweitern den typischen Gebrauch dieses Konzepts. Sie verstehen unter agency die »legitimated representation of some legitimated principal, which may be an individual, an actual or potential organization, a nation state, or abstract principles« (ebd.: 101, Fußnote 2). Als abstrakte Prinzipien können sowohl Recht und Wissenschaft gelten als auch prosaischer die Hochkultur oder selbst eine gewisse Etiquette. Das Konzept der Agency verweist unmittelbar auf eine externe Autorität und damit auf die externe Legitimierung von Handeln. Letztlich führen Meyer und Jepperson das Mensch-Sein auf dessen Agency-Qualitäten zurück. Diese Agency-Fähigkeit potenziert sich in der Moderne, so dass sich ein immer ausgefeilteres, aber auch widersprüchlicheres System von *Herrschaft qua agency* herstellt.

6.3.3.1 Der globale Rationalisierungsprozess als Verlagerung des Agentschaftsverhältnisses in die Gesellschaft

Historisch wurzelt das Agentschaftsverhältnis nach Meyer und Jepperson (2000) in der Tradition des Christentums, welche zudem ein spezifisch

58 Vgl. hierzu auch Meyer (1994) und Boli/Elliott/Bieri (2003).

59 Insbesondere betonen Meyer und Jepperson die direkte Relevanz von Foucaults Arbeiten über Selbsttechnologien. Diese folgen ebenfalls der Idee, dass spezifische Eigenheiten von Akteurschaft von spezifischen institutionellen Strukturen generiert werden. Im Unterschied zu Foucault interessieren sie sich aber nicht so sehr für die meso-institutionellen Strukturen (etwa Gefängnisse), sondern richten ihr Augenmerk auf »the basic institutional matrix of the modern polity« (Meyer/Jepperson 2000: 102, Fußnote 3).

westliches gesellschaftliches Naturverhältnis befördert hat. Wie der Neoinstitutionalismus insgesamt heben Meyer und Jepperson die zentrale Bedeutung des Christentums für die Entwicklung der westlichen Kultur hervor und weisen auf den andauernden, letztlich religiösen Charakter der Weltgesellschaft hin. Mit Durkheim betonen sie die religiöse Immanenz der westlichen Gesellschaften.⁶⁰ Der Säkularisierungsprozess der Moderne bildet demnach keinen Bruch mit sakralen, monotheistischen Traditionen, sondern transformierte lediglich deren Grundstrukturen in eine für die Moderne typische Form. In differenter Pointierung zu Max Weber, der diesen Säkularisierungsprozess als epochalen Einschnitt beschreibt, betonen die Neoinstitutionalistin die Bruchlosigkeit, mit der diese Entwicklung vonstatten ging und betonen die Kontinuität des im Monotheismus angelegten Principal-Agent-Verhältnisses. Die moderne Repräsentation der Akteure wird derart als ein elaboriertes System von sozialer Agentschaft mit einer langen religiösen und postreligiösen Evolution aufgefasst.

Als besondere Leistung des Christentums wird herausgestellt, dass es eine Vorstellung von Gott entwickeln konnte, die diesen als ewig, gesetzmäßig und vor allem als relativ nicht-invasiv bezogen sowohl auf die Natur als auch auf die Gesellschaft vorstellen konnte. Gott wurde mit der fortschreitenden Entwicklung des Christentums immer mehr abstraktifiziert, so dass er nicht mit dem erfasst werden konnte, was normalerweise in der Moderne als Akteur gilt. Mit dem zunehmend transzendenten und unbeweglichen Charakter von Gott werden Agentschaft und Autorität in die Strukturen und Rationalitäten der Gesellschaft hinein verlagert. Der Aufstieg des agentschaftlichen Akteurs steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Reduktion der Agentschaft Gottes. »God does not so much die (contrary to Nietzsche), but is deadend in the sense of greatly reduced agency« (Meyer/Jepperson 2000: 105). Die soziale Agentschaft erweitert sich, indem sich Autorität von Gott zur Kirche, von der Kirche zum Staat, von der Kirche und dem Staat zu individuellen Seelen und später Bürgern verlagert. Die Entwicklung der modernen Akteurschaft ist also mehr eine Übertragung von Gott zur Gesellschaft – und weiter zu Individuen und Organisationen – als eine natürliche Entwicklung zu immer mehr Komplexität. Sie ist auch nicht, wie die liberale Theorie annimmt,

60 Durkheim (1994: 574) thematisierte bekanntlich die Gemeinsamkeiten von Religion und Wissenschaft und vertrat dabei die These, dass letztere die kognitiven und intellektuellen Funktionen ersterer übernehme. Hinsichtlich ihrer Erkenntnisleistungen weise die Wissenschaft zwar methodologische Verbesserungen auf, es gäbe aber keinen prinzipiellen Unterschied zur Religion.

als das Ergebnis von interessenbasierten Kämpfen über natürlich gegebenen Ziele zu begreifen (ebd.: 101).

Dieser Prozess hat seine Entsprechung in der spezifisch modernen Konzeption von Natur, welche als nach nicht-kulturgebundenen Regeln funktionierendes Außergesellschaftliches ontologisiert wird. Immer mehr Bereiche werden in dieses kognitive System inkorporiert. Beispielsweise wird menschliches Verhalten, das früher vielleicht als willkürlich betrachtet wurde, heute mit Hilfe von psychologischen, medizinischen und Umweltkategorien erklärt. Insgesamt findet dieser gesamte Prozess seinen Ausdruck in dem nun weltweiten Siegeszug, den die »wissenschaftliche Auffassung« angetreten hat.⁶¹ Soziale Akteure müssen wissenschaftliches Wissen in die Beschreibung ihrer Aktivitäten einbeziehen. Dies gilt in immer mehr Teilen der Welt geradezu als das Desiderat von rationalem Verhalten. Politiker werden in einer Rede immer betonen, dass ihre Positionen von den besten wissenschaftlichen Analysen geleitet werden. Oder anders herum: »the claim that one acted under advice from a palm reader has little standing« (ebd: 104).

Die Rationalisierung des Naturbildes konstituiert ein ständig expandierendes Set anerkannter Entitäten, etwa die Artenvielfalt, die Funktion des Regenwalds oder die abnehmende Walpopulation. Einige dieser Entitäten werden dann als mit »Interessen« ausgestattet betrachtet, die Schutz und Aufmerksamkeit beanspruchen. Erst mit dieser Konstruktion lässt sich dann für die »Rechte« der Wale argumentieren. Bei der Akklamation von Rechten werden zwar moralische Elemente addiert, doch ist die zugrundeliegende rationalisierte wissenschaftliche Analyse fast immer eine entscheidende Komponente dieses Rechtsanspruches. Es ist daher einfacher für die Rechte von Walen zu argumentieren, wenn man gleichzeitig eine Analyse über die Empfindungsfähigkeit von Walen oder über deren bedeutende Rolle für das Ökosystem vorlegen kann (ebd.).

Die Prozesse der Schaffung neuer Einheiten und Interessen bleibt aber nicht auf die äußere Natur im engen Sinne beschränkt. Immer mehr Aspekte von Gesellschaftlichkeit werden derart repräsentiert, dass sie in den Gesetzen der Natur wurzeln. So werden neue Gesetze und Funktionen, die Gesellschaft beschreiben, etwa unter dem Topos »ökonomische und soziale Entwicklung«, artikuliert, die ihrerseits neue Interessen und Rechte definieren. Um diese (neuen) Interessen zu befördern werden neue Organisationen (etwa NGOs) produziert, die diese einfordern können (ebd.). Die Rationalisierung von Natur und die Rationalisierung von Gesellschaft sind eng miteinander verknüpft. Angemessenes menschliches Handeln kann nur unter der Berücksichtigung und den Einbezug der vorgestellten

61 Vgl. ausführlich Drori et al. (2003).

gesetzmäßigen Einheiten und Relationen der natürlichen Umwelt erfolgen. Dabei schaffen die ständig sich erweiternden Analysen von »natürlicher« Natur und Gesellschafts-Natur einen konstanten Fluss von neuen sozialen Problemen und Möglichkeiten (ebd.; vgl. auch: 114).

Indem bestimmte Akteure von dem sich zurückziehenden Gott Agency-Qualitäten übernehmen, ändert sich auch die inhaltliche Ausgestaltung des sakralen Rahmens. Der übergreifende Kontext wird nun durch die Grundwerte *Fortschritt* und *Gerechtigkeit* gesichert, die *twin pillars* westlichen Denkens (Meyer 1994: 20f). Um diese Werte und Ziele kreisen neben Individuen und Organisationen auch sämtliche Nationalstaaten. Erst auf der Verbundenheit mit diesen Zielen gründet sich deren Legitimität. Fortschritt und Erfolg werden dabei vornehmlich materiell gefasst. Während für das Individuum Reichtum assoziiert ist, ist die Entsprechung auf der Ebene des Nationalstaates die Steigerung des Bruttonosozialprodukts. Das Ziel Fortschritt führt somit zur Konstruktion von Bezugsdimensionen (Individuum, Firma, Nationalstaat), welche Fortschritt nachweisbar, messbar und vergleichbar machen. Unter Gerechtigkeit wird hingegen hauptsächlich Gleichheit verstanden. Auch hier wird die genaue Bestimmung und Dimensionierung der Einheiten, die gleich sein sollen, erforderlich. Erst durch die ubiquitäre Beschreibung des Individuums als mit politischen Rechten, Wirksamkeit und Kompetenz ausgestattet, wird Gleichheit nachweisbar (Meyer/Boli/Thomas 1994: 21). Bezogen auf die Vergleichbarkeit von Staaten bzw. des Grads der Modernisierung von Staaten dient die Idee der Menschenrechte als Indikator.

Rationale Mittel zur Erreichung der beiden Ziele Fortschritt und Gerechtigkeit sind bürokratische Verfahren, die Expansion von Technik und die Orientierung an den Implikationen einer Marktgesellschaft. Technische Entwicklung und die Intensivierung von Marktbeziehungen basieren in der modernen Gesellschaft auf der Formulierung von wissenschaftlichen Gesetzen über die Natur und die Gesellschaft, die als überall gültig und anwendbar gelten. Der universalistische Anspruch wissenschaftlicher Rationalisierung impliziert einerseits prinzipiell expansive Tendenzen, führt aber andererseits zu einem hohen Maß von Standardisierung (Meyer 1994: 42f).

Als Quintessenz kann also festgehalten werden, dass das Christentum als missionarische Bewegung nur vergleichsweise bescheidene Erfolge hatte. Erheblich mehr Hegemonie hat es durch seine Transformation in Wissenschaft, Gesetz und rationalisierte Erziehung erreicht (Meyer/Jeperson 2000: 106). Diese kulturelle Grundstruktur wurde in einem erstaunlichen Ausmaß nach dem Zweiten Weltkrieg globalisiert. Dies gilt für das kulturelle System insgesamt, aber auch für die drei dominanten Formen agentschaftlicher Akteure. Die Form des *Nationalstaats* mit *Indi-*

viduen als Bürgern und *Organisationen* als Komponenten ist weltweit expandiert. Mittlerweile operieren die institutionellen Regeln, die mit dem Prozess der Rationalisierung einhergehen, auf einem weltweiten Level und nicht einfach nur auf dem Niveau lokaler Verhandlungen (Meyer 1994: 20f). Zwar ist der Prozess der Rationalisierung für die Forschungsgruppe um Meyer im Weltmaßstab noch nicht gänzlich abgeschlossen, aber sehr weit fortgeschritten: »For a century and more, the world has constituted a singular polity. By this we mean that the world has been conceptualized as a unitary social system, increasingly integrated by networks of exchange, competition, and cooperation, such that actors have found it ›natural‹ to view the whole world as their arena of action and discourse« (Boli/Thomas 1999a: 14).

Die Globalität des Rationalisierungsprozesses wird in zweifacher Hinsicht behauptet. Zum einen lässt sich beobachten, dass Definitionen, Prinzipien und Ziele weltweit in ähnlicher Weise kognitiv konstruiert werden. Die Existenz, die generelle Natur und die Ziele von Staaten, Schulsystemen⁶² und transnationalen Konzernen sind beispielsweise überall bekannt und sind im Durkheimschen Sinne soziale Tatsachen. Hierbei ist es unerheblich, ob sie erwünscht sind oder nicht. Westliche Rationalität ist zweitens in dem Sinne global, dass sie überall für anwendbar gehalten wird. Weltkulturelle Modelle beanspruchen universelle Gültigkeit und werden auch als universell gültig wahrgenommen (ebd.: 19).

Für sämtlich Formen von Akteuren gilt, dass sie sich dieser Gültigkeit immer weniger entziehen können: »to an ever increasing degree, all sorts of actors learn to define themselves and their interests from the global cultural and organizational structures in which they are embedded« (Boli/Thomas 1999b: 4). Institutionen im Weltmaßstab sind also in noch stärkerer Weise durch ihren Fremdsetzungscharakter markiert und emergieren kaum aus lokalen Interaktionen heraus. »The structural isomorphism that characterizes actors, interests, and behavior in the world polity operates increasingly via ›top-down‹ rather than ›bottom-up‹ processes« (ebd.: 5). Die kulturellen kognitiven Strukturen, welche durch den Rationalisierungsprozess hervorgebracht werden, gehen nicht nur dem Handeln der Akteure voraus, sondern konstituieren diesen überhaupt erst als mit agentschaftlichen Qualitäten ausgestattet.

Der westliche kulturelle Rahmen reflektiert die Entwicklung, Expansion und Säkularisierung des religiösen Modells des westlichen Christentums. Diese kulturelle Evolution hält bis heute an und lässt sich bis in die Menschenrechtsbewegungen der gegenwärtigen Epoche nachweisen. Die-

62 Die Forschungsgruppe um Meyer hat insbesondere die Ausbreitung des westlichen Bildungssystems in alle Regionen der Welt empirisch untersucht. Vgl. hierzu grundlegend Meyer/Hannan (1979).

se Modelle beinhalten eine axiale Spannung zwischen Gesellschaft auf der einen Seite und ihrer natürlichen oder spirituellen Umwelt auf der anderen Seite. Im Prozess der Rationalisierung bekommen Menschen die Fähigkeit zugesprochen, Gesellschaft zu verändern und in die Natur zu intervenieren. Gesellschaft wird nun als ein modifizierbares Vehikel zur Erreichung diesseitigen Heils und später zur Erreichung von Fortschritt und Gerechtigkeit instrumentalisiert. In der westlichen Tradition ist es das kulturelle Projekt selbst, welches heilig ist, und nicht eine spezifische Kontrollstruktur an sich.

6.3.3.2 Merkmale des agentschaftlichen Akteurs

Meyer und Jepperson (2000) weisen darauf hin, dass die realistische Theoriebildung davon ausgeht, dass der Prozess der Rationalisierung von Natur und Gesellschaft mehr oder weniger zwangsläufig das Phänomen frei entscheidender Akteure induziere.⁶³ So wird unterstellt, dass differenzierte Individuen in einer komplexen Gesellschaft natürlicherweise individuelles Bewusstsein und Akteurschaft benötigen. Oder es besteht die Vorstellung, dass differenzierte Strukturen in einer komplexen Umwelt natürlicherweise formal organisierte Akteure produzieren, die Effizienz und Stabilität gewährleisten.

Im Gegensatz zu diesen Analysen setzen Meyer und Jepperson (2000: 105) tiefer an. Zwar produziert die Rationalisierung der Natur ein expandierendes Set von wahrgenommenen Entitäten und Beziehungen. In der sozialen Welt können dies Einheiten sein, die mit natürlichen Funktionen zusammenhängen, die den Charakter von sozialen Rechten haben. Sie sind aber selbst keine Akteure. Zwar kann man Wale Rechte zugestehen, Wale selbst sind aber keine Akteure. Um eine Einheit mit wahrnehmbaren Interessen als legitimen Akteur zu betrachten, muss noch ein weiterer Schritt hinzukommen: die kulturelle Konstruktion der Fähigkeit und der Autorität, für sich selbst, im Namen von sich selbst, zu handeln. Die prinzipielle Kompetenz, Principal-Agent-Strukturen auszubilden, macht den Kern moderner Akteurschaft aus. Es lassen sich drei Merkmale »ordnungsgemäßer Akteure« destillieren:⁶⁴

- 1.) Agentschaftlichkeit ,
- 2.) die notwendige »Offenheit« gegenüber beratenden Instanzen,
- 3.) die Fähigkeit zur affektkontrollierten Nutzenmaximierung, d.h. Interessenförmigkeit und Fokussierung auf überindividuelle Interessen.

63 Vgl. auch Boli/Elliott/Bieri (2003).

64 Vgl. auch Hasse/Krücken (1999: 61ff).

Zu 1.) Moderne Akteure richten ihr Handeln nicht ausschließlich auf die Maximierung ihres Nutzens, sondern fungieren als »generalisierte Andere« (Kap. 6.3.3.4), beratschlagen und geben ihre Sicht der Dinge weiter. Moderne Akteure sind sowohl Agenten eigener Interessen als auch Agenten anderer Akteure. Sie können darüber hinaus und zugleich auch als Agenten für nicht-gesellschaftliche Entitäten und für abstrakte Prinzipien auftreten.⁶⁵ Meyer und Jepperson unterscheiden dementsprechend vier empirisch auffindbare Ausprägungen moderner Agentschaft: die Agentschaft für das eigene Selbst, die Agentschaft für andere Akteure, die Agentschaft für Einheiten ohne Akteurstatus sowie die Agentschaft für Prinzipien, d.h. für kulturelle Autorität.

Die Agentschaft für das Selbst verweist auf die Aufspaltungsleistung, die moderne Akteure bewerkstelligen müssen, wobei sie hoch standardisierte Konzepte und Interessendefinitionen nachahmen. So muss das Individuum Ziele managen, die als der Persönlichkeit oder dem »normalen« Lauf des Lebens innenwohnend vorgestellt werden. Als Beispiel mag der Diskurs über Selbstbestimmung gelten, der (zunächst aus der »alternativen Szene« kommend) inzwischen zu einer Standardtechnologie des Selbst geworden ist. Die Agentschaft für das Selbst bezieht sich nicht nur auf das Individuum, sondern ist ebenfalls ein Merkmal von Organisationen, die verallgemeinerten Konzepten von Planung, Sicherheit oder Personalstruktur folgen, und von Nationalstaaten, welche als Agenten für die expandierenden Arenen von nationaler Ökonomie, Erziehung oder individuelle Gesundheit auftreten. Alle modernen Akteure haben die hochgradig standardisierte Verantwortlichkeit inkorporiert, vorgestellte moralische und naturgegebene Prinzipien nachzuahmen. Erst wenn sie dies gut lösen, werden sie zu guten – sprich: legitimen – Agenten für ihre zugrunde liegenden Interessen. Es geht für moderne Akteure immer darum, nicht nur ihre Selbstinteressen zu reflektieren, sondern auch allgemeiner darum, die breit akzeptierten Regeln der Agency zu achten. Hilflosigkeit, Ignoranz und Passivität mögen normale menschliche Eigenschaften sein, sie sind aber nicht die eines guten, effektiven Agenten (Meyer/Jepperson 2000: 107). Es ergibt sich hier unmittelbar eine Stratifikationsthese: Diejenigen

65 Dies ist eine wichtige Ressource von NGOs. Ihnen kommt gerade deshalb eine große »enaktierte Tugendhaftigkeit« zu, da sie sich als Agenten *aller* anderen darstellen können, also etwa als Agenten der Humanität oder der natürlichen Umwelt. Diese *other-orientation* definiert viele Hilfs-Organisationen erst als die »*do-gooders*« (Boli 1999: 296). Das glaubhafte Eintreten für universelle Ziele ohne ein dahinterstehendes »substantielles Eigeninteresse« (Willems 2000) schafft erst die nötige Legitimität, die zu dem Bedeutungszuwachs der NGO auf internationaler Ebene geführt hat.

Akteure, die am besten eine agentschaftliches Verhältnis ausbilden können, sind auch die, die sozial am besten angesehen sind (ebd.: 116).

Die Agentschaft für andere Akteure verweist darauf, dass moderne Akteure relativ schnell von der Agency für das Selbst zur Agency für andere Akteure wechseln können, also von *actorhood* auf *otherhood* umstellen können. Dies gelingt ihnen deshalb so problemlos, weil die Formen der Agentschaft sehr homologisch sind und in der externen kulturellen Welt standardisiert verfügbar gemacht werden. Darüber hinaus können moderne Akteure auch als Agenten für die vorgestellten Interessen von Einheiten, die keine Akteure sind und dem kulturellen System entnommen sind, mobilisieren, etwa für das Ökosystem, für das ungeborene Leben oder die »bislang unorganisierten Armen der Welt« (ebd.: 108).⁶⁶ Sie können dies, weil sie die Kompetenz zur Anwendung natürlicher und moralischer Gesetze verspüren, die in den Dienst einer weiten Palette legitimierter Entitäten gestellt werden kann, unabhängig davon, ob es sich dabei wiederum um Akteure handelt oder nicht. Die vierte Dimension der Agentschaft, die Agentschaft für abstrakte Prinzipien, liegt quer zu den anderen drei und verweist auf das zweite Merkmal legitimer Akteure: die notwendige »Offenheit« gegenüber beratenden Instanzen.

Zu 2.) Um ein autorisierter Agent im Rahmen der beschriebenen Agentschaftstypologie zu sein, muss der ordnungsgemäße moderne Akteur auch für bestimmte allgemein geteilte abstrakte Prinzipien und moralische Gesetze Verantwortung übernehmen und dies zumindest implizit kommunizieren. Diese abstrakten Prinzipien sind Teil des übergreifenden Rationalisierungsprozesses; sie sind sozusagen dessen sakrale Grundwerte. Übernimmt ein Akteur sie nicht, riskiert er, als inkompotent oder korrupt bezichtigt zu werden. Die Agentschaft für abstrakt-ethische Prinzipien ist in der Praxis also immer involviert, kann aber auch für sich stehen. Wissenschaftler etwa, die abstrakte Modelle entwickeln, repräsentieren nicht eine einzige wahrgenommene Entität oder ein Interesse, sondern sind pure Agenten für bloße Prinzipien. Während andere soziale Theorien meist keine Erklärung für das außerordentliche Prestige von solchen Wissenschaftlern⁶⁷ haben, argumentiert der Neoinstitutionalismus, dass dies aus der Abhängigkeit der modernen Akteurschaft von der rationalisierten Kul-

66 Viele ökologisch orientierte NGOs sehen sich selbst als die Stimme derer, die keine eigene besitzen. Vgl. mit expliziter Betonung des Agentschaftsverhältnisses etwa den Buchtitel von Cornelsen (1991): »Anwälte der Natur. Umweltschutzverbände in Deutschland«.

67 Die außerordentliche Anerkennung von derartigen Wissenschaftlern kann beispielhaft dadurch illustriert werden, dass das amerikanische *Time Magazine* Albert Einstein zum »Men of the Century« kürte.

tur natürlicher und moralischer Gesetze folge. Die Vermittler dieser Gesetze können als wichtige Autoritäten für die Aufrechterhaltung von Akteurschaft gesehen werden. »If fostering the actorhood states, organizations, and individuals is a crucial desideratum in the modern system, the consultans who help actors do so are prized authorities« (ebd.: 108). Zugespitzt: »The world polity, at the collective level, is organized as a set of consultants more than a set of actors« (Meyer 1999: 128).

Akteure sind keine »Herrscher« über ihre eigenen Interessen, sondern sie werden massiv von Beratern beeinflusst, die das Akteurshandeln auf legitime Interessen auszurichten versuchen. Zu diesen Beratungsinstanzen zählen transnationale Organisationen und wissenschaftliche Experten, Unternehmensberatungen und Managementausbildung, aber auch Therapeuten und Workshops, welche das Individuum zur rationalen Lebensführung anhalten. Moderne Akteure zeichnen sich folglich dadurch aus, dass sie sich in umfassenden Beratungsnetzwerken verorten lassen (Krückken/Meier 2003: 74).

Zu 3.) Moderne Akteure sind nicht beliebig in ihren Handlungsorientierungen. Sie müssen insbesondere die Transformierung unmittelbarer Bedürfnisse in für andere nachvollziehbare und stabile Interessen bewerkstelligen (Meyer/Boli/Thomas 1994), was man als Fähigkeit zur affekt-kontrollierten Nutzenmaximierung kennzeichnen kann. Um diese »unmittelbaren Bedürfnisse« analytisch genauer zu fassen, wird die Figur des *raw actor*⁶⁸ eingeführt. Der *raw actor* ist eine Entität, die eher unbewusst Zwecke verfolgt, welche ihr qua Sozialisierung oder der Sozialisation vorgängig, also biologisch, eingeschrieben sind. Diese Ziele können nicht-legitimierte oder legitimierte Selbstinteressen sein (Meyer/Jepperson 2000: 110). Meyer und Jepperson gehen offensichtlich davon aus, dass sich Akteure jeweils aus Anteilen von *raw actorhood* und von *agentic actorhood* zusammensetzen. Diejenigen, die die agentschaftliche Akteurschaft am besten ausbilden können, werden auch die gesellschaftlich anerkanntesten Rollen einnehmen. Hierbei ist der *raw actor* kein sozial-theoretischer Begriff, sondern bewegt sich innerhalb der beschriebenen Matrix. Er ist phänomenologisch gebraucht und damit ebenfalls sozial konstruiert. In der kulturellen Matrix, in der wir leben, lassen sich daher die vier dargestellten Formen von Principal-Agent-Strukturen und zusätzlich *raw actorhood* unterscheiden. Bei der *raw actorhood* handelt es sich nicht um ein Principal-Agent-Verhältnis; es ist somit keine repräsentatio-

68 Der Begriff des *raw actor* wird von Meyer/Jepperson (2000) nicht eindeutig verwendet. Zum einen wird er als eine Art Kampfbegriff gegen den realistischen Akteursbegriff ins Feld geführt. Zum anderen ist er ein analytischer Begriff in dem folgend ausführten Sinne.

nale Struktur gegeben. Raw bezieht sich also nicht auf den ontologischen Status, sondern meint in der Tat roh, unkultiviert, ungeformt, unreflektiert, affektiv und unmittelbar.⁶⁹

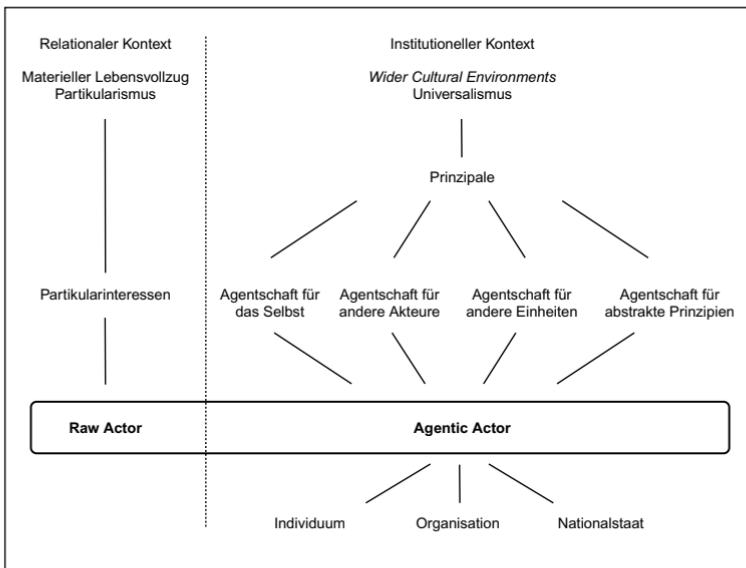
Letztlich, so meine Interpretation, zeichnet sich der *raw actor* für Meyer und Jepperson dadurch aus, dass er Partikularinteressen hat bzw. diese symbolisiert. Er handelt intentional und vertritt seine Belange, ohne auf die legitimierenden Muster, ohne auf die Principal-Agent-Doppelstruktur referieren zu müssen. Die Unterscheidung zwischen *agentic actor* und *raw actor* ist deckungsgleich mit der prinzipiellen neoinstitutionalistischen Unterscheidung zwischen institutionellen und relationalen Kontexten. Wendet man eine konstitutionstheoretische Lesart⁷⁰ des Neoinstitutionalismus konsequent an, dann wird *raw actorhood* nicht ontologisch vorausgesetzt, sondern ist selbst sozial konstituiert. *Raw actorhood* ist also eine Systemkategorie, die konstitutionstheoretisch ebenso zu erfassen ist wie die Principal-Agent-Akteurskonstellation mit ihren vier empirisch auffindbaren Ausformungen. Die Transformation von *raw actorhood* in *agentic actorhood* ist dann die Voraussetzung zur Expansion des (globalen) institutionellen Systems. Oder umgekehrt: die Universalisierung der Institutionen lässt sich als Prozess dieser Transformation auffassen.

Ziele, die Individuen verfolgen, können sie als *raw actor* verfolgen, dann würde man sie im materiellen Kontext ansiedeln, oder als agentenschaftlicher Akteur im institutionellen Kontext. Erfolgreich werden sie aber nur in letzterem. Akteure, die in dieser Gesellschaft sozialisiert wurden, haben gelernt und verinnerlicht, dass sie sich mit der *raw actorhood* nicht durchsetzen können. Dies geht soweit, dass Individuen vor sich selbst die Interessen der *raw actorhood* negieren oder diffamieren (etwa als Egoismus oder Infantilität). Dies macht nochmal deutlich, dass sich der Begriff des *raw actor* nicht dazu eignet, sozialromantisch verklärt zu werden. Die materiellen Kontexte sind nicht »unschuldig« oder per se herrschaftsfrei.

69 Zentral ist Meyer und Jepperson also ein zum methodologischen Individualismus differenter Handlungsbegriff. *Raw actorhood* und damit die Annahmen des methodologischen Individualismus ließen sich wohl auch für Tiere postulieren und auf sie anwenden. Tiere können aber nicht *agentschaftlich* handeln.

70 An dieser Stelle verlasse ich die Exegese der Meyerschen Arbeiten und trage eine eigene Interpretation heran.

Abbildung 9: Die Akteursvorstellung des Neoinstitutionalismus nach Meyer/Jepperson (2000)⁷¹



In Bezug auf das Thema meiner Arbeit, das Verhältnis zwischen sozialer Bewegung und Organisation, erhält die Unterscheidung zwischen *raw* und *agentic actor* Bedeutung. Sie bietet die Chance, einen kritischen Begriff von Politisierung an sich zu gewinnen. Ein Beispiel aus den neuen sozialen Bewegungen mag dies verdeutlichen. Ein Problem jeder AKW-Bürgerinitiative war es, dass man Principal-Agent-Strukturen erst herstellen musste. Die betroffenen Bauern wollten meist einfach nicht, dass das AKW in der Nähe ihres Ackers gebaut wurde, ohne dabei Principal-Agent-Verhältnis auszuformen. Nun kamen die »Politisierer«, oftmals aus Großstädten angereist, und machten das Problem »politikfähig«. Sie stellten Expertise bereit, ordneten den AKW-Bau in einen größeren Kontext ein, halfen beim Aufbau einer Bürgerinitiative und verallgemeinerten das Problem (»Gorleben ist überall«). Kurz, sie halfen, Partikularinteressen in Principal-Agent-Strukturen zu transformieren. Es ist diese Struktur, die zur Ausdehnung der institutionellen Bereiche beständig beiträgt. In politischer Hinsicht unterscheiden sich an diesem Punkt reformistische und sich systemoppositionell begreifende Praktiken nicht, da beide eine Principal-Agent-Struktur installieren und dies als Politisierung ausgeben.⁷²

71 Eigene Grafik.

72 Es soll hier keineswegs der Kurzschluss nahe gelegt werden, dass man aus diesem Verhältnis voluntaristisch herausspringen kann. Dies erscheint fast

Zur Beschreibung des inneren Zusammenhangs zwischen Prinzipal und Agent greifen Meyer/Jepperson (2000) auf ihre Theoriefigur der kontextuellen Doppelstrukturierung zurück, allerdings ohne dies explizit zu machen. Die Spannung zwischen Prinzipal und Agent innerhalb eines Akteurs, zwischen legitimiertem Selbst und Agency für dieses Selbst, generiert erhebliche Inkonsistenzen und Widersprüche (wie in jeder Principal-Agent-Beziehung). Diese Spannung befördert eine weitere kulturelle Entwicklung und macht sozialen Wandel erklärbar. In historischer Perspektive kann dieser Prozess als Rationalisierung von der Gier zur Nutzenmaximierung aufgefasst und als ein beachtlicher Disziplinierungsprozess interpretiert werden, in dem die Handelnden Formen der Selbstkontrolle einüben.

Viele der tiefen Widersprüche von »Interessen«, denen moderne Akteure zu begegnen haben, sind die zwischen dem Interesse des zugrunde liegenden Selbst und dem der hoch standardisierten und eingebüten (»enacted«) Agentschaft. Das zugrunde liegende Selbst hat Ziele zu verfolgen und Interessen zu wahren. Der Agent ist gefordert, diese Interessiertheit effektiv – und immer im Einklang mit allgemeinen Prinzipien und Wahrheiten – zu managen. Diese Struktur befördert Widersprüche und Spannungen.

Die Unterscheidung zwischen materiellen und institutionellen Kontexten geht aber noch eine Ebene tiefer. Die Annahme realistischer Theorien, dass der Mensch Interessen habe, führt ebenfalls ins Leere. Menschen haben einen *raw actor* »in sich« oder entwickeln Bedürfnisse. Interessen haben lediglich Individuen. Wenn Individuen Interessen formulieren, etwa am Erhalt der Umwelt, dann begeben sie sich auf die Akteurebene und damit in Struktur analogie zu Organisationen und Staaten. Sie sind dann auf der Ebene des institutionellen Kontextes angesiedelt. Wenn genügend Ressourcen vorhanden sind, kann nun das (institutionelle) Spiel mitgespielt werden. Nur als Interesse ist etwas organisierbar bzw. kann etwas »politisiert« werden. »Interesse« ist in diesem Sinne ein »Kommunikationsmedium im politischen System, in das individuelle Motive erst zu übersetzen bzw. an das sie anzuschließen sind« (Türk/Lemke/Bruch 2002: 276). Organisationen konstituieren in diesem Zusammenhang Agenten für politisch-spezifische Zwecke und stellen über die Kategorie des Interesses Subsumtionsangebote für mehr oder weniger ähnliche Motive, Bedürfnisse und Ziele von Menschen bereit (ebd.).

Die kontextuelle Doppelstrukturierung lässt sich auf die drei Akteursformen Staat, Organisation und Individuum herunterdeklinieren. Immer

unmöglich, zumal selbst bei Gelingen nicht klar wäre, ob damit im Hinblick auf die Reduzierung von Herrschaft etwas gewonnen wäre.

sind die Leistungen eines agentschaftlichen Akteurs nur lose gekoppelt mit den Strukturen des Handelns selbst. Die Techniken von Nationalstaaten sind beispielsweise stark entkoppelt von den lokalen Praktiken (Boli 1987). Eine spezifische Entkoppelungsleistung moderner Individuen liegt in der Fähigkeit, schnell von lokalen Erfahrungen auf die Agentschaft für die »hohe Kultur« umschalten zu können.

6.3.3.3 Die dominanten Struktur- und Akteursformen der World Polity

Meyer identifiziert drei dominante Struktur- bzw. Akteurformen im globalen Rahmen, die zur institutionellen Formierung einer Weltgesellschaft beitragen und deren Interessen in universalistischen *terms* verfasst sind: der Staat als zentrale Organisationsform, formale Organisationen als grundlegende Einheiten und das rationale Individuum als Handlungsträger (Meyer 1980). Mit der Hervorhebung dieser drei dominanten Akteurformen entwertet Meyer andere soziale Einheiten wie Stämme, Clans, Familien, ethnische Gruppen oder *communities* (Meyer 1999: 124). Staat, formale Organisation und Individuum legitimieren sich hingegen als »ordnungsgemäße Akteure« einander reziprok (Meyer et al. 1997: 168).

Dem Nationalstaat wird in der World Polity eine zunehmende und überragende Bedeutung zugemessen. Sie sind die primären legitimen Akteure der World Polity. Zugespitzt: »If you are not a state, you are nobody in world politics« (Finnemore 1996: 332). Nur den Staaten kommt legitime Macht über Territorien, Bevölkerung und Gewaltmittel zu (Meyer 1980: 118f). Nationalstaaten firmieren als zentrale Adressaten von globalen institutionellen Erwartungen, etwa auf den Gebieten des Rechts, der Politik, der Bildung, der Umwelt oder der Gesundheit, welche meist von Organisationen an sie herangetragen werden. »Der Staat greift demzufolge die globalen Erwartungshaltungen auf, institutionalisiert sie, und erzeugt auf diese Weise mit seiner eigenen Autorität zugleich gesellschaftliche Normen, d.h. der Nationalstaat ist in dieser Sicht gewissermaßen ein Vollzugsorgan weltgesellschaftlicher Anforderungen« (Wobbe/Otte 2000: 456).⁷³

Mit der bisherigen Darstellung des Neoinstitutionalismus sollte deutlich geworden sein, dass auch Nationalstaaten nicht so sehr als das Produkt ihrer inneren Kräfte und einer eigenständigen historischen Entwicklung betrachtet werden, sondern als mehr oder weniger exogen konstruierte Entitäten. In der modernen Gesellschaft hat sich in den letzten zwei Jahrhunderten, und intensiviert nach dem Zweiten Weltkrieg, ein »Kult

73 Zur Fassung des Nationalstaats im Neoinstitutionalismus vgl. ausführlich McNeely (1995).

des Nationalstaats« (Lechner 1989: 17f) als wichtiger Teil der entstehenden globalen Kultur herausgebildet. Die Idee des Nationalstaats hat sich so in den vergangenen Jahrzehnten als »ein wirkungsmächtiges Movens der weltweiten Standardisierung institutioneller Formen« erwiesen, wie Stichweh (2000: 41) unter Bezugnahme auf Wallerstein und Meyer formuliert.

Meyer und seine Mitarbeiter haben in vielen empirisch ausgerichteten Studien ihre theoretische Position untermauert. Diese Arbeiten haben in überzeugender Weise nicht nur gezeigt, wie stark sich zentralisierte Staaten in allen Winkeln der Erde entwickelt haben. Sie haben auch das enorme Ausmaß an Isomorphie, etwa in Bezug auf ihre nationalen Verfassungen, nachgewiesen. Diese Isomorphie ist dabei relativ unabhängig von der Stellung des Staates in der Weltökonomie.⁷⁴ Von ihrer Struktur her ähneln sich Staaten des Zentrums, der Semiperipherie und der Peripherie sehr: »in the face of enormous and continuing world economic inequalities, strong and stable states (if not regimes) rise in the periphery, elaborating state bureaucracies and the services of post-industrial society« (Meyer 1980: 112). Staaten folgen einem Prozess der Standardisierung, und zwar nicht aus strategischen Orientierungen heraus, sondern lediglich, weil sie als moderner Staat Anerkennung haben wollen.

Zunächst paradox anmutend sieht der Neoinstitutionalismus die Dynamik der World Polity nicht nur im Zusammenhang mit unmittelbaren Standardisierungs- und Homogenisierungsprozessen. Auch Prozesse ethnischer, religiöser oder nationalistischer Fragmentierungen werden nicht als eine Gegenbewegung zur Ausbreitung einer singulären Weltkultur gedacht, sondern anders herum als deren Ergebnis interpretiert (Jung 1998: 246). Die explizite Zurückweisung von weltkulturellen Prinzipien durch derart motivierte Bewegungen erfolgt meist lediglich plakativ. Insbesondere die soziale Ordnung dieser Bewegungen geht konform mit den vorherrschenden rationalistischen Modellen. »These movements mobilize around principles inscribed in world cultural scripts, derive their organization capacity from the legitimacy of these scripts, and edit their supposedly primordial claims to maximize this legitimacy. [...] While they violate some central elements of world-cultural ideology, they nonetheless rely heavily on other elements« (Meyer et al. 1997: 161). Als Beispiel nennen Meyer et al. religiöse Fundamentalisten, die zwar den extremen Naturalismus von Modernität zugunsten des Glaubens an einen unanfechtbaren Gott verwerfen mögen, gleichzeitig jedoch an zentrale weltkulturelle Konzepte wie Nationenbildung, Massenschulung, rationalisierte

74 Insgesamt behauptet der Neoinstitutionalismus eine relative Autonomie der World Polity von der Weltökonomie im engeren Sinne (Beyer 1994: 24).

Gesundheitsvorsorge und Professionalisierung appellieren. Allgemein würden so nationalistische und religiöse Bewegungen Isomorphismus eher befördern und intensivieren, als ihm widerstehen.

Ironischerweise produziert nach Meyer et al. (1997: 172f) die Strukturierung internationaler Beziehungen an den Maßgaben universeller weltkultureller Modelle mehr Mobilisierung und Wettbewerb (und damit auch Konflikt⁷⁵), als dies in einer genuin segmentierten Welt vorkommen würde. Der wachsende Konsens bezogen auf die Bedeutung und den Wert von Individuen, Organisationen und Nationalstaaten bringt zahlreiche und intensive Kämpfe hervor, in denen die Akteure versuchen, die geteilten Ziele von Unabhängigkeit, Autonomie, Fortschritt, Gerechtigkeit und Gleichheit zu erreichen. Diese Kämpfe oder allgemein die ansteigende Zahl globaler sozialer Probleme sind eben gerade nicht Ausdruck von fortschreitender Fragmentierung innerhalb der Weltgesellschaft, sondern Zeichen für das angenommene Ausmaß, die Stärke und Durchschlagskraft weltkultureller Institutionalisierung (ebd.: 175). Der World Polity-Ansatz bildet somit auch ein Gegengewicht zu postmodernen Theorieansätzen⁷⁶ in der Globalisierungsdebatte, »die dazu neigen, mit dem Axiom kultureller Partikularität Prozesse der Fragmentierung und Entgrenzung theoretisch zu reifizieren« (Jung 1998: 247). Phänomene der Fragmentierung erscheinen in der Perspektive des Neoinstitutionalismus nicht als gegenläufige Entwicklungen zum Prozess sich intensivierender globaler Vergesellschaftung.

6.3.3.4 Eine Welt »generalisierter Anderer«

In seinem Aufsatz »Rationalized Environments« von 1994 beschäftigt sich Meyer ausführlich mit der Frage, wie die Expansion und die durchschlagende Kraft des weltweiten Modernisierungsprozesses zu erklären sei. In welcher Art und Weise wirken die Weltgesellschaft strukturierenden Einheiten zusammen?

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass die Weltgesellschaft eben nicht einen oder wenige souveräne und kollektive Akteure hat, welche die Weltgeschicke lenken. Es gibt keinen zentralen, kollektiven Akteur, der legitimiert wäre, Kräfte zu mobilisieren, um eigene Ziele durchzusetzen. Im Gegenteil haben die Organisationen und Professionen der Weltgesellschaft wenig Macht und damit auch wenig Verantwortung. Das Weltsystem ist »built of organized subunit actors – several hundred nation-states, a great many firms, and billions of legitimated persons with their repre-

75 Vgl. hierzu Zald (1999).

76 Vgl. für eine Übersicht über postmoderne Theorieansätze im Bereich Internationale Beziehungen Albert (1994).

sentative groups – but has only very weak collective actors in it» (Meyer 1994: 45).⁷⁷ Die Weltgesellschaft ist definiert durch ihre »Staatslosigkeit« (Meyer et al. 1997: 169).

Meyer will eine Begrifflichkeit gewinnen, die den weltweiten Rationalisierungsprozess fassen kann, ohne dabei mit Konzepten zu agieren, mit denen klassischerweise *Akteurschaft* verbunden wird. Implikationen wie Souveränität, interne Kontrolle, Selbstinteressiertheit, klare Grenzen und unabhängige Ressourcen sind nach Meyer nicht geeignet, die sozialen Einheiten einer supranationalen Welt zu beschreiben (Meyer 1994: 46). Eher würde die moderne Weltgesellschaft Elemente von klassischer *Agentschaft* aufweisen. Aber auch dies trifft es nicht ganz, da es kein definierbares Set von noch vorhandenen übergeordneten Akteuren gibt, für die *Agentschaft* übernommen werden könnte. Die *agents* sprechen – wie in Kap. 6.3.3.2 gesehen – vielmehr über Themen wie allgemeine Menschenrechte, wissenschaftliche Gesetze sozioökonomischer Entwicklung oder die natürliche Umwelt. Außerdem führen sie nicht anstelle anderer übergeordneter Akteure abgeschlossene Handlungen aus, sondern produzieren lediglich allgemeine Normen, wissenschaftliche Prinzipien oder Ratschläge. *Agentschaft* nach klassischem Verständnis trifft es auch deshalb nicht, weil die entsprechenden Einheiten auf Weltniveau für etwas sprechen, was kein sozialer Akteur ist (etwa für die Weltgesellschaft, die Menschlichkeit, die Wahrheit oder die Moral). Aber es scheint so, als ob sie den Akteuren sagen, was getan werden muss, was rational und was effektiv ist (ebd.: 46f; vgl. auch Meyer 1999:128f; Meyer/Jepperson 2000).

Meyer macht deshalb die Meadsche Kategorie des »generalisierten Anderen« für seine Überlegungen fruchtbar. Der generalisierte Andere repräsentiert für George Herbert Mead die Gesellschaft als solche mit ihren Normen, Werten, Institutionen, mit dessen Augen das Individuum sich wahrnimmt (Mead 1973). Nach Meyer ist die gegenwärtige Welt angefüllt mit eben diesen generalisierten Anderen, die die nationalen, organisationalen und individuellen Akteure mit reflexiven Beschreibungen ihrer ordnungsgemäßen Rolle versorgen. Sie stellen Identitäten, Strukturen und Rezepte für Handlungsroutinen zur Verfügung, welche für die heutige universalisierte und rationale Gemeinschaft Sinn machen. Sie sind daher nicht im eigentlichen Sinn Akteure. Wie Wissenschaft und Experten produzieren sie nicht im eigenen Interesse zweckvolle Handlungen, sondern beschränken sich: »They tell constituted actors about the true nature of the world [...] and about how proper actors might achieve their proper ends in this world« (ebd.: 47). Sie vergrößern ihre Legitimität durch die

⁷⁷ Meyer bezieht diese Einschätzung beispielhaft sowohl auf Professionsgruppen als auch auf das UN-System.

Inkorporierung weltkultureller Konzeptionen über gelungene Strukturen und Handlungen, wobei sie sich selbst nach den neuesten Definitionen anerkannten, rationalen und progressiven Verhaltens ausrichten (Boli 1999: 297f).

Die charakteristische Haltung der *generalized others* in Bezug auf Handlungen und Verantwortungsübernahme in der realen Welt ist dabei desinteressiert. So kann es passieren, dass ein amerikanischer Ökonom dem türkistanischen Staat Ratschläge erteilt, wie sich dieser als rationaler kollektiver Akteur strukturieren soll. Beispiele für generalisierte Andere sieht Meyer in der Rolle der UN, der Weltbank, dem großen Set an Handelsorganisationen oder der verschiedenen europäischen Organisationen. Die dort wirkenden Experten bemühten sich als eine Art »institutionalisiertes Weltbewusstsein« darum, so Meyer in einer polemischen Formulierung, dass »es auch in der Mongolei Schulmilch, auch an tansanischen Universitäten Gleichstellungsbeauftragte und sogar im britischen Geschichtsunterricht Distanz zu ungebremstem Nationalbewußtsein gibt« (zit. n. Kaube 2000). In den letzten Jahren wird insbesondere die Rolle der NGO-Community hervorgehoben (Boli/Thomas 1999). Alle diese Einheiten fungieren als regulatorische Andere, »managing, but also constructing, the agreements among and long-run interests of true actors such as human beings, national states, and organisations in light of more general natural and moral laws« (Meyer 1994: 47).

Eine mit rationalisierten Anderen angefüllte Weltgesellschaft unterscheidet sich kategorial von einer Welt mit einem oder mehreren zentralen kollektiven Akteuren. Eine genuin zentralisierte Weltgesellschaft würde eine simplere und restriktivere Umwelt für Nationalstaaten und Organisationen hervorbringen. Ein starkes Zentrum würde selbst Handlungsverantwortung übernehmen und dabei spezifische Kontrollen, Funktionen und Rechte entwickeln, um etwa das Ozonloch zu managen oder die intrnationalen Menschenrechte zu regulieren. Es müsste dann alle diese neuen Ansprüche kontrollieren und koordinieren. Wenn die Weltgesellschaft ein organisierter Akteur wäre, würde jeder neue Anspruch neue Handlungsverantwortung begründen (ebd.: 48f).

Die Anderen der Weltgesellschaft, die internationalen Organisationen und Professionen, haben hingegen nur wenig bis gar keine Handlungsverantwortung. Ihre Rolle ist es, expandierende rationalistische Ideen zu entwickeln bezüglich der Entwicklung von Rechten, Macht und Handlungsverantwortung von Individuen, Organisationen und Nationalstaaten. All dieses verbindet sich zwar mit einem Hochmaß an Respekt der Akteure untereinander, mit einer Ausweitung individueller Rechte und Funktionen und mit einer erweiterten Konzeption der natürlichen Umwelt, nicht aber mit faktischer Handlungsverantwortung für die Welt insgesamt. Wir

haben es mit einer gleichermaßen fragmentierten und rationalisierten Weltgesellschaft zu tun. Rationalisierung ist dabei ein expansiver, aber unkontrollierter Prozess, der Impulse aus zahlreichen Quellen, etwa der Wissenschaft und der staatlichen Politik bezieht, dabei aber gleichgültig gegenüber Problemen ist, die aus faktischen (meist lokal situierten) Handlungszusammenhängen resultieren. Gesellschaftliche Probleme werden nur dann angegangen, wenn sie sich in die bestehenden institutionalisierten Regeln einfügen (Jepperson/Meyer 1991).

An dieser Stelle ist es sinnvoll, sich nochmal die These der kontextuellen Doppelstrukturierung zu vergegenwärtigen und auf Weltniveau zu übertragen. Offensichtlich bringt die *world of otherhoods* weltweit sich verallgemeinernde Institutionalisierungen hervor, die von lokalen ko-operationalen⁷⁸ Zusammenhängen entkoppelt sind. Die Kategorie des »Anderen« markiert dabei allgemein die institutionelle Struktur des Weltsystems. Die generalisierten Anderen der Weltgesellschaft bringen homogenisierende, institutionelle Strukturierungen hervor und tragen damit zur Lösung von Legitimationsproblemen bei, sind aber desinteressiert bezogen auf die realen weltgesellschaftlichen Verhältnisse. »*Legitime Praxisformen, Akteurs- und Realitätskonzeptionen werden zunehmend nach westlichen, universalistischen rationalen Vorstellungen über die adäquate Funktionsweise der modernen Gesellschaft homogenisierend fremdstrukturiert.* Dies geht mit der institutionellen Normalisierung, Standardisierung, Uniformisierung – vor allem Organisierung – sozialer Praxisformen einher« (Schäfer 2000: 367). Die Homogenisierung der institutionellen Struktur des Weltsystems kann deshalb auch als Verdinglichungsprozess, bzw. als Vernichtung oder Desymbolisierung⁷⁹ contingenter Handlungsweisen gesehen werden.

Die Akteure der Weltgesellschaft sind dabei zunehmend mit dem Problem sich widersprechender Erwartungszusammenhänge konfrontiert. Mit dieser Gleichzeitigkeit nicht aufeinander abgestimmter Umwelterwartungen müssen sich alle Akteure der World Polity, Nationalstaaten, Organisationen und Individuen, auseinandersetzen. Auf der Ebene nationalstaatlicher Politik etwa finden wir die Gleichzeitigkeit innenpolitischer Erwartungen und transnationaler Einbindungen. Aber auch die Erwartungsstrukturen der World Polity selbst sind heterogen. So können Belan-

78 Vgl. zu Begriff, Schreibweise und theoriestrategischen Verwendung dieses Begriffes Kapitel 7; aber auch Türk (1995).

79 Der Begriff der Desymbolisierung wird hier der materialistischen Sozialisationstheorie Lorenzers entlehnt. Er meint »strukturell restriktive Kommunikation, die bestimmte Strukturen dethematisiert« (Türk 1999: 52). Vgl. zur spezifischen Begriffsverwendung in dem hier behandelten Kontext Stolz/Türk (1992) und Bruch (2000: 175ff).

ge des Umweltschutzes oder Menschenrechtsforderungen in Konflikt geraten zu Anforderungen des technischen Fortschritts oder der Intensivierung ökonomischer Beziehungen. Je heterogener die Erwartungsstrukturen sind, desto mehr werden Staaten dazu tendieren, ihr Handeln entsprechend institutioneller Vorgaben auszurichten und allgemein anerkannte Handlungsroutinen zu vollziehen. Der Einbezug nichtstaatlicher Akteure, etwa der NGOs, ist dann in diesem Sinne höchst rational. Der enorme Anstieg internationaler NGOs nach dem Zweiten Weltkrieg und deren insgesamt gewachsene Bedeutung, bzw. allgemein die »Explosion der Organisierung« (Meyer 1994: 52), kann aus diesem Sachverhalt heraus erklärt werden. Die internationalen NGOs übernehmen die weltpolitische Funktion, Interessenslagen aufzugreifen, die am Souveränitätsprinzip der Nationalstaaten scheitern müssen (Stichweh 2000: 61). Gleichwohl geraten Nationalstaaten unter den Bedingungen eines rapiden Anwachsns der *otherhoodness* immer mehr unter Druck, ihre Verantwortlichkeitsbereiche auf ein weites Feld neuer sozialer Probleme auszudehnen, obwohl die einzelnen Forderungen in Gegensatz zu einander stehen können (Meyer 1999: 137; Meyer 1994).

Wenn es stimmt, dass wir heute weltweit eine zunehmende Auflösung eindeutiger und homogener Erwartungsstrukturen erleben, dann treten an die Stelle der Punkt-zu-Punkt-Entsprechung von institutioneller Vorgabe und Handlung immer häufiger Uneindeutigkeiten, Ambivalenzen und Widersprüche (Hasse/Krücken 1999: 58).⁸⁰ Die Entwicklung rational-legitimer Verfahren bekommt so eine noch größere Bedeutung. Hierzu zählt vor allem die Propagierung einer bestimmten Diskussions-Kultur, die Verantwortung für Entscheidungen parzelliert. Auch hier gilt: Gegenüber den »realen Effekten« bleiben diese Prozeduren desinteressiert.

6.3.3.5 *Rational Voluntaristic Authority*

Wie lässt sich die Herrschaftsform der World Polity begrifflich und historisch genauer fassen? John Boli (1999) führt hierzu die Figur einer sich immer weiter konturierenden *rational voluntaristic authority* ein. Der Begriff erweitert das von Max Weber (1980) entwickelte idealtypische Raster der drei Formen von Herrschaft um einen vierten Typus. Boli stellt dazu zunächst fest, dass sowohl von der Öffentlichkeit als auch von der Sozialwissenschaft heutzutage der Typus der legal-rationalen Herrschaft als dominant wahrgenommen wird, während die Idealtypen traditionaler oder charismatischer Herrschaft eher unbedeutend geworden sind.

⁸⁰ Dies sind Entwicklungen, wie sie unter der Überschrift der Risikogesellschaft diskutiert werden; vgl. dazu Japp (1996).

Wie aber gerade die Prozesse der massenweisen Herausbildung internationaler NGOs und allgemein die Strukturen der *world of otherhood* zeigen, geht *authority* nicht immer in direkter Herrschaft im ursprünglichen Sinne auf. Während Formen der legal-rationalen Herrschaft in der World Polity exklusiv für Nationalstaaten reserviert sind (Boli 1999: 277), finden sich in den weltweiten Interaktionsprozessen der internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen hauptsächlich Mechanismen rational-voluntaristischer Herrschaft. Die Abwesenheit eines zentralen Herrschers in der Weltgesellschaft intensiviert diese Mechanismen. »If there is no world state, world actors must rely absolutely on self-generated structures of authority and action; the *deux ex machina* of the state is not available« (Boli 1999: 280).

Die Kategorie der *rational voluntaristic authority* ist nicht identisch mit dem Konzept der generalisierten Anderen. *Otherhoodness* existiert auch in Herrschaftsverhältnissen, die stärker durch die anderen drei idealtypischen Formen legitimer Herrschaft bestimmt sind. Während *Otherhood* also ein grundlagentheoretischer Begriff des World Polity-Ansatzes darstellt, handelt es sich bei der *rational voluntaristic authority* um einen empirisch-historisch identifizierbaren (vierten) Typus legitimer Herrschaft, der nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutender wird. Rational-voluntaristische Herrschaft bezieht sich auf eine Legitimität, die sich nicht mehr vornehmlich ökonomisch über Ressourcen oder über eine nationalstaatliche Legitimität ausbildet, sondern die auf einer anderen Ebene angesiedelt ist und die aktuell in dem Diskurs über Global Governance produziert wird. Bezogen auf NGOs heißt das, dass diese zwar besonders gut eine *Otherhoodness* ausbilden können. Sie haben sie aber weder erfunden noch ist sie für deren Agieren reserviert.

Inhaltlich gründet sich *rational voluntaristic authority* nicht auf direkter Herrschaft, sondern auf den frei ausgeübten Verstand, mit dem als gleich vorgestellte Individuen kollektive Entscheidungen treffen, und zwar durch deliberative Prozesse, die prinzipiell für alle offen sind. In diesem Modell determinieren nicht Macht oder Interessen, sondern Nutzen und Rationalität im Weberschen Sinne das Ergebnis. Das Modell geht davon aus, dass die Interessen der involvierten Individuen nicht vollkommen unvereinbar sind, sondern der rationale Prozess selbst zu einem geteilten Verständnis führt. Eigeninteresse wird derart nicht ausgeschaltet, sondern wird kontextualisiert unter der Einsicht in die Wichtigkeit kollektiver Interessen als essentiell für das erfolgreiche Umsetzen eben dieser Eigeninteressen. Der rationale Voluntarismus tritt im weltkulturellen Rahmen als die moralisch überragende Form der Organisierung von Autorität in Erscheinung. Er begründet das Ideal, nach dem alle streben sollen (Boli 1999: 273).

Eigeninteressiertes Handeln ist heute weltweit als moralisch einwandfrei konstruiert – allerdings nur in bestimmten Grenzen. »Nacktes« Selbstinteresse geht zu weit. Selbstinteresse muss sozusagen aufgeklärt sein. Der selbstinteressierte Akteur muss sowohl die legitimen Interessen der anderen als auch kollektive Interessen wie Ordnung, Stabilität und Rechtmäßigkeit zur Kenntnis nehmen. Um als Agent von sich selbst erfolgreich zu sein, muss ein Akteur ebenso als ein Agent für das Ganze auftreten (ebd.: 295).

Die Konzeption einer egalitären Gesellschaft der Individuen war zentral für die bedeutenden Moralphilosophen der westlichen Kultur, die sich um den Begriff des sozialen Kontrakts gruppierten: Hobbes, Locke und Rousseau. Heutzutage finden sich die prinzipiellen Elemente dieser Konzeptionen etwa in dem Habermasschen Ideal des herrschaftsfreien öffentlichen Diskurses (Habermas 1981; 1994), in der Theorie der Gerechtigkeit eines John Rawls' (1975) oder in Lawrence Kohlbergs »Theorie der Moral« (Boli 1999: 274). In all diesen Theorien ist das Prinzip des rationalen Voluntarismus fundamental, welches sich immer auf der liberalen Idee von den souveränen, freien und gleichen Individuen gründet.

Das Medium der *rational voluntaristic authority* ist das des »Diskurses«.⁸¹ Für die Rationalitätsgenerierung innerhalb der World Polity gewinnt daher die Implementierung konsensuell-dialogischer Politikformen⁸², seien es die Einbindung von NGOs in die diversen UN-Prozesse oder die im nationalstaatlichen Rahmen stattfindenden Dialoge (Enquete-Kommissionen, Energiekonsensgespräche, Mediationsverfahren, runde Tische), immer mehr an Bedeutung. Die Inszenierung von Diskursen gehört zu den entscheidenden Funktionen und Aufgaben von Akteuren der Weltgesellschaft (Eder 1997: 52). Erinnert sei hier an die Ausführungen in Kapitel 3.2.2.3, in der der Institutionalisierungsprozess sozialer Bewegungen als Veralltäglichung von Bewegungsdiskursen gefasst wurde und ebenfalls die zunehmende Bedeutung konsensuell-dialogischer Formen hervorgehoben wurde. Unter Rückgriff auf den Bewegungswissenschaftler Klaus Eder wurde dort argumentiert, dass eingedenk der Komplexität (globaler) Problemlagen einfache und autoritär durchsetzbare Lösungen kaum noch möglich sind. Konsensuell-dialogische Politikformen, also Formen einer *rational voluntaristic authority*, fungieren in diesen Rahmen als »Orte«, an denen die Legitimität kollektiven Handelns hergestellt wird. Egal, was inhaltlich als Ergebnis dieser Prozesse herauskommt, es

81 »Diskurs« wird hier im Habermasschen Sinne verwendet. Risse und Ropp (1999) sprechen in fast gleichem Zusammenhang von einer *argumentative rationality*.

82 Für eine sehr ausführliche Darstellung der angesprochenen »Diskurs- und Verhandlungsverfahren« vgl. Feindt (2001).

hat schon deshalb eine große Legitimität, weil es alle relevanten Akteure in einem rationalen und möglichst transparenten Prozess produziert haben. Riskante und in ihren Auswirkungen nur schwer überschaubare Entscheidungen werden also dadurch akzeptabel, dass die moralische Verantwortung auf möglichst viele Beteiligte verteilt wird. Bezogen auf ihre inhaltlichen Ergebnisse sind derartige Verhandlungssysteme »desinteres siert«. Die Legitimität kollektiven Handelns im Sinne der *rational voluntaristic authority* beruht auf der rationalen (und wissensbasierten) Koordinaten von Dissens.

Also: Für die Neo-Institutionalisten ist das moderne Modell von *rational voluntaristic authority* inzwischen als eine dominante ideologische Form in die Weltkultur inkorporiert, wobei es die international agierenden NGOs waren und sind, die sozusagen als Speerspitze der *otherhood-community* zum Aufstieg dieser besonderen Rationalität moderner Vergesellschaftung entscheidend beigetragen haben. Deren Autorität ist, wie deutlich werden sollte, nicht zwingend oder kommandierend, sondern kulturell bedingt (Boli 1999: 298). Sowohl für internationale NGOs als auch für internationale Regierungsorganisationen ist das Modell der *rational voluntaristic authority* somit das verbindende Ideal, welches in organisationalen Strukturen und organisationaler Ethik vollzogen (»enacted«) wird (ebd.: 276). Umgekehrt liegt in der Prominenz der *rational voluntaristic authority* auf Weltniveau der Schlüssel zum Verständnis der gewachsenen Bedeutung von NGOs und der zunehmenden Diskussion um eine Global Governance.

6.3.3.6 Soziale Bewegungen und NGOs

Im Folgenden werden neoinstitutionalistische Argumente auf den Themenkomplex »NGOs und soziale Bewegungen« angewendet und damit eine eigene Interpretation an den Ansatz herangetragen. Zunächst ist dazu der weite NGO-Begriff der Neoinstitutionalisten einzuschränken. Im Folgenden sollen daher lediglich diejenigen NGOs näher behandelt werden, die sich im Kontext sozialer Bewegungen verorten, die als unmittelbar »world-polity-oriented« (Boli/Thomas 1999a) gelten und die in der gängigen NGO-Literatur vornehmlich behandelt werden. Während der Neoinstitutionalismus NGOs als Agenten weltkulturell verankerter Prinzipien konzipiert, soll zumindest für diese besondere Gruppe von NGOs eine Erweiterung erfolgen. Untersucht man nämlich das Verhältnis zwischen NGOs und sozialen Bewegungen, so rückt soziale Bewegung als ein weiterer Prinzipal von NGOs ins Blickfeld.

Entgegen der Pointierung des Neoinstitutionalismus (Boli/Thomas 1999; Meyer/Jepperson 2000) treten die »World-Polity-related-NGOs«

nicht nur für die Menschenrechte, das Ökosystem oder den Frieden auf, sondern oftmals für eine bestimmte Menschengruppe (Arbeiterklasse, Ökologiebewegung, Menschenrechtsbewegte). Die Agentschaft für abstrakt-ethische Prinzipien ist offensichtlich nicht die *differentia specifika* von NGOs. Diese Agentschaft müssen alle Akteure ausbilden. Selbst transnationale Konzerne werden ihr Handeln nicht mit purem Eigennutz erklären, sondern etwa mit Verweis darauf, dass sie im Dienste des Wohlstands der Nationen agieren. Die fast ausschließliche Orientierung an Prinzipien obliegt idealtypisch den Experten und Professionen. Zwar mögen auch NGOs für die Menschenrechte als Prinzip eintreten. Doch in der Regel argumentieren sie immer für eine bestimmte Gruppe, denen sie ein Sprachrohr sein möchten.

Fasst man derart die sozialen Bewegungen als referentiellen Bezugspunkt der bewegungsnahen NGOs, den sie selbst als Prinzipal erst konstituieren, so fällt das sonst üblicherweise diskutierte Repräsentationsdilemma der NGOs in sich zusammen, eben weil NGOs und soziale Bewegungen schon logisch ein Konstruktionsverhältnis ausbilden. NGOs repräsentieren in diesem Sinne nicht soziale Bewegungen, sind nicht deren soziale Kerne, sondern umgekehrt konstituieren sie die sozialen Bewegungen als ihre »Basis«.⁸³

Auch das Verhältnis zwischen NGOs und sozialer Bewegung kann unter dem Gesichtspunkt der kontextuelle Doppelstrukturierung gesellschaftlicher Realität analysiert werden. Durch die Konstituierung von NGOs als Akteure, sind diese qua Definition im institutionellen Kontext angesiedelt. Zwar haben sie ihre materiellen Korrelate (z.B. Gebäude, Büros, Personal). Sie sind jedoch als selbständige, von jedermann spontan identifizierbare Einheiten nur auf der institutionellen Ebene existent. Dies macht ihren Akteurstatus im Kern aus. Die Abgrenzbarkeit zu anderen Entitäten entsteht dabei durch die Gebildedimension von Organisation. Erst dadurch, dass die juristische Person *Greenpeace* konstituiert wird, kann ich das Büro von *Greenpeace* mit seinem Namensschild an der Tür unterscheiden von dem Büro nebenan.⁸⁴

83 Dies ist auch prinzipiell der Unterschied der neoinstitutionalistischen Principal-Agent-Theorie zur rechtstheoretischen Argumentationsfigur, die die Existenz des Prinzipals ontologisch voraussetzt.

84 Kein Akteur, nicht einmal das Individuum, ist auf der relationalen Ebene spontan von jedermann identifizierbar und abgrenzbar. Auf der relationalen Ebene besteht nur ein Gesamtsystem von Arbeitsteilung, von Lebensprozess, von Ko-Operation. Es ist möglich diesen Prozess auf der materiellen Ebene zu differenzieren; er würde sich aber nicht differenzieren nach Akteuren. So könnte zwar unterschieden werden, ob jemand auf dem Bau oder am Computer arbeitet, ob jemand mit Leuten arbeitet oder viel draußen ist. Es kann aber auf der relationalen Ebene nicht entschieden werden, welcher

Die soziale Bewegung wird von der NGO als Prinzipal und damit als Nicht-Akteur konstituiert. Der Prinzipal selbst kann logisch kein Akteur sein. Er wird somit im materiellen Kontext angesiedelt und dort sichtbar gemacht. Der Prinzipal soll wahrgenommen werden und deshalb wird seine Existenz postuliert. Es wird behauptet, dass es soziale Bewegungen als für sich identifizierbare Einheiten auf der materiellen Ebene gibt. Diese seien zwar amorph und nicht sofort greifbar, letztlich aber – wenn man nur den nötigen Durchblick hat – identifizierbar. Bewegungsorganisationen postulieren, auf der materiellen Ebene seien soziale Bewegungen als dissidente Lebensformen mit einem bestimmten Inhalt erkennbar, d.h. eine Mustererkennung würde auf der materiellen Ebene funktionieren. In einem zweiten Schritt wird dann formuliert, dass man von diesem Prinzipal autorisiert sei, in seinem Namen zu sprechen.

Die hier eingeschlagene Argumentation steht in scharfem Gegensatz zur ihrem realistischen bzw. essentialistischen Gegenbild, welches die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung dominiert. Zur Erinnerung: Diese folgt im Wesentlichen einer Aggregierungsthese. Menschen haben bestimmte Interessen, schließen sich zu Gruppen zusammen, diese Gruppen vernetzen sich zu sozialen Bewegungen, daraus verdichten sich Repräsentationskerne namens NGO, die die Bewegung repräsentieren sollen und sich dann organisational verselbständigen. Dies ist bis heute die Quintessenz der Bewegungsforschung und der dort geführten »Institutionalisierungsdebatte«. In Kapitel 3 wurde dies mit poststrukturalistischem Vokabular als »große Erzählung« gefasst, die nicht nur von der Bewegungsforschung sondern auch von den an der Bewegung Beteiligten geteilt und weiter geschrieben wird. Selbst der Strang der Bewegungsliteratur, der die Bürokratisierung in den Bewegungsorganisationen thematisiert, kann dieser Erzählung nicht entfliehen.⁸⁵ Ebenso wurde in Kapitel 3 herausgearbeitet, dass die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung soziale Bewegungen als für sich wahrnehmbare materielle Entitäten beschreibt, obwohl sie eine klare Sinn- oder Systemgrenze nicht angeben kann.

Es ist hier wichtig zu betonen, dass die Aktivisten innerhalb der NGOs nicht in ihrer Wahrnehmung beschränkt sind oder dass die Bewe-

Mensch zu *Greenpeace* und welcher zur *Deutschen Bank* gehört. Denn dies sind juristische Personen, sind Konzepte des institutionellen Kontextes. Die spontane Musterwahrnehmung, die wir machen würden in Bezug auf NGOs, ist auf der Ebene der institutionellen Kontexte angesiedelt.

85 So wurde in Kapitel 3 Robert Michels' Oligarchisierungsthese zwar als eine Sklerotisierungsthese interpretiert, nach der das Lebendige der Bewegung in organisationalen Settings verkalkt. Eine Aggregierungsthese ist dies aber gleichwohl.

gungsforschung blind ist. Das hier vorgebrachte Argument deutet lediglich an, dass auch das Verhältnis zwischen NGOs und sozialen Bewegungen so funktioniert, wie die moderne Gesellschaft insgesamt funktioniert. An dieser Stelle muss man sich das konstitutionstheoretische Argument des Neoinstitutionalismus noch mal verdeutlichen. Demnach existiert der Prinzipal in der Principal-Agent-Beziehung zwar »eigentlich« nicht, das heißt »er« bildet keinen essentiellen Bezugspunkt aus, sondern ist historisch contingent. Wenn sich also NGOs ihren Prinzipal soziale Bewegung konstituieren (und dies womöglich weltweit erfolgreich tun), dann »gibt« es auch diese Bewegungen. Die Frage ist, auf welcher Ebene sie existieren und was ihr ontologischer Status ist. Soziale Bewegungen bilden daher soziale Gebilde, welche als taken for granted hingenommen werden. Soziale Bewegungen sind eine folgenreiche soziale Konstruktion, an die die Menschen glauben und die deshalb eine materielle Härte hat. Im Rahmen der Ausbildung einer Principal-Agent-Struktur konstituieren NGOs also die Instanz, die sie ermächtigt hat, in ihrem Namen zu sprechen, sie zu repräsentieren – und zwar, das ist der entscheidende Punkt, ohne dabei zu »lügen«. Selbstverständlich sind auch die institutionellen Kontexte keine ideologischen Konstrukte, sondern sind in gleichem Sinne »real«, da es keine Realität außerhalb der kontextuellen Doppelstrukturierung gibt.

Natürlich werden soziale Bewegungen nicht nur von einer NGO, sondern von mehreren NGOs, von Medien, Individuen, Regierungen, Öffentlichkeit und vielem mehr »geschaffen«. Die soziale Realität sozialer Bewegungen hängt nicht nur am Tropf des einen Akteurs, etwa einer bestimmten NGO, sondern erlangt Realität erst dadurch, dass viele darauf rekurrieren, sich ein diskursiver Fokus, ein Dispositiv, herausbildet. Die einzelne NGO nimmt den Begriff von sozialer Bewegung aus den *wider cultural environments* der World Polity. Dies ist der Kern des Konstitutionsprozesses, der sich gerade dadurch auszeichnet, dass er in beide Richtungen funktioniert. Das Konstrukt soziale Bewegungen ist in den *wider cultural environments* fest etabliert, wird aber gleichzeitig von Akteuren ständig als Prinzipal rekonstruiert. Sollte über Nacht eine umfassende kollektive Amnesie stattfinden, es würde am nächsten Morgen keine sozialen Bewegungen geben.⁸⁶

Die mikrotheoretische Figur des Prinzipal-Agent-Verhältnisses muss von einer makrotheoretischen Perspektive ergänzt werden. Die theoretische Anschlussstelle für diesen multiperspektivischen Blick auf den Konstitutionsprozess (des Prinzipals soziale Bewegung) wäre die Diskursthe-

86 Lediglich die Büros und »Türschilder« der ehemals institutionellen Akteure wären existent. Es wüsste damit aber keiner etwas anzufangen. Vgl. für dieses Argument Türk (2002).

orie⁸⁷, die wegen ihrer ebenfalls konstitutionstheoretischen Ausrichtung anschlussfähig an die Arbeiten des Neoinstitutionalismus ist.

Eine Analyse der Diskurse über soziale Bewegungen, NGOs und Global Governance, wie sie in den Kapiteln 2 bis 4 vorgetragen wurde, hat dann nicht zum Ziel, die »Wahrheit« über den Gegenstandsbereich ans Licht zu befördern. Eine diskurstheoretische Explikation zum Thema will hingegen etwa vermeiden, zu einer essentiellen Kategorie von sozialer Bewegung, wie sie nicht nur von der Bewegungsforschung sondern auch innerhalb der Bewegungen (»Ich als Teil der Ökologiebewegung«) ausgebildet wird, zu gelangen. Es geht darum, einen nicht-fetischisierten Begriff von sozialen Bewegungen und NGOs zu gewinnen. Teil dessen ist die Dekonstruktion bestehender Mythen, etwa des Mythos, NGOs emergierten aus den sozialen Bewegungen, die ihrerseits aus den an ihr beteiligten Menschen, aus dem Kampf auf der Straße, aus Blockaden oder Diskussionsrunden erwachsen würden. Das heißt auch, dass sich der Untersuchungsgegenstand verschiebt. Nicht *die NGOs* oder *die sozialen Bewegungen* bilden den Fokus, sondern der *Diskurs* über NGOs und soziale Bewegungen wird zentral für das Verständnis dieses Verhältnisses.

6.3.4 Zur Kritik des Neoinstitutionalismus

Der Neoinstitutionalismus kann sicher als innovativer Ansatz zur Analyse weltweiter Vergesellschaftung gelten, der viele »lieb gewonnene« Einsichten der Globalisierungsdebatte irritiert. Gleichwohl lassen sich Kritikpunkte finden. Der in der Literatur hauptsächlich genannte Kritikpunkt ist, dass der Neoinstitutionalismus durch seine Fokussierung auf den Taken-for-granted-Charakter von Institutionen eine nur sehr beschränkte Handlungstheorie entwickelt (Fligstein 1996: 397). Er widmet der Beziehung zwischen Normen und Praxis wenig bis gar keine Aufmerksamkeit (Tarrow 2000: 7). Hiermit hängt zusammen, dass der Prozess der Institutionalisierung selbst ungeklärt bleibt. »Institutionen sind ›irgendwie da‹, sie fallen quasi vom Himmel« (Walgenbach/Beck 2000: 325). Der Neoinstitutionalismus werde so dem Wechselspiel zwischen Akteur und Institution nicht gerecht. Er gäbe auch keinen Mechanismus an, wie sich weltkulturelle Elemente in konkretes Verhalten übersetzen, »mit anderen Worten: es fehle ein Kausalmechanismus« (Jetschke/Liese 1999: 292). So blieben folglich die konkreten »Mechanismen der gelungenen Inkorporierung der institutionellen Struktur der Weltgesellschaft in die Alltagspraxis

87 Etwa in der Fassung von Foucault; vgl. aber auch die Arbeiten von Jürgen Link.

der Akteure« (Schäfer 2000: 365) unklar.⁸⁸ Einen Schritt weiter geht der Vorwurf des Determinismus. Die These, dass die World Polity isomorphe Strukturen impliziere, ignoriere, dass es staatliches Verhalten gibt, welches sehr stark von weltkulturellen Vorgaben differiert (etwa in Bezug auf die Verletzung von Menschenrechten). Zu allgemein werde im Neoinstitutionalismus die prinzipielle Wahlfreiheit von Akteuren bestritten (Jetschke/Liese 1999: 292).

An dieser Kritik ist richtig, dass der Neoinstitutionalismus sein Hauptaugenmerk auf die kulturellen Bedingungen legt, die Handeln anleiten. Dies machen Meyer und seine Kollegen aber selbst ständig deutlich. Sie werden nicht müde zu betonen, dass ihr Interesse makrosoziologischen Fragestellungen gilt. Diese einschränkende Ausrichtung ihrer Forschungen ist meines Erachtens *erstens* unter wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten verständlich, da sie sich als Gegengewicht zu akteurszentrierten Ansätzen in der Organisationssoziologie entwickelt haben. Es ist deshalb gerade die Qualität des World Polity-Ansatzes, einen wichtigen Gegenpol zu den vorherrschenden Theorien der Internationalen Beziehungen entwickelt zu haben.

Zweitens scheint mir die Kritik überzogen (wenn nicht gar schlicht falsch), die aus der Vernachlässigung mikrosoziologischer Fragestellungen folgert, der Neoinstitutionalismus propagiere einen strikten Determinismus von institutioneller Vorgabe und davon abgeleitetem Handeln. Akteure sind nach Auffassung des Neoinstitutionalismus lediglich gezwungen, institutionelle Vorgaben wahrzunehmen und zu verarbeiten. Hierbei reicht das Spektrum von der nicht-bewussten, routinemäßigen Interpretation bis hin zur bewussten Auseinandersetzung mit diesen Vorgaben. Akteure haben also die Möglichkeit, gegenüber einzelnen Vorgaben auf Distanz zu gehen, was ihnen Freiheitsgrade eröffnet. Hinzu kommt, dass sich teilweise widersprechende Erwartungszusammenhänge überlagern, so dass auch aus prinzipielle Erwägungen heraus, nicht alle Vorgaben gleichzeitig und gleichermaßen in *eine* festgelegte Handlungsoption übergehen können.

Jedoch ist – und das macht den Clou neoinstitutionalistischer Argumentation aus – der Umgang mit den institutionellen Vorgaben selbst institutionell geprägt. Es ist also kein Rückzug in ein institutionenfreies Terrain möglich (Hasse/Krücken 1999a: 11). Alle Akteure können sich nur *in* der kontextuellen Doppelstrukturierung der Lebenswirklichkeit bewegen. Das von Jetschke und Liese (1999: 292) angegebene Beispiel der menschenrechtsverletzenden Staaten erscheint somit gerade nicht als Argu-

88 Dieser Sachverhalt wurde auch als Vernachlässigung der Zeitdimension gefasst. Das individuelle Verhalten resultiert demnach aus einer immer schon existierenden institutionellen Struktur (Schulze 1997: 16).

ment gegen neoinstitutionelle Argumentationen. Es zeigt im Gegenteil, dass sich diese Staaten – und zwar zunehmend – dem internationalen Diskursfeld »Menschenrechte« nicht entziehen können. Sie sind etwa genötigt, diesbezüglich Stellung zu nehmen. Zumindest ist kein Staat bekannt, der von sich selbst behauptet, er verletze bewusst Menschenrechte.

Drittens scheint mir darüber hinaus der Neoinstitutionalismus mit der Theoriefigur der *world of otherness* Ansätze einer plausiblen Erklärung für die Entstehung und Implementierung modifizierter Elemente des weltkulturellen Rahmens anzugeben. Der *world of otherness* und der Strukturen einer *rational voluntaristiv authority* wird aber in der Sekundärliteratur bislang wenig oder gar keine Bedeutung zugemessen.

Das nur rudimentäre Aufscheinen einer ausgeführteren Handlungstheorie wird von verschiedenen Autoren als Teil der Theorielosigkeit des neoinstitutionalistischen Ansatzes gedeutet. So resümiert etwa Klaus Türk nach einer umfassenden Darstellung neoinstitutionalistischer Arbeiten, dass der Neoinstitutionalismus seine zugrundeliegende Gesellschaftstheorie erst noch explizieren müsse. Er selbst sei schließlich noch keine Gesellschaftstheorie. Die Bestimmung der grundlegenden Kategorie der Institution sei aber nicht kontextfrei definierbar, sondern mache nur Sinn im Rahmen einer solchen Gesellschaftstheorie (1997: 145).⁸⁹ Auch Luhmann sieht im Neoinstitutionalismus keine neue »Theorie« und kritisiert ebenfalls die mangelnde begriffliche Ausarbeitung des Gesellschafts- wie des Institutionenbegriffs: »Eine begriffliche Ausarbeitung ist [...] nicht gelungen, und alle Erläuterungen machen es nur noch schlimmer« (2000: 36; vgl. auch 1997: 160, Fußnote 220). Für Rothstein (1996: 154) führt diese »theoretical emptiness« zu einem weiteren Defizit. Das Hervorheben der prinzipiellen Bedeutung institutioneller Vorgaben sage eben weder etwas darüber aus, welche Institutionen wichtiger sind als andere, noch darüber, für welche Problemstellungen sie wichtig sind.

Dem Befund eines theoretischen Defizits ist zuzustimmen. Gerade in neuerer Zeit wird deshalb versucht, neoinstitutionelle Annahmen mit elaborierteren Theorien zu vermitteln. Insbesondere gibt es den Versuch, das Determinismus-Problem mit dem Bezug auf Giddens' Theorie der Strukturierung (Giddens 1992) in den Griff zu bekommen.⁹⁰ So heben Scott (1995: 52) und DiMaggio/Powell (1991a: 22f) eher beiläufig Ähnlichkeiten in der Theorieanlage hervor, während sich Barley und Tolbert (1997) explizit um eine Zusammenführung bemühen. Hasse und Krücken kommen zu dem Schluss, dass Giddens' Strukturierungstheorie deshalb für den Neoinstitutionalismus von orientierender Bedeutung sei, »weil im

89 Vgl. auch Gergs/Pohlmann/Schmidt (2000); Albert/Hilkermeier (2001: 2f).

90 Vgl. für den deutschsprachigen Raum Ortmann/Sydow/Türk (1997); Hasse/Krücken (1999a); Krücken (o.J.).

Rahmen dieser Theorie Prozessen der Informationsverarbeitung und Bedeutungsgenerierung seitens aktiver Akteure ein größerer Stellenwert für den Umgang mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zugemessen wird« (1999a: 12).

Mehrere Autoren bemühen sich zudem um eine Zusammenführung des Neoinstitutionalismus mit der Systemtheorie Luhmanns (Albert/Hilkermeier 2001; Hasse/Krücken 1999a; Stichweh 2000; Tacke 1999; Türk 1999).⁹¹ Dieses Unterfangen scheint zunächst vor der unüberbrückbaren Schwierigkeit zu stehen, dass die Luhmannsche Systemtheorie seit den 1980er Jahren von den Begriffen »Institution« und »Institutionalisierung« abgerückt ist.⁹² Außerdem ist es der Luhmannschen Gesellschaftstheorie fremd, Gesellschaft über gemeinsame Werte und Normen zu definieren. Die neoinstitutionalistische Fassung von Weltgesellschaft, nach der diese global institutionalisierte Werte und Normen voraussetzt, würde von Luhmann zurückgewiesen werden. Aus differenzierungstheoretischer Sicht macht es schlicht keinen Sinn, (Welt-)Gesellschaft über gemeinsame Werte und Normen zu definieren (Luhmann 1975).⁹³ Trotz dieses Umstands und anderer Unterschiede lassen sich aber auch Gemeinsamkeiten erkennen. Neben dem Ausgangspunkt »Weltgesellschaft« als adäquate Analyseeinheit globaler Prozesse kennen beide Theorieansätze die Unterscheidung zwischen System und Umwelt, und stimmen beide in ihrer Einschätzung des Stellenwerts formaler Organisationen für die Dynamik der modernen Gesellschaft überein (Hasse/Krücken 1999a: 17-20).

Für den Fortgang meiner Argumentation ist ein weiterer Kritikpunkt von besonderer Bedeutung, der ebenfalls auf grundlagentheoretische Defizite verweist. Die einseitige Konzentration auf die verbindenden kognitiven Strukturen der Weltgesellschaft ist die zentrale Schwäche des Ansatzes. Ökonomische Strukturen und Machtverhältnisse sind aus der Analyse ausgeschlossen. Asymmetrische Macht- und Herrschaftsverhältnisse

91 Luhmann selbst führt neoinstitutionalistische Untersuchungen immer dann an, wenn er Homologisierungsprozesse auf Weltgesellschaftsebene verdeutlichen will.

92 Mit der Einführung des Begriffs der Kommunikation als Basiskategorie seiner Theorie entledigt sich Luhmann des Handlungsbegriffs. Er muss deshalb diesem auch nicht mehr einen übergreifenden Strukturbegriff wie den der Institution gegenüberstellen. Luhmann meint so den klassischen Konflikt innerhalb der soziologischen Theoriebildung zwischen Struktur- und Handlungstheorie überwinden zu können.

93 Für Luhmann ist funktionale Differenzierung das primäre Differenzierungsprinzip der Weltgesellschaft. Die funktional differenzierten Teilsysteme operieren unabhängig von Raumgrenzen, also global (mit Ausnahme des politischen und des Rechtssystems). Da aber die jeweiligen Perspektiven der einzelnen Funktionssysteme nicht ineinander übersetbar sind, sind auch übergreifende gemeinsame Werte und Normen ausgeschlossen.

liegen außerhalb dessen, was mit dem Konzept des Neoinstitutionalismus erfasst werden kann (Jung 1998: 247). Insgesamt fehlt dem Neoinstitutionalismus ein ausgearbeiteter Begriff von Herrschaft, obgleich dieser wohl implizit vorhanden ist (Schäfer 2000). Es ist daher sinnvoll, den World Polity-Ansatz mit der Wallersteinschen Weltsystemtheorie zusammenzuführen, die explizit Asymmetrisierungen auf Weltniveau erklären will. Es geht dann um die Frage, in wieweit der Homogenisierungen hervorbringende, institutionelle Charakter der World Polity ein besonderes Potential entwickelt, gesellschaftlich Asymmetrisierungen abzupuffern.

6.4 Asymmetrisierung und Homogenisierung in der Weltgesellschaft: Zur Synthese von Weltsystem- und World Polity-Ansatz

Während sich bei Wallerstein keine direkten Bezüge zur Diskussion des Neoinstitutionalismus auffinden lassen⁹⁴, wird umgekehrt die Weltsystemtheorie von Meyer und seinen Kollegen zum Teil positiv rezipiert (Meyer/Boli/Thomas 1997), wenngleich deren Ökonomismus gegeißelt wird (Boli/Thomas 1999: 15; Meyer 1982: 266). Von neoinstitutionalistischer Seite wird herausgestellt, dass die Weltsystemtheorie ein anderes Analyseinteresse hat und deshalb zur Erklärung bestimmter Prozesse im Weltsystem, etwa dem von Standardisierungsprozessen in der internationalen Produktion, nur wenig beisteuern kann (Loya/Boli 1999).

Die folgenden Ausführungen zielen darauf ab, die oft postulierte Unvereinbarkeit von »ökonomistischer« und »kultureller« Weltsystemtheorie zu überwinden. Die beiden Ansätze sollen aber auch nicht in eine Zwangsjacke gebunden werden. So kann hier der Gegensatz zwischen einer historisch-materialistischen Grundausrichtung und einer konstruktivistischen Theorieanlage nicht prinzipiell aufgelöst werden. Ziel ist die Formulierung einer institutionentheoretisch informierten Weltsystemtheorie, die moderne Herrschaftsphänomene fassen kann. Darauf hinaus soll

94 Gleichwohl scheinen Wallersteins neuerlichen Ausführungen zur kulturellen Integration des Weltsystems und seiner Legitimationsstrukturen auch vom World Polity-Ansatz inspiriert zu sein. Die Argumentationen ähneln sich jedenfalls stark. Vgl. für ein Beispiel die folgende Formulierung von Wallerstein (2002: 11): »Es ist möglich, Systeme durch Verweise auf Autorität oder mystische Wahrheiten zu legitimieren – wir tun dies immer noch bis zu einem gewissen Grad. Aber heutzutage legitimieren wir auch – und zwar in vermutlich größerem Ausmaß – durch rationale Argumente. Diese Argumente werden im wissenschaftlichen Diskurs geliefert und die Wertigkeit, die sie beanspruchen, beruht auf wissenschaftlichem Wissen.«

die Bedeutung des Organisationsverhältnisses für das Funktionieren des modernen Weltsystems herausgestellt werden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Feststellung, dass beide Ansätze, trotz ihrer offensichtlichen Unterschiede, erstaunlich viele Gemeinsamkeiten, etwa in Bezug auf die Bedeutung des internationalen Staatensystems oder die inhaltliche Bestimmung des Universalismus, aufweisen. Darüber hinaus taugen sie schlicht zur Erklärung unterschiedlicher Sachverhalte unterschiedlich gut. Außerdem orientiert sich die folgende Darstellung an den Bedürfnissen, die mein spezielles Thema der Nichtregierungsorganisationen vorgibt. Da sich das Thema dieser Arbeit um Fragen von Emanzipationsstrategien dreht, sollen hier aber trotzdem in Ansätzen Hinweise für eine reformulierte, allgemeinere Herrschaftstheorie der Weltgesellschaft gegeben werden.

Wie gesagt, die Differenzen springen zunächst ins Auge. So ist zuerst ein unterschiedliches Vokabularium zu konstatieren. Die der historisch-materialistischen Theoriebildung entlehnte Terminologie Wallersteins ist dem Neoinstitutionalismus ebenso fremd, wie dessen Grundausrichtung, Ausbeutung und Herrschaft im Weltsystem zu benennen. Während die Wallersteinschen Arbeiten als Gesellschaftstheorie konzipiert sind, fehlt dem Neoinstitutionalismus ein solcher Hintergrund (Luhmann 2000; Türk 1997). Mit der Benennung der allgemeinen Funktionsprinzipien des historischen Kapitalismus hat die Weltsystemtheorie ein umfassenderes Analyseinteresse als der Neoinstitutionalismus. Dies drückt sich auch darin aus, dass Wallerstein ein holistisches Verständnis des Weltsystems entwickeln will, während die neoinstitutionalistische Argumentation, entgegen der hier vorgestellten und präferierten konstitutionstheoretischen Lesart, oft noch in System-Umwelt-Modellen verharrt (Türk 1997). Die Fokussierung auf die zugrundeliegenden Systemmechanismen gelingt der Weltsystemtheorie Wallersteins aber nur um den Preis einer relativ unausgeführt, letztlich dem marxistischen Basis-Überbau-Schema verhafteten Theorie der kulturellen Integration des Weltsystems, welches den Fokus bei Meyer bildet. Für diesen sind »kulturell-kognitivistische« Prozesse unmittelbar Wirklichkeit generierend. Während also Wallerstein trotz aller Relativierungen eine prinzipielle Dependenz der kulturellen von den ökonomischen Prozessen behauptet, unterstellt Meyer eine Eigenlogik kulturell-institutionell vermittelter Prozesse.

Während Wallerstein von den beobachteten Effekten der historischen Entwicklung auf eine zu diesen Effekten hinführenden Logik schließt, versucht sich die Forschergruppe um Meyer an der Entwicklung eines makrosoziologischen Rahmens, der auf phänomenologischen Traditionen aufbaut. Hierbei wird von einer strukturationstheoretischen Grundthese ausgegangen, wonach ein phänomenologisches Grundverständnis nicht

gleichbedeutend ist mit der Verneinung der Etablierung und Verfestigung einer gesellschaftlichen Struktur, die ihrerseits prägend wirkt. Unter partieller Abkehr von dem Konstruktivismus Berger und Luckmanns betreibt der Neoinstitutionalismus die makrosoziologische Wendung eines eher mikrosoziologischen Theorieprogramms. Er kümmert sich – im Gegensatz zu Wallerstein – weniger um eine den Effekten zugrundeliegende Logik, als um das Aufzeigen von Strukturanalogen. Mit dem an Weber angelegten phänomenologischen Konzept der Wahlverwandschaft entsteht so eine Perspektive der Strukturierung von Gesellschaft⁹⁵, in der eine Hierarchisierung von Teilbereichen, etwa im Sinne eines Pramat des Ökonomischen über das Politische, schon von der Theorieanlage her absurd ist. Allgemein wird so die Gesellschaftsformationen reproduzierende Dimension des Institutionalisierungsprozesses deutlich.

Dem Staat kommt in beiden Ansätzen eine große Bedeutung innerhalb des modernen Weltsystems zu. Während bei Wallerstein das internationale Staatensystem der entscheidende und zentrale Modus zur Abstützung der axialen Arbeitsteilung ist, agieren Staaten für Meyer als die zentralen legitimen Akteure der World Polity. Beiden Ansätzen gilt die Verfasstheit der Staaten zu einem großen Anteil als exogen strukturiert. Bei Wallerstein ergibt sich diese Strukturierung durch die Anforderungen der Weltwirtschaft und insbesondere der Absicherung der Mehrwertabschöpfung in Warenketten. Bei Meyer kommen hingegen isomorphologische Prozesse des *copying* zum Tragen. Unterschiede ergeben sich vor allem in der Aufgabenstellung der Nationalstaaten. Während für Wallerstein das grundlegende Ziel jeden Staates dessen Positionsverbesserung entlang der Zentrums-Peripherie-Spannung ist, haben Staaten nach Meyer in erster Linie Legitimationsgeltungsprobleme zu lösen. Beide Interpretationen lassen sich miteinander vermitteln. Die Aufgabe der Positionsverbesserung ist ihrerseits bereits Teil der an den Staat gestellten Anforderungen, die dieser institutionell bearbeiten muss. Bei der Verarbeitung der disparaten Anforderungen durch den Staat kommen – wie unter dem Stichwort *rational voluntaristic authority* ausgeführt – »dialogischen Verfahren« eine immer größere Bedeutung zu.⁹⁶

Bezogen auf das Verständnis von Herrschaft im globalen Zusammenhang geben beide Ansätze wichtige Hinweise. Wallerstein leitet die Herrschaftlichkeit des modernen Weltsystems in zwar modifizierter, aber den-

95 Mit offensichtlichen Ähnlichkeiten zum Strukturationskonzept von Giddens (1992); vgl. Hasse/Krücken (1999a).

96 Etwas überspitzt lässt sich bezogen auf die zugrundeliegenden Herrschaftsbegriffe sagen, dass das »Medium« von Herrschaft bei Wallerstein die Warenform bildet, während dies im Neoinstitutionalismus analog der »Diskurs« wäre.

noch marxistischer Tradition über den Ausbeutungsbegriff her. Die Trennung der Arbeitserträge von ihren Erzeugern ist ihm zentral. Hierbei wird der Mehrwert an den unterschiedlichen Stellen der internationalen Warenketten realisiert. Wichtig ist ihm die Benennung der anhaltenden Gewaltförmigkeit dieses Prozesses. Dies hatte uns veranlasst, den historischen Kapitalismus als eine Regulationsstörung materieller Reproduktion aufzufassen. Herrschaft ist demnach nicht nur in der Ausbeutungsdimension zu lokalisieren, sondern findet seinen Ausdruck auch in der Verunmöglichung von Lebenschancen und der Entlegitimierung situationsadäquater und problemlösungsorientierter lokaler Praxisformen. Der Fremdsetzungsscharakter des Kapitalverhältnisses besteht damit in erster Linie in der Subsumierung unter das Primat der Warenform. Implizit findet sich hier eine Unschulds-Metaphorik. Denn im Prozess der Kommodifizierung wird – so die Wallersteinsche Vorstellung – auf die »unschuldigen« subsistentiellen Bereiche des Lokalen vampiresk und deformierend zugegriffen. Erst dann sind sie Teil des herrschaftlichen Systems der Kapitalakkumulation.

Während Wallerstein Fragen der Dominanz explizit behandelt, finden sich Verweise auf Herrschaft in der Theorieanlage des Neoinstitutionalismus eher implizit (Schäfer 1998). Kern der Argumentation bildet der restringierende und fremdge setzte Charakter der Institutionen. Herrschaft würde in dieser Hinsicht in der Verunmöglichung kontingenter Handlungsentwürfe und Lebensweisen bestehen. Diese werden zunehmend dem Diktat der Rationalität ausgesetzt, in dessen Folge sie sich auf den »institutionellen Kontext« hin ausrichten. Der ausführliche Bezug auf subjekt- und rationalitätstheoretische Reflexionen führt meines Erachtens zu einem adäquateren Modell von dem, was das Moderne an Herrschaft ausmacht. Moderne Formen von Herrschaft greifen nicht von außen auf etwas zu, sondern werden in einem umfassenden Sinne reziprok vermittelt. So ist dem Individuum Herrschaft nicht äußerlich, sondern sie geht durch dieses selbst. Der Begriff der Institution eignet sich in besondere Weise, um dieses Verhältnis zu fassen und die Gleichursprünglichkeit des Konstruktions- und Reproduktionsprozesses von Individuum und sozialer Struktur zu kennzeichnen. Die Konstruktion des Individuums stellt dann selbst ein institutionelles Verhältnis dar (Stolz o.J.: 6).

Hierbei kann die Bedeutung des Begriffs der Institution in mindestens doppelter Hinsicht beschrieben werden. Im Sinne von Berger und Luckmann sind Institutionen geronnene Handlungserfahrungen, denen durch ständige Reproduktion verdinglichende Materialität zukommt. Im Unterschied zu dieser Konzeption weist Meyer beharrlich auf das »Scheitern«, das Nicht-Funktionieren, von Institutionen hin. Sozialität geht gerade nicht in den Institutionen auf. Das Institutionelle ist für Meyer immer Teil

einer prinzipiellen kontextuellen Doppelstrukturierung gesellschaftlicher Realität und somit von »Materialität« stets relativ entkoppelt. Im Gegensatz zur handlungstheoretischen Vorstellung Berger/Luckmanns emergieren Institutionen nicht aus den lokalen Kontexten, sondern setzen auf diesen auf.⁹⁷

Allerdings – und hier liegt der entscheidende Unterschied zu Wallerstein – sind die kognitiven Muster, die sich in den Institutionen verfestigen, die Foucaultsche »Ordnung der Dinge«, immer schon in den materialen Kontexten vorhanden, gehen durch die »Akteure« hindurch. Die Institution tritt so dem Subjekt nicht als Gegenstand in der Welt objektiv gegenüber, sondern strukturiert schon dessen Vermögen, wie Gegenstände und Kontexte überhaupt geschnitten und konturiert werden. Eine kontinuierliche reflexive Kontrolle des Handelns bleibt aus. Das Institutionelle geht somit als *constraint*, als Handlungskorridor, in die Wirklichkeitskonstruktion der Akteure mit ein und macht deren Realität aus. Institutionelle *scripts* sind eingebettet in »long institutional traditions and organizational frameworks that shape the social behaviors and practices that are deemed legitimate, even ›thinkable‹. In this way the cultural frames themselves become constitutive of those individuals and groups« (Schofer/Fourcade-Gourinchas 2001: 810). Institutionelle Muster sind demnach »gar nicht strategisch verfügbar, sondern sie formieren die Strategien selbst« (Türk 1997: 132).⁹⁸ Institutionelle Muster gelten als erfahrungsresistent, sie werden hingenommen als *taken for granted*. Das Pramat des institutionellen Kontextes verhindert bewusste Rückkoppelungen zwischen diesem und den materiellen Kontexten bzw. lokalen Praxen.

Darüber hinaus zeichnen sich die institutionellen Muster durch ihre subjektive Nicht-Verfügbarkeit aus. Sie sind keine subjektiven Konstruktionen, sondern fremdgesetzt. Der restringierende Charakter der Institutionen rückt in den Vordergrund, wobei sich die Herrschaftlichkeit dieses Verhältnisses in der Vernichtung und Unterbindung kontingenter Artikulationsformen und differenter Praxen ausdrückt.

Auch der Akteursbegriff selbst entledigt sich im Neoinstitutionalismus jeglicher Naivität, wie sie die Weltsystemtheorie noch kennt. Während bei Wallerstein Akteure schlicht gruppenspezifische, also etwa klas-

97 Offensichtlich scheuen sich Meyer und Kollegen diesen Bruch mit einem phänomenologischen Konstruktivismus wirklich zu vollziehen, weshalb der Bezug auf Berger und Luckmann stets positiv bleibt – zumindest in den früheren Arbeiten. Meines Erachtens entstehen so einige Inkonsistenzen im Theoriegebäude Meyers.

98 Vgl. dazu auch den Ansatz von Lukes (1974), der darauf hinweist, dass insbesondere Machtunterlegene ihre »wahren« Interessen nicht kennen, da sie in durch Machtstrukturen verzerrten Dimensionen zu denken gelernt haben.

senförmig strukturierte Anforderungen des Weltsystems zu lösen haben, betreiben Akteure in der Fassung des Neoinstitutionalismus lediglich ein *enactment of scripts*. Akteure gelten hier nicht einfach als »real« vorhanden, sondern sind selbst soziale Konstruktionen. Wie die institutionelle Struktur der Gesellschaft solche gesellschaftliche Teileinheiten kreiert und legitimiert, die als »Akteure« angesehen werden, ist schließlich ein zentrales Erkenntnisinteresse des Neoinstitutionalismus. Die zentralen Akteure der World Polity (Staaten, Organisationen und Individuen) sind in diesem Sinne gesellschaftlich institutionalisierte Reifizierungen (Türk 1997: 133f). Es gibt kein außerhalb.

Im Gegensatz zu Wallerstein wird im Neoinstitutionalismus keine Unschulds-Metapher weitergetrieben. Es gibt demnach keine vorstellbare Sozialität, die nicht Teil der kontextuellen Doppelstrukturierung ist, die nur »materieller Kontext« wäre. Auch beim Vergleich von sozialer Bewegung und Nichtregierungsorganisationen ist daher stets in Anschlag zu bringen, dass beide soziale Phänomene sind, die in ihrer Konstruktion eine kontextuelle Doppelstrukturierung aufweisen, wenngleich auch auf je spezifische Art und Weise. Eine Entgegenseitung von Bewegung und Organisation im Sinne eines Unschulds-Modells macht keinen Sinn. Soziale Bewegungen sind nicht per se »gut« und werden dann von Kadern ihrer ursprünglichen Ideale beraubt, was die Wallersteinschen Ausführungen nahe legen.

Bezieht man das neoinstitutionalistische Verständnis von Institution auf den Wallersteinschen Ansatz, so ergibt sich eine allgemeines »entökonomisiertes« Verständnis des modernen Weltsystems. Demnach ist nicht nur der »historische Kapitalismus« und besonders dessen Akkumulationsweise parasitär organisiert, sondern allgemeiner die Institutionen selbst. Institutionen basieren auf der Kontinuität der Reproduktion jener lokalen materiellen Kontexte, von deren Aufspaltung und Konditionierung sie »leben«. Die Wallersteinsche These der Permanenz der ursprünglichen Akkumulation gibt das theoretische Grundmuster dieses Prozesses an. Das neoinstitutionalistische Verständnis der kontextuellen Doppelstrukturierung wird deshalb hier als Ausdehnung des theoretischen Geltungsbereichs dieses Theorems auf »außerökonomische« Kontexte interpretiert. Institutionen sind dann als Sozialmechanismen zur ständigen Aufrechterhaltung von Prozessen ursprünglicher Akkumulation *funktional* (Stolz o. J: 5). Es ist die besondere theoretische Leistung des Neoinstitutionalismus, dass dieser diese Prozesse nicht vereinseitigt, sondern deren kontextuelle Gebundenheit in den Vordergrund stellt.⁹⁹ So sind Instituti-

99 Leider legt der Neoinstitutionalismus seinen Hauptschwerpunkt dann – insbesondere bei der Erklärung von Prozessen der Homogenisierung – aber doch wieder auf die institutionelle Seite der kontextuellen Doppelstruktur,

nen zwar parasitär strukturiert. Im Umkehrschluss sind aber die materialen Kontexte nicht herrschaftsfrei, da sie notwendig innerhalb der Sozialität der kontextuellen Doppelstrukturierung sind. Die bei Wallerstein offen gebliebene Frage, wie sich die kapitalistisch-formbestimmte Regulationsstörung als »Normalität« in die Akteure inkorporiert, erscheint nun um einiges klarer.

Ein Vergleich von Weltsystemtheorie und Neoinstitutionalismus lässt sich auch unter den Stichworten Asymmetrisierung und Homogenisierung durchführen. Vereinfachend kann die Weltsystemtheorie als eine Theorie der Asymmetrisierungen auf Weltniveau gelesen werden, während der Neoinstitutionalismus verstärkt Homogenisierungsprozesse in den Blick nimmt. Gleichwohl lässt sich im Werk Wallersteins eine Homogenisierungsthese nachweisen und im Neoinstitutionalismus eine »versteckte« Asymmetrisierungsthese aufspüren.

Wallersteins Homogenisierungsthese ist zentral im Theorem der *commodification of everything* formuliert, speist sich also vornehmlich ökonomisch. Die Warenform bildet den Modus der Homogenisierung. Selbst der Universalismus gilt als eine aus diesem Verhältnis abgeleitete oder zumindest »passende« Ideologie. Sie ist funktional für die kulturelle Absicherung der kapitalistischen Trennungsmuster. Kulturelle Homogenisierung auf Weltniveau ist für Wallerstein ein Ergebnis der hegemonialen Stellung der (westlichen) Zentrumsstaaten. Dies steht im Gegensatz zur Homogenisierungsthese des Neoinstitutionalismus, die vor allem die eigenlogische Herausbildung hegemonialer weltkultureller Muster betont. Hier werden besonders die vereinheitlichende Konstruktion von legitimen Realitätskonzeptionen, sozialen Entitäten und Praxisformen durch Prozesse des isomorphologischen *copying* hervorgehoben.

Die Asymmetrisierungsthese drückt sich im Neoinstitutionalismus in dem Legitimitätsprinzip des Institutionellen gegenüber den lokalen und materialen Praxen aus. Differierende inhaltliche Ausformungen institutioneller Formen berühren aber nicht die gleichzeitig stattfindende Homogenisierung auf eben dieser formalen Ebene. Es mag daher die von der Globalisierungsdebatte angemahnten (kulturellen) Fragmentierungsprozesse geben, etwa ein sich verstärkender islamischer Fundamentalismus. Dies führt aber nicht zu unterschiedlichen institutionellen Verarbeitungen (z.B. in Bezug auf die Staatsverfassung oder die Bedeutung von formaler Organisation). Für Wallerstein ist die These der Asymmetrisierung wie ausgeführt zentral, wird aber ökonomisch geschnitten.

wodurch eine genauere Bestimmung des Verhältnisses und des Wechselspiels zwischen materialen und institutionellen Kontexten auf der Strecke bleibt. Auch eine sozialtheoretische Fundierung des Verhältnisses bleibt aus.

Die Herrschaftlichkeit des modernen Weltsystems lässt sich meines Erachtens nur in dem Spannungsfeld von Homogenisierung und Asymmetrisierung beschreiben. So zeichnet sich das moderne Weltsystem durch die gewaltgestützte Durchsetzung von Trennungsmustern sowie der polarisierenden Verteilung von Mehrwertanhäufung und Lebenschancen aus. Die andere Seite der Medaille bildet aber die Institutionalisierung der verbindenden Muster, die diese Trennungen invisibilisieren und die ungleichen Lebensverhältnisse normalisieren. Der Homogenisierungen hervorbringende, institutionelle Charakter der World Polity hat ein besonderes Potenzial entwickelt, gesellschaftlich Asymmetrisierungen abzupuffern.

Zur Beschreibung der Systematizität dieses Verhältnisses kann die Batesonsche Figur des *double binds* hilfreich sein. Wallersteins Bezug auf dieses Theorem eröffnet erstens ein differenziertes Verständnis (welt-)systemischer Voraussetzungen politischer Artikulation. So stellt etwa Balibar (1990a: 220) unter Verweis auf Wallerstein bezüglich der Möglichkeiten von Systemopposition heraus, dass eine individuelle und kollektive Praxis in der Warenproduktion und der staatlichen Sozialisation gefangen sei. In letzter Konsequenz ermögliche so der Widerstand gegen Ausbeutung deren Ausdehnung, während die Forderung nach Sicherheit und Autonomie Herrschaft und kollektive Unsicherheit befördere. Zum anderen verweist die von Wallerstein zur Kennzeichnung des Verhältnisses von Universalismus zu Rassismus/Sexismus eingeführte Figur des *double binds* insgesamt auf die Problematik von Homogenisierung und Asymmetrisierung im modernen Weltsystem. Mit Türk (1997) lässt sich dieses Verständnis unter Rückgriff auf systemtheoretischen Begrifflichkeiten allgemeiner als inkludierende Exklusion bezeichnen. Dazu aber im Folgenden Ausführlicheres.

Tabelle 7: Schematische Gegenüberstellung von Weltsystemtheorie und World Polity-Ansatz

	Weltsystemtheorie	World Polity-Ansatz
Theoretische Grundausrichtung	Historischer Materialismus holistische Perspektive Bezüge: Dependencia; Braudel; Marx	kulturell-kognitivistischer Konstruktivismus nur teilweise Überwindung eines System-Umwelt-Modells Bezüge: Berger/Luckmann; Weber; Mead
Analyse-einheit	Modernes Weltystem; historischer Kapitalismus Systemgrenze markiert durch Arbeitsteilung	Weltgesellschaft; World Polity Systemgrenze markiert durch Weltkultur
Analyse-interesse	Allgemeine Funktionsprinzipien des historischen Kapitalismus Systemmechanismen Produktionsverhältnisse	Erklärung von Prozessen der Homogenisierung und der kulturellen Integration des Weltsystems Sozialmechanismen Institutionalisierung
Herrschafts-thesen	expliziter Bezug auf Herrschaft Herrschaft über Ausbeutung (Mehrwertaneignung in Warenketten, ungleicher Tausch) Asymmetrisierung als Systemmechanismus; zunehmende Polarisierung Subsumierung unter Warenprimat Fremdsetzungscharakter des Kapitalverhältnisses Kapitalismus als Regulationsstörung materialer Reproduktion kommandierende Autorität: Herrschaft greift von außen zu Medium: Warenform	nur implizite Verweise auf Herrschaft Herrschaft durch Kontingenzvernichtung (Restringerender Charakter von Institutionen) Expansivität von Homogenisierungsprozessen Subsumierung unter Rationalitätsprimat Fremdsetzungscharakter der Institutionen erfahrungsresistente Primat der institutionellen Kontexte: kulturell vermittelte Autorität/ <i>rational voluntaristic authority</i> : institutionell-unpersönliche Form, die durch die Akteure selbst geht Medium: Diskurs
Asymmetri-sierungsthese	zentrale Bedeutung in Theorieanlage Gewaltgestützte Aufrechterhaltung einer axialen Arbeitsteilung: ungleicher Tausch in transnationalen Warenketten zunehmende Polarisierung Hegemonie der Zentrumsstaaten	untergeordnete Bedeutung in Theorieanlage kontextuelle Doppelstrukturierung gesellschaftlicher Realität: Entkopplung von institutionellen und materialen Kontexten Fragmentierung bei gleichzeitiger Homogenisierung der Formen Hegemonie konstituierender weltkultureller <i>scripts</i>

	Weltsystemtheorie	World Polity-Ansatz
Homogenisierungsthese	<p>abgeleitetes Phänomen <i>commodification of everything</i>: Verwandlung aller Dinge und Tätigkeiten in Waren</p> <p>kulturelle Absicherung der Trennungsmuster durch universalistische Ideologie</p> <p>Homogenisierung als Ergebnis des Zwangs/der Hegemonie des Zentrums</p>	<p>zentrale Bedeutung in Theorieanlage</p> <p>Homogenisierung der Formen: vereinheitlichende Konstruktion von legitimen Realitätskonzeptionen, sozialen Entitäten und Praxisformen</p> <p>eigenlogische Herausbildung hegemonialer kultureller Muster</p> <p>strukturelle Isomorphie qua Zwang, Imitation oder normativen Druck; <i>copying</i></p>
Ökonomiebegriff	»generalisierte Ökonomie«: Ablehnung der disziplinären Trennung	Ablehnung des Fokus auf Ökonomie
Akteure	<p>»naiver« Akteurbegriff</p> <p>gruppenspezifische Lösung der Anforderungen des Weltsystems</p> <p>Kapital; Staaten; Klassen; antisystemische Bewegungen</p>	<p>konstruierte Entitäten; gesellschaftlich institutionalisierte Reifizierungen; gebunden an Prinzip der Agentschaft</p> <p><i>enactment of scripts</i></p> <p>Staaten; Organisationen; Individuen (legitimer Akteursstatus)</p>
Organisationsbegriff	marginal/unexpliziert Organisationen begünstigen Kader	zentraler Modus der Verallgemeinerung weltkultureller Prinzipien; Generierer von Rationalitätssemantiken
Kulturbegriff	<p>trotz teilweise differenter Theorieanlage in Basis-Überbau-Schema verfangen</p> <p>prinzipielle Abhängigkeit/Verflechtung mit ökonomischen Prozessen</p>	<p>Unmittelbar Wirklichkeit generierend (»<i>taken for granted</i>«)</p> <p>Eigenlogik institutionell vermittelter Prozesse</p>
Staat/Staatsystem	<p>zentraler Modus zur Abstützung der axialen Arbeitsteilung</p> <p>exogen strukturiert durch Anforderungen der Warenketten</p> <p>Aufgabe: Positionsverbesserung im Weltsystem</p>	<p>zentraler Akteur der World Polity</p> <p>exogen strukturiert durch isomorphologische Prozesse (»<i>copying</i>«)</p> <p>Aufgabe: Lösung von Legitimationsgeltungsproblemen</p>
Universalismusbegriff	Fortschritt und Egalitarismus Symbiose zwischen Universalismus und Rassismus/Sexismus	Fortschritt und Gerechtigkeit
Soziale Bewegungen	<p>weit gefasste Begrifflichkeit: Antisystemische Bewegungen</p> <p>»normale« Konsequenz/Reaktion der fortschreitenden Kommodifizierung</p> <p>Modernisierung des Systems</p> <p>Kaderherausbildung</p> <p>Unterscheidung in alte und neue</p> <p>Staatsfixierung</p>	<p>kommen begrifflich nicht vor</p> <p>kein legitimer Akteurstatus, wenn nicht organisationsfähig</p> <p>Als NGOs Agenten der Weltkultur (<i>generalized others</i>)</p> <p>Begünstigung epistemischer Gemeinschaften</p> <p>Organisationsfähigkeit/Nichtorganisationsfähigkeit</p> <p>Fixierung auf Rationalität</p>